

Chile



KINDER
verhaftet... gefoltert...
verschwunden

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 78

7. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Januar 1980

Solidaritätspreis DM 3,—



ARGENTINIEN:
Gewerkschaftsentwicklung seit 1976

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

AFGHANISTAN UND LATEINAMERIKA — MULTIS: DAS INTERNATIONALE ELEKTROKARTELL — KOLUMBIEN: DER KAMPF DER PAÉZ-INDIANER — BERICHTE U.A. ZU CUBA, EL SALVADOR, CHILE, NICARAGUA, BOLIVIEN, BRASILIEN

INHALTSVERZEICHNIS

ZU DIESEM HEFT	3
Rudi Dutschke	4
I. AFGHANISTAN UND LATEINAMERIKA	6
II. BERICHTE	13
— Bolivien: Wirtschaftspaket und Aufstand der Bauern.....	13
— Brasilien: Neues von der Parteienfront.....	18
— Chile: Privatisierung und ihre Folgen.....	22
Die CDU und Colonia Dignidad.....	28
— Cuba: Bürokratisierung — revolutionäre Linie.....	31
— El Salvador: Ende des »präventiven Reformismus«.....	35
— Nicaragua: Zur jüngsten wirtschaftlichen Entwicklung.....	38
— Puerto Rico: Mord an politischem Gefangenen im US- Gefängnis.....	42
— Kirche: Die Pharisäer und der Glaubensmulti.....	46
III. KURZMELDUNGEN	50
IV. HINTERGRUND	52
— Kolumbien: Der lange Kampf der Paez-Indianer.....	52
— Argentinien: Gewerkschaftsentwicklung seit 1976.....	58
— Multis.....	67
V. SOLIDARITÄT/MITTEILUNGEN	74
— Aufruf des NACLA.....	74
— Hachfeld-Ausstellung.....	77
— Video-Kassetten.....	79

Impressum:

LATEINAMERIKA—NACHRICHTEN
JAHRGANG 7 der
CHILE—NACHRICHTEN

erscheinen monatlich
(mindestens 11mal im Jahr)

Redaktionsschluß dieser Nummer: 25. Januar '80

Abo-Preis: DM 35,—

Vorauszahlung auf:

Sonderkonto des Chile-Komitees— »Hilfe für Chile«
PSA Berlin-West, Elfriede Kohut, Nr. 380087-108
Bankleitzahl 100 100 10; Kennwort: Neuabo '80

Adresse:

LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
c/o FDCL
Savignyplatz 5
1000 Berlin 12
Tel. 030/313 50 65

Redaktion:

Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Gisela Sommer

Der Nachdruck von Artikeln aus den
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
ist mit Quellenhinweis gestattet. Beleg-
exemplare erbeten.

ZU DIESEM HEFT

Im Heft 76 haben wir die Ergebnisse der Leserumfrage veröffentlicht, und in diesem Heft versuchen wir nun einige praktische Konsequenzen zu ziehen. Um die LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN übersichtlicher zu machen, haben wir folgende Rubriken eingeführt:

- Die BERICHTE sollen die aktuellen Ereignisse darstellen und erläutern.
 - Die KURZNACHRICHTEN sollen den Informationsstand der Berichte vorangegangener LN-Nummern aktualisieren und Meldungen bringen, die keiner weiteren Erläuterung bedürfen.
 - Die HINTERGRUND-Artikel sollen unabhängig von Tagesereignissen Analysen über zusammenhängende Problembereiche liefern.
 - Die MITTEILUNGEN ergänzen die Berichterstattung mit Briefen, Aufrufen, usw.
 - Unter der Rubrik SOLIDARITÄT sollen verstärkt Berichte von und über Solidaritätsgruppen und Aktionen veröffentlicht werden.
- Wir wollen mit diesem ersten Schritt den Versuch machen, die sehr starke Länderfixierung der Redaktionsarbeit aufzuweichen, um länderübergreifende Gesichtspunkte gezielter thematisieren zu können. Wir würden uns freuen, wenn Ihr durch Kommentare und Kritiken an unserer Diskussion teilnehmen würdet.

Die HINTERGRUND-Berichte in diesem Heft behandeln die Entwicklung des »Regionalen Indianerrats des Cauca« CRIC in Kolumbien, über die in den letzten LN-Nummern bereits mehrfach berichtet wurde. Wir veröffentlichen außerdem eine Analyse der argentinischen Gewerkschaftsbewegung von 1976 bis heute. Die argentinischen Gewerkschaften scheinen die einzig ernstzunehmende Kraft zu sein, die die Position der Militärs erschüttern könnte. »Der Spiegel« hat im Dezember 79 ausführliche Beweise für die Existenz eines Kartells der internationalen Elektromultis veröffentlicht. Unser HINTERGRUND-Bericht liefert Informationen über die ökonomische Funktion des Kartells und seine Auswirkungen auf die Entwicklungsländer: als Waffe der Multis zur Unterwerfung der Wirtschaften der Entwicklungsländer durch die Eliminierung der nationalen Konkurrenz und den Aufbau einer technisch-ökonomischen Abhängigkeit.

Die jüngsten Ereignisse in Afghanistan und im Iran haben die bestehenden Kräfteverhältnisse ins Wanken gebracht und ein verstärktes Engagement der westlichen Industrienationen in der Dritten Welt ausgelöst. Das äußert sich in einer verstärkten Militarisierung (in Lateinamerika zum Beispiel im Aufbau einer US- Militärspezialeinheit für die Karibik) und einer Verschärfung des Kalten Krieges (Forderung nach Weizenembargo und Olympiaboykott). Der Leitartikel »Afghanistan und Lateinamerika« versucht die Auswirkungen dieser Entwicklung zu skizzieren.

Die Verstärkung des Kalten Krieges findet auch in den westlichen Industrienationen ihren Ausdruck. Die Bedrohung der NACLA ist ein unmittelbarer Ausdruck dieser Tendenz und sie zeigt die Gefahren, die der Solidaritätsarbeit mit der Dritten Welt drohen. Hier deuten sich Entwicklungen an, die auch auf uns zukommen können.

Wir trauern um Rudi Dutschke

Die Linke in der Bundesrepublik ist zu schwach und vor allem zu jung, als daß sie in der Zeit seit der Hitler-Diktatur eine Tradition der Trauer hätte entwickeln oder wiederaufnehmen können: die Trauer als Möglichkeit und Auftrag zur Rückbesinnung und damit als notwendiger Teil eines Kampfes, der mit dem Tod eines Genossen nicht zu Ende ist, sondern weitergeführt werden muß. Viele von uns fühlten sich unsicher, als sie die schreckliche Nachricht von Rudis Tod hörten, hatten Angst, daß die in der Natur der Trauer liegende Personalisierung der Erinnerung lähmend wirken könnte. Wir haben noch Schwierigkeiten, mit dem Tod von Genossen umzugehen.

Als 1977 Rudis Genossin Elisabeth Käsemann in Buenos Aires von argentinischen Militärs ermordet wurde, baten wir ihn, für uns einige Sätze des Gedenkens zu schreiben. Er fand Worte, die uns fast etwas zu groß schienen. Wir wollten, daß der lebendigen Person Elisabeth gedacht würde und daß ihre Mörder angeklagt werden sollten. Rudi dagegen schrieb, als ob er die Ermordung von Genossen durch die Konterrevolution für etwas Natürliches, historisch Selbstverständliches halte. Er zitierte die Worte von E. Leviné, daß die Kommunisten "Tote auf Urlaub" seien. Er ehrte die Person Elisabeths, indem er ihrer als Genossin gedachte. Er beklagte die Grauenhaftigkeit des frühen Todes und das Leid und die Qual und die Bitterkeit der zurückbleiben, aber er sah auch darin wieder einen Auftrag: "Gerade das Wissen darüber, wer, warum, wann und unter welchen Bedingungen von der Konterrevolution ermordet wurde, macht erst jene nachdenkende und solidarische Leidenschaft frei, die für den Klassenkampf unerlässlich ist."

Jetzt, als die Schüsse vom April 1968 nun doch noch ihre tödliche Wirkung hatten, lesen wir seine Worte von damals noch einmal, und sie kommen uns nicht mehr so groß vor. Was er damals selbst dick unterstrichen hat, das erwartet er nach seinem Tod von uns: nachdenkende und solidarische Leidenschaft.

Nach Berichten, die uns aus mehreren Ländern Lateinamerikas erreichen, hat die Nachricht von Rudis plötzlichem Tod viele Leute dort sehr bewegt. Sein Name - einer der wenigen deutschen Namen, die dort allgemein bekannt geworden sind - stand für die Hoffnung, daß es außer der glänzenden Wirtschaftsmacht Bundesrepublik noch etwas anderes in diesem Teil Deutschlands geben könnte, ein besseres Deutschland, ein solidarisches.

Grund dafür war, daß die Studentenbewegung von 1967/68, für die Rudi buchstäblich den Kopf hinhielt, zum ersten Mal nach 1945 den Internationalismus und die internationale Solidarität mit dem Befreiungskampf der Unterdrückten in aller Welt zum Thema der politischen Diskussion in der Bundesrepublik machte. Eine Zeitschrift wie diese wäre nicht denkbar ohne den Anstoß, der damals gegeben wurde. Der Vietnamkrieg, die Herrschaft des Schah im Iran, die cubanische Revolution und der Kampf des Che Guevara in Bolivien, das waren die Herausforderungen, die die Studenten von damals an der Botschaft der "freien Welt" zweifeln ließen. Rudi hat die internationale Solidaritätsarbeit immer als wesentlichen Kernbestandteil jeder politischen Arbeit verstanden. Für ihn war es selbstverständlich, mit Genossen aus aller Welt eng zusammenzuarbeiten, mit Persern und Chilenen, Nordamerikanern und Tschechen, Afrikanern und Dänen, Pakistanen und Franzosen. Er sah den Kampf für Befreiung und Sozialismus als einen einzigen weltweiten Kampf. Aber er sah zugleich von Anfang an - und das unterschied ihn von manchen anderen -, daß dieser gemeinsame Kampf an verschiedenen Orten und unter verschiedenen

Bedingungen auch mit verschiedenen Mitteln geführt werden muß.

Zusammen mit Gastón Salvatore gab er 1967 eine deutsche Übersetzung von Che Guevaras berühmtem Brief "Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam!" heraus. Die Schlußfolgerung, die in der Einleitung dieser Schrift gezogen wurde, zielt nicht, wie man meinen könnte, auf die Schaffung eines Vietnam in Deutschland, sondern auf die organisierte Verweigerung, auf die Weigerung, an der Seite der Unterdrücker Gewalt auszuüben. Und selbst da noch, wo der Haß der Revolutionäre der Dritten Welt gegen jedwede Form der Unterdrückung als militanter Humanismus gerechtfertigt wird, da wird zugleich beschwörend vor der Gefahr des Umschlags von militantem Humanismus in verselbständigten Terror als einer Gefahr, die jedem Haß innewohnt, gewarnt.

Der Internationalismus der Studentenbewegung in den Jahren 1967/68 war sicher mit vielen Illusionen und Utopien durchsetzt, zu denen auch Rudis revolutionärer Wille beigetragen hat. Aber einen Gedanken, der nur scheinbar utopisch ist, hat er immer als zentral festgehalten: daß nämlich wirkliche Befreiung und wirklicher Sozialismus nur das Werk selbsttätiger Massen, das Werk der Mehrheit sein können. In dem Buch "Der lange Marsch. Wege der Revolution in Lateinamerika", das er zusammen mit Elisabeth Käsemann und R.F. Schöller herausgegeben hat, wurde in der Einleitung dieser Punkt besonders hervorgehoben und als Hoffnung und Erwartung an die cubanische Revolution formuliert.

Die Sicherheit, mit der Rudi ausschloß, daß man ihn und seine Freunde und Genossen jemals an der Seite irgendwelcher Unterdrücker der Mehrheit finden würde, war zugleich die Grundlage seines festen Vertrauens, daß die Mehrheit eines nicht zu fernen Tages zu den Ideen der Befreiung und des Sozialismus finden werde. Diese Sicherheit verließ ihn nicht einmal, als er als der Sprecher einer kleinen radikalen Minderheit in Berlin Anfang 1968 schon der direkten Verfolgung ausgesetzt war. Damals sagte er in einem Fernseh-Interview: "Wir können nie als Minderheit an die Macht kommen, wollen es nicht, und darin liegt unsere große Chance."

Die Kugeln, die ihn schließlich töteten, zeigten, für wie gefährlich diese Ideen gehalten wurden.

Ihr, die ihr auftauchen werdet aus der Flut
In der wir untergegangen sind
Gedenkt
Wenn ihr von unseren Schwächen sprecht
Auch der finsternen Zeit
Der ihr entronnen seid.

Gingen wir doch, öfter als die Schuhe die Länder wechselnd
Durch die Kriege der Klassen, verzweifelt
Wenn da nur Unrecht war und keine Empörung.

Dabei wissen wir doch:
Auch der Haß gegen die Niedrigkeit
Verzerrt die Züge.
Auch der Zorn über das Unrecht
Macht die Stimme heiser. Ach, wir
Die wir den Boden bereiten wollten für Freundlichkeit
Konnten selbst nicht freundlich sein.

Ihr aber, wenn es so weit sein wird
Daß der Mensch dem Menschen ein Helfer ist
Gedenkt unsrer
Mit Nachsicht.

Aus: An die Nachgeborenen. Von Bertolt Brecht.

Afghanistan und Lateinamerika

Es ist schon erstaunlich: In "normalen Zeiten" hätte die gegenwärtige Entwicklung in El Salvador - vor allem auf dem Hintergrund der Revolution in Nicaragua - in den USA "Alarmstufe Eins" hervorgerufen; die Botschaftsbesetzung im Iran und die sowjetische Intervention in Afghanistan haben es jedoch "geschafft", die Ereignisse in Mittelamerika völlig in den Hintergrund zu drängen.

Ost/West- und Nord/Süd- Konflikt

Allerdings sind diese Ereignisse im Nahen Osten von so weitreichender Bedeutung für die globale Situation, daß auch die weitere Entwicklung in Lateinamerika - und vor allem der Beziehungen zwischen den lateinamerikanischen Gesellschaften und den kapitalistischen Metropolen - davon in einschneidender Weise beeinflusst wird. Um die mögliche Tragweite dieser Entwicklungen abschätzen zu können, ist es nötig, sich gewisse Veränderungen der weltpolitischen Lage seit der zweiten Hälfte der Sechzigerjahre zu vergegenwärtigen. Obwohl die Grundstruktur der militärischen Bündnisse und auch der politisch-ideologischen Konzepte sich in dieser Zeit nicht veränderte, wurde im politischen Tagesgeschehen der Ost-West-Konflikt vom Nord-Süd-Konflikt abgelöst. Für die Entwicklung in den Metropolen bedeutete dies:

- Priorität der "Entspannungspolitik" im Ost-West-Verhältnis, Verstärkung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen den Blöcken;
- Infragestellung der Vorherrschaft der USA, wachsende Konkurrenz USA-Westeuropa-Japan ("Trilateralität");
- Wachsende Bedeutung von Oppositionsbewegungen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaften (von der Studenten- und Anti-Vietnambewegung bis zu den Grünen).

Dieselbe Zeit brachte ein Ende des raschen und relativ krisenfreien Wachstumsprozesses der Nachkriegszeit.

Stärkung der 3. Welt

Dieser Entwicklung stand in erster Linie eine Stärkung der politischen Eigenständigkeit der Dritten Welt gegenüber, die auf verschiedene Ursachen zurückgeht:

- Seit Mitte der Sechzigerjahre hat sich der Industrialisierungsprozeß in einer Reihe von Ländern der Dritten Welt stark beschleunigt (was nicht mit gesellschaftlicher Entwicklung gleichzusetzen ist, vgl. Brasilien). Zwischen 1970 und 1976 lag die industrielle Wachstumsrate der "Länder mit mittlerem Einkommen" (pro-Kopf-Einkommen zwischen 300 und 3.000 US \$ im Jahre 1977; alle großen lateinamerikanischen Länder, die meisten OPEC- und südasiatischen Staaten) bei 7,2%, während sie im Schnitt der Industrieländer nur 3,2% betrug. Als Importeure industrieller Ausrüstungs-güter gewannen diese Länder eine gewisse Bedeutung für die Konjunktur-entwicklung in den Zentren selbst.
- Eine globale Knappheit vieler Rohstoffe wurde absehbar. Dies stärkte zumindest das politische Selbstbewußtsein rohstoffexportierender Entwicklungsländer und machte zumindest im Falle des Öls spektakuläre Preiserhöhungen möglich.

- Der nationalstaatliche Charakter der erst in der Nachkriegszeit unabhängig gewordenen Länder Afrikas und Asiens begann sich zu konsolidieren; in vielen Ländern der Dritten Welt begann sich die interne Bourgeoisie der Möglichkeiten, nationalstaatliche Politik zur Förderung des eigenen Akkumulationsprozesses systematisch auszunutzen, mehr und mehr bewußt zu werden.

- Die eindeutige Führungsrolle der USA begann abzubröckeln. Der Vietnamkrieg hatte gezeigt, daß auch Länder der Dritten Welt

amerikanischen Interventionen nicht völlig hilflos ausgeliefert sind. Darüber hinaus entwickelten sich Ansätze, die USA, Westeuropa und Japan als Konkurrenten gegeneinander auszuspielen (etwa: Atomgeschäfte).

Schwächung des US- Einflusses

Diese politische Stärkung der Dritten Welt findet einerseits ihren Ausdruck in der Koordination ihrer Politik gegenüber den Industrieländern in der Gruppe der 77, der Stärkung der Blockfreienbewegung und der Forderung nach einer "Neuen Weltwirtschaftsordnung" mit allen damit zusammenhängenden Aktivitäten. Sie findet aber auch ihren Ausdruck in einer eigenständigeren politischen Position der lateinamerikanischen Staaten gegenüber den USA, die zuletzt in einer breiten Ablehnung jeder Form US-amerikanischer Intervention in Nicaragua ihren Ausdruck fand.

Prinzipiell ist diese Entwicklung sicherlich positiv einzuschätzen, zumal in ihr eine gewisse Schwächung des Imperialismus und eine Erweiterung des politischen Spielraums für nationale Entwicklungsprozesse zum Ausdruck kommt. Zwei Dinge sind dabei allerdings zu berücksichtigen:

- Die gewonnene größere Eigenständigkeit kann nur geschützt werden im Rahmen der jeweiligen internen politischen Kräfteverhältnisse, die ihrerseits wieder von der Weltmarktentwicklung, von transnationalen Konzernen usw. beeinflusst werden. Es handelt sich also i.a. um eine größere Eigenständigkeit für eine bürgerlich-nationale Politik.
- Die Entwicklung in den lateinamerikanischen Militärdiktaturen scheint unserer Interpretation zu widersprechen. Eine den Vorstellungen Milton Friedmans und des Internationalen Währungsfonds entsprechende Außenwirtschaftspolitik (Verringern von Zollschränken und anderen Handelshemmnissen, Öffnung für ausländisches Kapital, Ausgleich der Zahlungsbilanz als prioritäres Ziel) bedeutet jedoch tatsächlich eine Vorlagerung der Abhängigkeit: Die Stellung der US-Multis, die unter dem Schutz unüberwindbarer Zollschränken enorme Profite machten und eine direkte Abhängigkeit zu den USA vermittelten, wird eher geschwächt, während die Integration in den kapitalistischen Weltmarkt insgesamt gestärkt wird. Dies entspricht genau der oben dargestellten Schwächung der US-Dominanz gegenüber einem trilateral dominierten kapitalistischen Weltsystem. Die manchmal erstaunliche Unabhängigkeit der chilenischen und der argentinischen Militärregierungen von der US-Politik ist Ausdruck dieser Entwicklung.

Die sowjetische Intervention in Afghanistan hat die kalten Krieger wieder auf den Plan gerufen; vor allem die Reaktion der USA deutet auf eine Neubelebung der alten Ost-West-Frontstellung hin. Wir wollen im folgenden zunächst einmal die Auswirkungen der gegenwärtigen Krise auf den Ost-West-Konflikt etwas genauer unter die Lupe nehmen, um dann die Frage danach zu stellen, ob die gegenwärtige Situation die Länder der Dritten Welt und speziell Lateinamerikas wieder stärker in die politische Abhängigkeit von den kapitalistischen Metropolen und speziell von den USA preßt, oder ob erstere in der Lage sein werden, die gewonnene Eigenständigkeit zu verteidigen.

Zur gegenwärtigen Situation im Nahen Osten

Die Entwicklung des Islams zu einer bedeutenden politischen Kraft im Nahen Osten unterstreicht, daß der gewachsenen politischen Eigenständigkeit der Dritten Welt auch eine Stärkung traditioneller kultureller Elemente entspricht. Die iranische Revolution stellt den bisherigen Höhepunkt dieser Entwicklung dar. Für den Westen bedeutete dies zwar auch eine massive Infragestellung des eigenen kulturellen Selbstbewußtseins, vor allem jedoch eine Gefährdung der eigenen Energieversorgung sowie - zumindest kurz- bis mittelfristig - den Verlust eines bedeutenden Abnehmers von Maschinen und Waffen.

Daß die sowjetische Intervention in Afghanistan mit der Angst vor dem Entstehen einer mächtigen islamischen Bewegung in der Sowjetunion selbst zusammenhängt, wird von verschiedenen Beobachtern bestätigt. Konnte schon das Überspringen des religiös-revolutionären Funkens vom Iran in die benachbarten sowjetischen Republiken nicht ausgeschlossen werden, so hätte ein siegreicher islamischer Widerstand gegen ein gefährdetes Moskau-orientiertes Regime in Afghanistan diese Gefahr noch erheblich vergrößert. Die Bedeutung dieser Intervention geht aber natürlich weit über das Verhältnis Sowjetunion/ Islam hinaus. Unsere Empörung richtet sich mit derjenigen vieler Länder der Dritten Welt gegen diese erste eindeutige militärische Aggression der Sowjetunion gegen ein Land der Dritten Welt, die in vielem auf eine Stufe mit dem amerikanischen Überfall auf Kambodscha zu stellen ist - das Recht eines Landes der Dritten Welt auf eigenständige Entwicklung wurde den strategischen Interessen einer Großmacht geopfert.

Für die Reaktion in der BRD und der USA waren allerdings zwei andere Aspekte wichtiger:

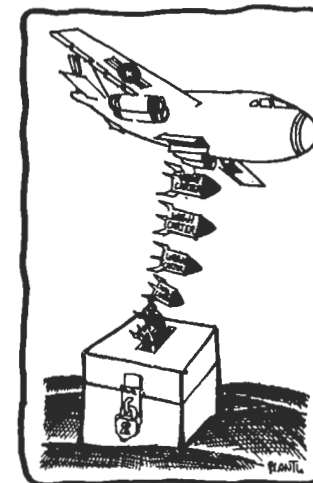
- Die Intervention in Afghanistan stellte die erste massive sowjetischen Militäraktion außerhalb des Warschauer Paktes dar. Trotz aller Kritik bürgerlicher Kreise an den sowjetisch-kubanischen Aktivitäten in Afrika konnte niemand bezweifeln, daß es sich dabei um eine Unterstützung eigenständiger nationaler Kräfte handelte. In Afghanistan befinden sich jedoch z.Zt. erheblich mehr sowjetische als regierungstreue afghanische Soldaten.
- Sowjetische Truppen sind nun nur noch wenige hundert Kilometer von der Straße von Hormuz entfernt, durch die fast die Hälfte des von den kapitalistischen Metropolen importierten Öls transportiert wird. Die Intervention in Afghanistan wird als der erste Schritt eines geopolitischen Konzeptes der Sowjetunion angesehen, Kontrolle über die Ölquellen am Persischen Golf zu gewinnen.

Beide Punkte und die komplizierte Situation im Iran nach der Besetzung der US-Botschaft produzieren in der Tat die gefährlichste politische Situation seit dem 2. Weltkrieg. Präsident Carter erklärte in seinem "Bericht zur Lage der Nation", die USA würden gegen jede Bedrohung der Staaten am Persischen Golf militärisch vorgehen. Weitere interne Auseinandersetzungen im Iran sind mit Sicherheit zu erwarten - ein Erfolg linker Kräfte in Teheran, aber auch regionale Unruhen in den Provinzen Fars und Belutschistan, die zwischen Afghanistan und der Straße von Hormuz liegen und von Minderheiten bewohnt werden, könnten bereits bei minimalen Anzeichen sowjetischer Unterstützung zu unübersehbaren Folgen führen.

Die Auferstehung der »Kalten Krieger«

Die "Kalten Krieger" feiern ihre Auferstehung. CDU-Verteidigungsexperte Wörner erklärte im Bundestag unter tosendem Beifall: "Schluß mit pervertierter Friedensdiskussion. Nicht aus der Stärke des Westens, aus seiner Schwäche erwächst Gefahr für den Frieden." Den Pazifisten werde in Kambodscha, Afghanistan - und eines Tages auch in Europa die blutige Rechnung präsentiert. Man fragt sich, ob den Herren von der CDU klar ist, worüber sie reden. Der Vorschlag, die NATO und damit eine militärische "Beistands"verpflichtung auf die Dritte Welt auszuweiten, konkretisiert ihre Vorstellungen. Es ist allerdings nicht zu leugnen, daß eine solche militaristische Hetze sich ausgezeichnet in die militant-reaktionäre Wahlkampf-führung von Franz Josef Strauß einfügt. Wenn allerdings ein derartiger Opportunismus die Möglichkeit kriegerischer Auseinandersetzungen - und das kann heißen, einen Atomkrieg - bewußt ins Kalkül einbezieht, dann muß der Widerstand gegen Strauß eine neue Dimension annehmen.

Ein Olympiaboykott wäre sicherlich weniger gefährlich als militaristische Drohungen - die Schizophrenie in der Argumentation der "Kalten Krieger" tritt jedoch nirgendwo deutlicher hervor. So erklärte der CDU-Bundestagsabgeordnete H. Schwarz vor der Fußballweltmeisterschaft in Argentinien "... wenn wir Sport und Fußball nicht von der Politik trennen, können wir demnächst nur noch in ... Westeuropa, Japan und Nordamerika Sport treiben". Heute dagegen werden wir belehrt, daß der Sport schon immer ein Politikum gewesen sei, und daß es unsere Solidarität zu den USA gebiete, am Olympiaboykott teilzunehmen.



Jimmy Carters Zeichen stehen auf Sieg:
Die Rüstungslobby marschiert

Afghanistan-Krise 1980:



Dennoch zeigt sowohl die Haltung der Bundesregierung als auch anderer westeuropäischer Länder, die einem Olympiaboykott skeptisch gegenüberstehen und versuchen, wesentliche Aspekte der Entspannungspolitik zu retten (etwa: Vereinbarungen zwischen BRD und DDR, Helsinki-Nachfolgekonferenz in Madrid), daß die Ereignisse im Nahen Osten bisher noch nicht in der Lage waren, den gesamten Westen sowohl intern wie auch international in einem militanten Anti-Sowjetismus zu vereinigen. Sowohl die SPD, die in ihrer Ostpolitik eine Säule ihres Bundestagswahlkampfes sieht, als auch die westeuropäischen Bourgeoisien, die am Ostgeschäft beträchtlich verdienen, haben zu viel zu verlieren.

Zur lateinamerikanischen Reaktion

In einer Reihe von politischen und wirtschaftlichen Fragen haben lateinamerikanische Staaten auf die sowjetische Intervention und die amerikanischen Sanktionen reagiert.

Die seit einem halben Jahr von den Sandinisten geführte Regierung Nicaraguas demonstrierte vor dem Weltforum der Vereinten Nationen vor allem ihre politische Unabhängigkeit von den USA, als sie sich bei der Abstimmung über den Abzug aller ausländischen Truppen aus Afghanistan der Stimme enthielt. Genauso verhielten sich achtzehn Staaten; mit der Sowjetunion stimmten 17 Länder gegen diese mit Zwei-Drittel-Mehrheit (104 Stimmen) von der UNO angenommene Resolution.

Kuba war in der Klemme, gab aber schließlich der uneingeschränkten Bündnistreue zur SU den Vorrang vor seiner Rolle als gegenwärtiger Vorsitzender der Bewegung der Blockfreien (vgl. den Kuba-Artikel in diesem Heft). Damit verloren die Kubaner zwar einiges an politischem Kredit in Lateinamerika, doch reichte ihr Einfluß noch bis Grenada, das die Resolution ebenfalls ablehnte. Wegen seiner Rechtfertigung der Invasion in Afghanistan hatte Kuba schon wenige Tage zuvor endgültig auf eine wichtige Position verzichten müssen: Nach wochenlanger Konkurrenz mit Kolumbien um einen Sitz im Welticherheitsrat der UNO verloren die Kubaner plötzlich eine beträchtliche Zahl von Stimmen. Da sie keine Chance mehr sahen, gewählt zu werden, einigten sie sich mit Kolumbien auf Mexiko als Kompromiß-Kandidat, das dann mit der klaren Mehrheit von 133 Stimmen auch gewählt wurde.

Von erheblicher Bedeutung für die US-Außenpolitik wird das Verhalten verschiedener lateinamerikanischer Regierungen hinsichtlich der Frage wirtschaftlicher Boykottmaßnahmen sein. Hier zeigte sich bisher eine klare Entschlossenheit der Lateinamerikaner, ihren nationalen wirtschaftlichen Interessen auch gegen den politischen Druck der USA durchzusetzen.

Der brasilianische Finanzminister Rischbieter - der vor wenigen Tagen, aber offenbar ohne Druck der USA, zurückgetreten ist - kündigte unverblümt an, daß sein Land von dem US-Boykott gegen die UdSSR profitieren könne, indem es z.B. Sojabohnen in die Sowjetunion liefere.

Noch einschneidender können die Ziele des US-Getreideboykotts durch die argentinische Militärjunta gefährdet werden. Die argentinischen Militärs, die bereits seit ihrer Machtübernahme einen regen Handelsaustausch mit der UdSSR unterhalten, können ihre Agrarexporte noch erheblich erhöhen. Für dieses Jahr wird ein Getreide-Uberschuß von etwa 10 Mio. Tonnen erwartet, ohne



daß Argentinien dafür Lagereinrichtungen besäße. Von den bestellten 21,4 Mio. Tonnen Mais und Weizen werden die USA voraussichtlich etwa 6-8 Mio. Tonnen liefern. Argentinien hat sich bislang bewußt die Entscheidung offen gehalten, ob es diese für die UdSSR empfindliche Lücke füllen wird oder nicht.

In bezug auf den von den USA angekündigten Boykott der Olympiade in Moskau haben die meisten lateinamerikanischen Regierungen schon am Tage nach der Pressekonferenz von Jimmy Carter verlauten lassen, daß sie sich an einem solchen Boykott nicht beteiligen würden.

Fortsetzung der gegenwärtigen Tendenzen?

Es ist noch zu früh, sichere Aussagen über die möglichen längerfristigen Auswirkungen der weltpolitischen Entwicklung auf Lateinamerika zu machen. Einige wichtige Hinweise können jedoch gegeben und einige Fragestellungen aufgezeigt werden.

Nach dem Sieg der Revolution in Nicaragua und einer wachsenden Unruhe in ganz Zentralamerika, die die US-amerikanischen Interessen bedroht, beschlossen die USA, in Florida eine besondere Elitetruppe zusammenzustellen, die die "Bewachung" Zentralamerikas und der Karibik zur Aufgabe hat. Mit militärischer Drohung soll eine allzu eigene Entwicklung der Länder dieser Region unter Kontrolle gehalten werden.

Grundsätzlich kann festgestellt werden, daß das Engagement der USA im Nahen Osten zunächst eine weitere Schwächung ihrer Rolle in Lateinamerika bedeutet. Im Sinne einer möglichst großen Wirksamkeit ihrer Boykottpolitik gegenüber der Sowjetunion, müssen sie froh sein, von lateinamerikanischen Regierungen unterstützt zu werden; auf Versuche, politische Strukturen innerhalb einzelner Staaten zu beeinflussen, muß zunächst verzichtet werden. Wie die ersten lateinamerikanischen Reaktionen zeigten, ist selbst dann mit keiner überwältigenden Unterstützung der US-Politik zu rechnen. Diese Situation vergrößert den Spielraum für progressive Regierungen und revolutionäre Entwicklungen in Lateinamerika (El Salvador!), aber hilft auch, die Stabilität der Militärdiktaturen zu erhöhen.

Wie bereits angedeutet wurde, neigen auch die Europäer dazu, die US-Boykottpolitik zunächst eher auszunutzen als effektiv zu unterstützen. Eine stärkere politische und militärische Konzentration der US-Politik auf Asien und den Indischen Ozean würde ein gewisses Vakuum in Lateinamerika entstehen lassen, welches sehr schnell von westeuropäischen Wirtschaftsinteressen (Direktinvestitionen, europäische Exporte, Kredite) aufgefüllt werden würde. Insbesondere die bundesdeutsche Wirtschaft hat bereits in den vergangenen Jahren ihr Engagement in Lateinamerika gerade in solchen Bereichen gestärkt, aus denen sich die USA aus unterschiedlichen Gründen zurückgezogen hatten. Als Beispiele seien hier nur die Atomgeschäfte der KWU mit Brasilien und Argentinien genannt, sowie die stetig zunehmenden Waffenlieferungen der BRD insbesondere an Länder der Dritten Welt – nach einer Periode der strikten Zurückhaltung in Bezug auf Waffenlieferungen exportiert die Bundesrepublik inzwischen Waffen in mehr als 70 Länder!

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, wenn Willy Brandt jetzt dazu rät, "den Spielraum zwischen den Supermächten zu nutzen". Auch liegt es auf dieser Linie, wenn der deutsche Bundestag Mitte Januar gleich am Tage nach der Diskussion der jüngsten Ereignisse im Nahen Osten eine ausführliche Afrika-Debatte führte und die Erhöhung der bundesdeutschen Verteidigungs- und Entwicklungshilfenausgaben gleichzeitig angekündigt wurden.

Bisher folgen die Reaktionen auf die Krise im Nahen Osten also eher den Entwicklungstendenzen des letzten Jahrzehnts. Westeuropa befindet sich weiterhin auf Konkurrenzkurs mit den USA, und die etwas entwickelteren Länder der Dritten Welt versuchen, den entstandenen Spielraum auszunutzen. Es ist allerdings zu bedenken, daß den dargestellten Strukturveränderungen innerhalb des kapitalistischen Weltsystems keine Veränderung der militärischen Kräfteverhältnisse gefolgt ist. Je mehr die Legitimationsschwelle für militärische Interventionen sinkt, desto stärker wird die militärische Überlegenheit der USA wieder ins Gewicht fallen. Das weitere Verhalten der USA gegenüber der Entwicklung in El Salvador kann da vielleicht schon äußerst aufschlußreich sein.

BOLIVIEN

Wirtschaftspaket und Aufstand der Bauern

Um die bolivianische Wirtschaft zu sanieren und die "Demokratie zu stärken", hat die Regierung Gueiler am 30.11.79 Maßnahmen verkündet, die Arbeiter, Bauern und selbst Teile des Mittelstandes zum Hungern verdammen. Die Bevölkerung hat spontan mit Widerstand geantwortet und klar gemacht, daß sie die Stärkung einer solchen Demokratie weder dulden noch überleben kann. Erstaunlich war dabei die Mobilisierung der Bauern, die in der jüngsten Geschichte Boliviens beispiellos ist. Sie hat unmißverständlich gezeigt, daß die Bauern als Lebensmittelproduzenten das Land genauso lahmlegen können wie die organisierte Arbeiterschaft. 10 Tage dauerte der Kampf bis er vorläufig abgebrochen wurde.

»Wirtschafts«- oder Weihnachtspaket

Wie schon in LN 77 berichtet, wurde die bolivianische Wirtschaft durch den blutigen Putsch des Oberst Natusch-Busch vollends an den Rand des Ruins gebracht. Die Regierung Gueiler sah sich deshalb gezwungen, umgehend Maßnahmen zu ergreifen, die eine Sanierung der Wirtschaft bewirken sollten. Es führte kein Weg mehr daran vorbei, jetzt doch auf die Bedingungen des internationalen Währungsfonds (IWF) einzugehen, um die dringend erforderlichen Überbrückungskredite zu bekommen. Das am 30. November von der Präsidentin verkündete Wirtschaftspaket trägt somit deutlich die Handschrift des IWF. Die zentralen Bestandteile sind die de-facto-Abwertung des bolivianischen Peso um bisher 25% und die Erhöhung der Treibstoffpreise um durchschnittlich 130%. Weiter werden die Staatsausgaben gekürzt, um das Haushaltsdefizit zu verringern. Dies betrifft auch die Staatsbetriebe im Produktionsbereich, womit deren Investitionen drastisch sinken werden. Diese monetaristischen und fiskalpolitischen Maßnahmen drosseln zwangsläufig die Inlandsnachfrage. Vor allem sollen die Importe stark reduziert werden. Das trifft aber nicht nur für sogenannte Luxusgüter zu, sondern auch für Düngemittel, Traktoren, Maschinen etc., die in Bolivien fast ausnahmslos importiert werden müssen. Die Importverteuerung ist für diejenigen Teile des Volkes, die sich schon jetzt am Rande des Existenzminimums befinden (und das ist immerhin der Großteil) ein besonderer Schlag, weil die Regierung selbst für 1980 mit notwendigen Nahrungsmittelimporten von über 80 Mio. US-Dollar rechnet.

Mit dem Dekret Nr. 17 123 wurde eine ganz neue Situation geschaffen. Der Wechselkurs wurde von der Regierung freigegeben und die Anpassung des Peso-kurses an die "Marktkräfte" der Zentralbank übertragen. Dadurch kann jede weitere Abwertung der bolivianischen Währung ohne großes Aufsehen und ohne die bisher üblichen Kompensationszahlungen für den Verlust der Kaufkraft vor sich gehen. Nutznießer der Abwertung ist die Exportbourgeoisie, die für ihre zu Weltmarktpreisen exportierten Produkten keine Deviseneinbußen hinnehmen muß, gleichzeitig aber mehr nationale Währung erhält.

nale Währung erhält.

Die Erhöhung der Treibstoffpreise trifft vor allem weite Teile des Produktionssektors, den Bergbau, aber auch die Landwirtschaft, da diese besonders stark vom Transport abhängig ist (auf dem Land stiegen die Preise für Verkehrsmittel bis zu 400%). Da aber die Lebensmittelpreise von der Regierung festgesetzt sind und mit dem Wirtschaftspaket kaum stiegen, sind die kleinen Bauern besonders hart betroffen. Sie kommen nämlich nicht in den Genuß von Subventionen und Krediten, die vor allem von Großproduzenten in Anspruch genommen werden. Diese aber produzieren vorwiegend für den Export: Zuckerrohr, Baumwolle, Paranüsse etc. Wegen des politischen Zündstoffs sollten die Preise für Grundnahrungsmittel eingefroren werden. Trotzdem hielten sich die Verkäufer nicht an die vorgeschriebenen Höchstpreise. 4 kg Fleisch sollte z.B. bei 38 Pesos liegen (vorher zwischen 20 und 28 Pesos), lag aber Anfang Januar bereits zwischen 40 und 45 Pesos. Das traditionelle Weihnachtshuhn war, wenn überhaupt, zu 60 bis 70 Pesos pro Kilo zu erhalten; festgelegt waren 45 Pesos.



Protest der Arbeiter und Bauern

Das Regierungspaket ist ein doppelter Hohn angesichts der Tatsache, daß der Gewerkschaftsdachverband (COB) sich bereiterklärt hatte, bei der Lösung der wirtschaftlichen Krise seinen Teil zu tragen und bereits Mitte November ein Dokument vorlegte, das im Regierungspaket nicht berücksichtigt wurde. Zu Gesprächen wurde er erst eingeladen, als das Paket schon fertig war – 2 Tage vor der Bekanntgabe. Das Nationale Exekutivkomitee der COB wies die Regierungsmaßnahmen sofort zurück, weil sie nicht nur die Arbeiter treffen, sondern auch alle anderen Sektoren, die kein festes Einkommen haben, wie Bauern, Genossenschaften und den Mittelstand. Die ersten konkreten Reaktionen gegen die Maßnahmen kamen von den Bäckern, die sofort in den Streik traten.

Die COB kündigte einen Generalstreik an und organisierte einen Protestmarsch, an dem allein in La Paz über 50 000 Personen teilnahmen, die am Regierungspalast vorbei zum ausgebombten Gewerkschaftssitz marschierten. Auch in den anderen Departementhauptstädten kam es zu Massendemonstrationen. Der Gewerkschaftsführer Juan Lechín O. forderte die Regierung nochmals auf, die gesamten Maßnahmen zu annullieren.

Die wohl bedeutendste und relativ überraschende Reaktion ging von den Bauern aus. Die bolivianische Einheitsgewerkschaft der Bauern CSUTCB erklärt den Generalstreik. Bereits am 5.12. war das ganze bolivianische Hochland blockiert, ca. 1 500 Touristen und Pilger saßen am Titicacasee fest (sie wurden später von der Luftwaffe nach La Paz geflogen). Wie kam es zu diesem Streik mit einem derart hohen Mobilisierungsgrad?

Folgende Gründe könnten eine Erklärung sein: Die Wahlkämpfe von 1978 und 1979 haben auch auf dem Land große Hoffnungen geweckt, gefolgt von mindestens genauso großen Frustrationen. Bereits im Januar 1978 begannen die Bauern den gewerkschaftlichen Zusammenschluß auf regionaler und subregionaler Ebene und schlossen sich dann zur bolivianischen Einheitsgewerkschaft der Landarbeiter CSUTCB zusammen, die auf einem außerordentlichen COB-Kongreß im Juni 1979 als einzige Bauernvertretung in den Dachverband aufgenommen wurde – unter dem Vorsitz von Genaro Flores. Schließlich muß auch die äußerst prekäre Situation der Subsistenzwirtschaft und eine wachsende Tendenz an der Basis zu sofortigen Defensivreaktionen in Betracht ziehen. Durch den grausamen Putsch von Oberst Natusch-Busch haben auch viele Familien ihre Ernährer verloren, was Trauer und Wut sicher noch steigerte. Die drastischen Wirtschaftsmaßnahmen der Regierung waren ein Verrat am Volk, das zehn Tage lang gegen die Militärs gekämpft hatte, gleichzeitig waren sie der Funke im Pulverfaß: am 1.12. begannen die Bauern in allen Teilen des Landes die Zufahrtswege zu den Städten zu blockieren, um die Versorgung mit landwirtschaftlichen Produkten zu unterbinden.

Am 3.12. begann die Bauerngewerkschaft Gespräche mit der Regierung um ihre Forderungen vorzutragen:

Errichtung von Bauerngemeinschaften für die kollektive Produktion, ausgestattet mit technischer und finanzieller Hilfe, um endlich mit der Überwindung des Minifundiums zu beginnen, das sie als ihr Hauptproblem bezeichnen; Errichtung von landwirtschaftlichen Vermarktungszentren mit Gewerkschaftsverwaltung zur Ausschaltung von Zwischenhändlern bzw. Wucherern, die Abschaffung des Monopols der Transportunternehmer zugunsten von Bauern, Transportkooperati-

ven und der steuerfreien Anschaffung von Fahrzeugen, Sozialversicherung für Bauern, einen staatlich garantierten Mindestlohn, sowie eine Minimalregelung zur Verbesserung der Lage der Saisonarbeiter. Erst auf der Basis der Anerkennung der Punkte, die im wesentlichen seit zwei Jahren die Kampfplattform der Bauerngewerkschaften darstellen, wollte die CSUTCB über den Abbau der Strassensperren verhandeln.

Auf dem Hintergrund der Tatsache, dass die Transportunternehmergewerkschaft (eigentlich keine Gewerkschaft!) sich nicht an die Erklärungen des Dachverbandes hielt, sondern im Gegenteil das Wirtschaftsprogramm der Regierung begrüßte, verlief ihre Auseinandersetzung mit den Bauern teilweise sehr aggressiv und in einigen Fällen sogar militant. LKWs wurden mit Steinen beworfen und z.T. zerstört und verbrannt, wobei einige Chauffeure mitverbrannten. In La Paz wurden städtische Busse in Brand gesteckt, mit Steinen beworfen und für Barrikaden verwendet. Um diese Wut zu verstehen, muß man sich vor Augen halten, daß die Transportunternehmer in Bolivien eine ähnliche Rolle spielen wie in Chile zur Zeit Allendes. Auf Grund ihres Verhaltens wurden die Transportunternehmer aus der COB ausgeschlossen und traten am 5.12. aus Protest gegen die Ausschreitungen der Bauern in einen unbefristeten Streik. Damit war das Land vollkommen lahmgelegt, La Paz erlebte einen echten Versorgungsengpaß an Nahrungsmitteln. Am 7. 12. verkündete die COB nach Beendigung des Generalstreiks ein vorläufiges Übereinkommen mit der Regierung, das allerdings von der Akzeptierung durch die CSUTCB abhängig gemacht wurde. Dafür wollte die Regierung folgende Zugeständnisse machen:

Befreiung von Steuern für Agrarprodukte, Schaffung von Bauernmärkten, technische und finanzielle Förderung, Erhöhung der Transportkosten um "nur" 30 %, bürgerliche Mitverwaltung in der Landwirtschaftsbank und die beschleunigte Ausstellung von Besitztiteln für das Land der Bauern.

Gegen den Widerstand an der Basis beschloß die CSUTCB am selben Tag die zeitweilige Aussetzung der Straßensperren und berief eine nationale Notversammlung ein. Die COB reagierte mit einer Solidaritätserklärung für die Bauern und der Ausrufung eines erneuten 24 stündigen Generalstreiks am 10. 12., um die Einheit von Bauern, Bergleuten und der städtischen Arbeiterschaft zu bekunden. Am 8.12. beendeten auch die Transportunternehmer ihren Streik, nachdem sie mit der Regierung ein Separatabkommen unterzeichnet hatten.

Die »subversiven Kräfte« und die Gefahr eines erneuten Militärputsches

Der Widerspruch, der sich momentan in der politischen Situation Boliviens festmacht, ist fast grotesk. Die Bauern wehren sich mit allen zur Verfügung stehenden Kampfmitteln (Lebensmittelboykott, Straßensperren etc.) gegen die weitere Verschlechterung ihrer materiellen und sozialen Situation. Die Antwort der Regierung bestand darin, die Aktivitäten der Bauern als subversiv darzustellen. In diesem Zusammenhang muß auch der Aufruf des nationalen Unternehmerverbandes (CEPB) gesehen werden, der ganz offensichtlich mit den Militärs zusammenarbeitet und die streikenden Arbeiter und Bauern als anti-nationale und anarchistische Kräfte bezeichnet, die einen neuen Militärputsch begünstigen und sogar provozieren. Die Präsidentin persönlich hat z.B. den wichtigsten Radiosender der Bauern auf dem Hochland 'San Gabriel' als subversiv bezeichnet und den Direktor zu Gesprächen gebeten, um die Kundgebungen und Kampfauftritte der Bauern über den Sender zu unterbinden. Die Bauern wiesen diese fatale Anschuldigung zurück und erklärten sich solidarisch mit dem Sender.

Die Gefahr eines erneuten Militärputsches war den ganzen Dezember über akut und wird es wohl auch weiterhin bleiben. Das bisherige Stillhalten der Militärs wird u.a. damit erklärt, daß sie erst einmal wieder ihre innere Stabilität erreichen müssen, und außerdem weil im Januar alljährlich die Beförderungen und Versetzungen im Militärapparat stattfinden.

Ein neuer Putschversuch wird von den ultra-rechten Generälen erwartet, die aus der mißlungenen Natusch-Aktion ihre Lehren gezogen haben und für das nächste Mal wohl besser organisiert sein werden.

Es ist abzuwarten, ob sich die politische Situation weiter zuspitzen wird, wenn die Regierung die Forderungen der Bauern nicht erfüllt. Diese kündigten bereits eine Fortführung ihrer Kämpfe für den 14. 1.1980 an. Inzwischen konnten wir aus inoffiziellen Quellen erfahren, daß sich die Protestaktionen der Bauern schon auf die Reichenviertel von La Paz ausgedehnt hätten.

Das Problem der momentanen Situation liegt darin, daß die Linken Parteien und Bündnisse in sich zerstritten sind, und daß es praktisch keine Organisation gibt, die auf politischer Ebene der vorangeschrittenen Radikalisierung im Volk Rechnung tragen könnte. Auf der letzten Kundgebung der PS-1 (Sozialistische Partei 1) von Marcelo Quiroga Santa Cruz am 11.1. war zwar ein großer Zulauf im Vergleich zu früheren Veranstaltungen dieser Partei festzustellen, trotzdem ist sie weit davon entfernt, die Partei von Arbeitern und Bauern mit entsprechender Verankerung bei der Basis zu sein. Ihr weiteres Defizit liegt darin, daß sie mit keiner anderen linken Partei koalieren könnte oder wollte. Seinen kürzlichen Auszug aus dem Parlament mit der gesamten Partei (5 Abgeordnete) rechtfertigte Quiroga sehr wirkungsvoll mit der Unfähigkeit und Korruption des Parlaments, das in der Tat in der kurzen Zeit seine Glaubwürdigkeit beim Volk verloren hat. Nach langen Diskussionen wurden jetzt allgemeine Wahlen auf dem 29. Juni 1980 festgelegt. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Parteienlandschaft und die sozialen Kämpfe entwickeln.

Quellen: Presencia, Coyuntura, Sonderkorrespondent

S P E N D E N A U F R U F

Solidarität mit den bolivianischen Bauern und Arbeitern
.....

Durch den blutigen Militärputsch vom 1. November 1979 gab es zahlreiche Tote, Vermisste und Verletzte, die oft aus Arbeiterkreisen stammen und grosse Familien hinterlassen. Um diese Leute zu unterstützen, rief die Bolivianische Menschenrechtskommission weltweit zu Spenden auf. Wir unterstützen diesen Spendenaufruf.

Bezahlungsmöglichkeiten

Alois Kohler, Landesgirokasse Stuttgart, Giro-Kto Nr. 6484149, Bankleitzahl 60050101, Kennwort: Menschenrechtskommission
oder

Ute Gumz, Casilla 6546, La Paz - Bolivia, Euro-Schecks in DM oder US\$, Kennwort: Menschenrechtskommission

BRASILILIEN

Neues von der Parteienfront

"Angesichts der Neugruppierung der legalen Parteien fällt es schwer, sich vorzustellen, daß noch vor einigen Monaten wichtige Teile der Volksopposition glaubten, daß es möglich sei, den MDB zu erhalten", schreibt die brasilianische Wochenzeitung Movimento in einem Kommentar zu den Bemühungen um Parteien und Programme, die nach der endgültigen Auflösung des Zweiparteiensystems in vollem Gange sind.

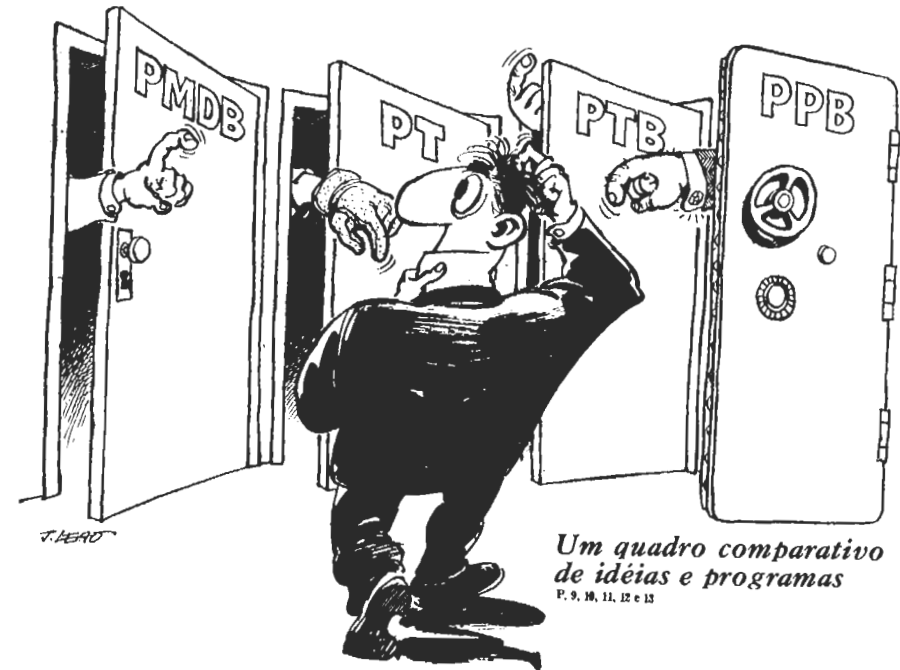
In der Tat ist die Situation recht unübersichtlich, doch zeichnen sich die Umriss der künftigen brasilianischen Parteienlandschaft ab. Am 20. November 1979 erfolgte die Auflösung der bisherigen Parteien, am 20. Dezember 1979 wurde das neue Parteiengesetz (zu seinen Bestimmungen siehe LN 76) verabschiedet, worauf unmittelbar sich die brasilianische Parteienzulassungsbehörde, das oberste Wahlgericht, bis zum Ende des Jahres in die Ferien verabschiedete. Somit standen die Antragsteller vor verschlossener Tür. Am 2. Januar 1980 war es dann so weit. Als erste stand Leonel Brizolas sozialdemokratische Partido Trabalhista Brasileiro (PTB) auf der Matte und reichte die notwendigen Papiere zur Genehmigung ein: Parteimanifest, Programm und Statuten, sowie eine Liste mit den notwendigen 101 Gründungsmitgliedern. Eine Stunde später erschien eine weitere PTB, diesmal die von Ivete Vargas, und beantragte die Zulassung. Brizola schoß nicht nur zeitlich den Vogel ab, sondern scheint auch im weiteren Auf- und Ausbau seiner Partei am weitesten fortgeschritten zu sein. Das macht die PTB für alle Unentschlossenen aus dem Lager des alten MDB attraktiv. Hat sich der "grupo pro PTB" mit allen Schikanen also parteimäßig konstituiert, so sieht es mit den anderen Strömungen weniger rosig aus. Vor einiger Zeit wurde noch damit gerechnet, daß sich die Gruppierungen eines Partido dos Trabalhadores (PT) und eines Partido Popular (PP) verfestigen, und daß einige rechte "moderados" zu Initiativen aus dem Lager der ARENA abspringen. Dies ist nur noch bedingt aktuell. Teile der MDB-Rechten um Tancredo Neves und Magalhães Pinto taten sich mit "linken" Abspalttern aus der ARENA, wie dem Exvorsitzenden der ARENA São Paulo Claudio Lembo, zusammen und arbeiten an der Gründung eines Partido Popular Brasileiro (PPB). Sie erfüllen damit die Voraussagen hinsichtlich einer zu erwartenden Mitte-Rechts-Volkspartei. Auf dem linken Flügel bleibt die Lage hingegen ungeklärt. Die beiden Parteiprojekte PT und PP präsentieren sich wie folgt: Die PT, die sich hauptsächlich aus dem Lager der "autênticos" innerhalb des alten MDB und der "autêntico"-Fraktion innerhalb der Gewerkschaften, also der Gruppe um Lula und Ibrahim, sowie einigen Linksintellektuellen rekrutiert, legte bisher eine "politische Erklärung" sowie "Vorschläge für Übergangsregelungen" bis zur Verabschiedung eines Parteiprogramms vor, das gemäß ihrem Anspruch zunächst an der Basis diskutiert werden soll, um dem Prinzip des "de cima para baixo" (von oben nach unten) zu begegnen. Ebenso sieht es bei dem anderen Parteiprojekt aus, das sich jetzt in Anlehnung an den alten MDB Partido do Movimento Democrático Brasileiro (PMDB) nennt. Der PMDB stellt das wohl am meisten heterogene Parteiprojekt im gegenwärtigen Spektrum dar. In ihr

streiten ehemalige Moderados, Autênticos, linke Intellektuelle und Vertreter der Basisbewegung miteinander um die Ausrichtung der Partei. Der provisorische Nationale Exekutivausschuß verabschiedete am 19. Dezember 1979 Entwürfe für Manifest, Programm und Statuten, die jedoch auch erst durch Basisdiskussionen legitimiert zur endgültigen Form heranreifen sollen. Grob lassen sich im PMDB mehrere Gruppierungen unterscheiden:

Der Movimento Trabalhista um den ehemaligen "Moderado" Franco Montoro, der eine gewisse Nähe zu Brizola (PTB) zeigt, und die Tendência Popular, vertreten durch Francisco "Chico" Pinto, welche eher auf eine langfristige Zusammenarbeit mit dem PT-Projekt spekuliert. Bleiben noch die "alten" Autênticos, von denen noch kein klarer Standpunkt bekannt ist, die Kommunisten des PCB und die aufrechten Reaktionen der ehemaligen ARENA, die sich zum Partido Democrático zusammenschlossen.

Wer mit wem gegen wen?

Unter diesen mehr oder minder klar definierten Ausgangspositionen beginnt nun das Gerangel um die größtmögliche Anhängerschaft. Dabei wagte sich Brizola in die Höhle des Löwen nach São Paulo und versuchte, die Bürgermeister wichtiger Städte auf seine Seite zu ziehen. Laut der Wochenzeitung ISTO E rechnet er bereits mit der Unterstützung von Tito Costa aus São Bernardo, Francisco Amaral aus Campinas, Joaquim Bevilacqua aus São José dos Campos und Teodoro Mendes aus Sorocaba. Außerdem will er Ex-Präsident Janio Quadros als Kandidaten für den Gouverneursposten des Staates São Paulo gewinnen. Bürgermeister Tito Costa aus São Bernardo lud An-



Um quadro comparativo de idéias e programas

P. 9, 10, 11, 12 e 13

fang des Jahres zu einem großen Treffen in seinem Hause ein, an dem außer ihm selbst Brizola, Fernando Henrique Cardoso und Almino Affonso teilnahmen. Brizolas großer Traum, Cardoso und Affonso für sich und damit für die absolute Vorherrschaft im linken Spektrum zu gewinnen, erfüllte sich nicht. Vielmehr schlugen die beiden zurück, indem sie kurzerhand das PMDB-Mitglied Tito Costa ohne sein Wissen als Kandidaten für den Vizegouverneursposten des Staates São Paulo auf die Liste setzten. Diese Liste wird von Franco Montoro angeführt. Er ist um den Aufbau einer breiten Oppositionsfront bemüht. "Es geht nicht mehr um eine Front zwischen Auténticos, Populares und Unabhängigen (im PMDB), wir müssen aus dem PMDB eine Partei mit einem klaren Programm machen, sonst werden die Schwierigkeiten nur größer. Bündnisse müssen nicht innerhalb der Parteien, sondern zwischen den Parteien gebildet werden," erklärt Cardoso. Als langfristigen Bündnispartner hat er hier vor allem den PT im Auge. Die Unterschiede zwischen beiden Parteien sind nach den Worten von Chico Pinto von der Tendência Popular auch weniger grundsätzlicher als taktischer Natur. "Die große Mehrheit der Tendência Popular fühlt sich verpflichtet gegenüber den unterdrückten Klassen der Arbeiter und Bauern." In vielen Staaten habe die Arbeiterklasse noch nicht das Niveau von São Paulo erreicht. Daher würden dort die Diskussionen eher von Studenten als von Arbeitern bestimmt. Die Rolle der Tendência Popular müßte demnach darin bestehen, die Bewegung für den PT zu stimulieren, damit diese Partei sich zumindest mittelfristig organisiert. Im übrigen meint Pinto, müsse man auch die 15-jährige Kontinuität des Kampfes gegen die Diktatur im Namen bewahren.

Darüberhinaus vertritt Pinto die Auffassung, daß bei der Konstituierung des PMDB zur Partei auch Vertreter von außerparlamentarischen Gruppen mit einbezogen werden sollen, beispielsweise Studenten, Gewerkschafter und Vertreter der Basisbewegungen, um dem Eindruck entgegenzuwirken, beim PMDB handele es sich um eine reine Senatoren- und Abgeordnetenpartei. Dagegen wehrt sich jedoch der Flügel um Franco Montoro, der im Kongreß das Volk bereits ausreichend repräsentiert sieht.

Chico Pintos angestrebte Zusammenarbeit mit der PT entspricht allerdings der altbekannten Form parteipolitischen Taktierens. Die PT hingegen befürwortet ein Programm ohne Bruch zwischen Taktik und langfristiger Strategie. Daran sollen Basisbewegungen mitarbeiten. Allerdings kommt der Diskussionsprozeß nur schleppend voran. Denn für ein solches basisbezogenes Programm bestehen auch noch andere Schwierigkeiten:

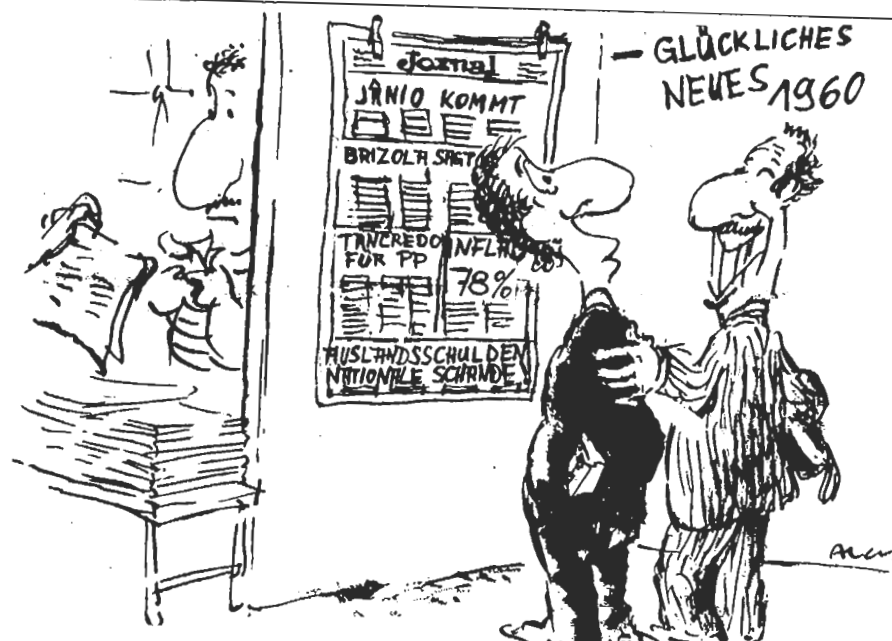
Zum ersten die restriktiven Bedingungen des neuen Parteiengesetzes, zum zweiten der für brasilianische Verhältnisse unübliche Versuch, ein Parteiprogramm "von unten nach oben" zu entwickeln, und zum dritten der zeitlich begrenzte Rahmen bis zu den Wahlen 1982.

Der Partido Comunista Brasileiro ist bei den gegenwärtigen Diskussionen offiziell nicht im Gespräch, sondern ergeht sich in allgemeinen Auseinandersetzungen um die Prinzipien kommunistischer Politik, die die Partei intern spalten und lähmen. Über die Fraktion der sogenannten Unidade Popular bleibt sie aber indirekt im PMDB präsent.

Ob die Schwierigkeiten bei der Parteienneubildung letztendlich nur der Regierung nützen, hängt von den Parteien selber ab.

Übersicht über den gegenwärtigen Stand in der brasilianischen Parteidiskussion

PD (Partido Democrático)	-Rechte ARENA-Fraktion
PPB (Partido Popular Brasileiro)	-Arenadissidenten, Moderados MDB und Adesistas
PMDB (Partido do MDB)	-Auténticos MDB (Tendência Popular), Moderados MDB, Linksintellektuelle, Basisbewegungen, Gewerkschaften
PT (Movimento pelo Partido dos Trabalhadores)	-Auténticos MDB, Auténticos Gewerkschaften, Linksintellektuelle, Teile der Basisbewegungen
PTB (Partido Trabalhista Brasileiro)	-Auténticos MDB, Liberais MDB Moderados MDB
PCB (Partido Comunista Brasileiro)	-einige ehemalige MDB-Mitglieder, vor allem Exilierte, Linksintellektuelle
PC do B (Partido Comunista do Brasil)	-Exilierte, Linksintellektuelle



aus: Movimento 24.-30.12.79. Die totgeklauten politischen Figuren und Probleme aus der Zeit vor der Diktatur feiern fröhliche Urstände.

Quellen: Verschiedene Ausgaben von VEJA, ISTO E, MOVIMENTO, LATIN AMERICA WEEKLY REPORT

CHILE

Privatisierung...

Wie reich sind die Reichen?

"Die Reichen werden reicher - die Armen ärmer" - der leicht faßliche, aber auch abstrakte Slogan hat, was Chile angeht, Inhalt bekommen: der chilenische Soziologe und Wirtschaftswissenschaftler Dahse hat eine Untersuchung über den Konzentrationsprozeß der chilenischen Wirtschaft in den Jahren der Diktatur vorgelegt. Das Buch, im Dezember in Chile erschienen, ist rasch zum Bestseller geworden und provoziert öffentliche Diskussionen über die Wirtschaftspolitik und die politischen Konsequenzen der Kapitalkonzentration.

Ein aktuelles Beispiel für die Reprivatisierungspolitik bietet die Kohlenzeche in Schwager. Der Fall verdeutlicht drastisch die Folgen für die Arbeiter, ihre verzweifelt geringen Möglichkeiten, sich dagegen zu wehren.

Diese Diskussion läuft zusammen mit der um die "Institutionalisierung" des Regimes, über die wir im September berichteten (LN 74, S. 11 ff); dieser Bericht knüpft an den erwähnten Artikel an. Dahses Untersuchung veranschaulicht die Größenordnung und den Konzentrationsgrad der Kapitalinteressen, die abgesichert werden sollen. Mit dem Titel seines Buchs "Mapa de la extrema riqueza" (etwa: Atlas des extremen Reichtums) nimmt der Autor polemischen Bezug zur - im Wortsinn - Kehrseite dieser Medaille ultra-liberaler Wirtschaftspolitik; "Mapa de la extrema pobreza" (Atlas der extremen Armut) hieß eine Untersuchung der Regierung - in dieser Situation leben, nach offiziellem Eingeständnis, 20% der Chilenen. Die Einkommensverteilung veranschaulicht nebenstehende Tabelle; an ihr dürfte sich in den letzten zwei Jahren nur wenig zum Guten verändert haben.

Neu sind nicht die generellen Einsichten Dahses über den Konzentrationsprozeß, sondern die Sammlung des Materials, das diesen Prozeß belegt.

Das Buch liegt uns noch nicht vor, aus der chilenischen Presse ergeben sich aber die folgenden Punkte als Hauptresultate.

Konzentration

Mehr als die Hälfte der wichtigsten 250 Privatunternehmen werden von 5 Wirtschaftsgruppen kontrolliert, 214 davon von chilenischem Kapital. Diese Macht ballt sich bei achtzig Unternehmern und Managern. Sie denken gar nicht daran, sich an die offiziell verkündeten Spielregeln von Wettbewerb und Markt zu halten: Die Kapitalverflechtungen zeigen, wie sie sich den chilenischen Kuchen gemeinsam aufteilen. Ausländisches Kapital spielt übri-

Einkommensgruppen (US\$ 31.3.78)	Porcentajes (%)	Anzahl städt. Familien
0- 144	36.5	677.620
144- 360	38.4	714.000
360- 504	10.3	190.800
504- 720	7.3	136.300
720-1.728	6.3	116.500
1.728-	1.2	22.300
	100.00	1.857.520

gens nach dieser Untersuchung eine geringere Rolle, als man vermuten könnte; wobei zu bedenken ist, daß die Multis wie die Exxon (Esso) ihre geplanten Investitionen in Milliardenhöhe noch nicht realisiert haben.

Zur Kontrolle des Produktionsbereichs tritt natürlich die Kontrolle der Banken und damit, wichtiger noch, der Zugang zu ausländischen Krediten. Angesichts der Verelendung einerseits, der hohen Inflation andererseits war auf nationaler Ebene nicht viel zu gewinnen. Als äußerst lukrativ erwies es sich aber, relativ billige Kredite im Ausland aufzunehmen und auf den einheimischen Kapitalmarkt zu schleusen. Einerseits wurden diese Kredite zu natürlich wesentlich höheren Zinsen weitergegeben, andererseits konnten sich die Gruppen bei der Reprivatisierung einkaufen und damit ihre Imperien ausweiten.

Zur Wirtschaftspolitik der Diktatur gehört bekanntlich die Reprivatisierung der Unternehmen und Banken, die in der Zeit der Unidad Popular verstaatlicht wurden. Sie wurden nicht ihren alten Besitzern zurückgegeben, sondern - meist zu Schleuderpreisen - verkauft. Aktienpakete sollten zwar breit gestreut werden, aber die entsprechenden Vorschriften ließen sich durch Strohmänner leicht umgehen, die Vorschrift selbst wurde übrigens bald danach aufgehoben. Es konnte auch sichergestellt werden, daß die "Marktpreise", zu denen die Unternehmen angeboten wurden, unter Kontrolle blieben.

Daß diese "wirtschaftliche Elite" nicht wahllos und blindlings einkauft, kann man vermuten. Fernando Dahse belegt es an folgendem Vergleich: Aus der Liste der hundert wichtigsten Unternehmen von 1969 - also aus der Zeit vor der UP - sind 41 in den Händen der fünf größten Wirtschaftsgruppen. Sie sind in den 10 Jahren um 96 % gewachsen. Die restlichen 59 Unternehmen wuchsen nur um 13,8 %.

Selbstverständlich sind es diese Gruppen, die nicht nur "wirtschaften", sondern auch die Wirtschaftspolitik bestimmen, d.h., sie machen sie selbst: Ihre Vertreter sitzen im Regierungsapparat.

Die Richtung für ihre weitere Expansion ist jetzt schon deutlich: sie drängen auf weitere Privatisierungen: in der Sozialversicherung und im Kupferbergbau. Das Argument ist natürlich, die Privatwirtschaft sei "effizienter". Was den Kupferbergbau betrifft, so geht es ihnen natürlich nicht darum, neue Kupfervorkommen ausfindig zu machen und zu erschließen, sondern die bestehenden aufzukaufen. 1971 hatte der chilenische Kongreß einstimmig - also einschließlich der Stimmen der Rechten - die Kupferminen dem US-Kapital entrisen und nationalisiert. Hier scheint, bis jetzt zumindest, auch für einige führende Militärs noch eine psychische Hemmschwelle zu liegen: das Kupfer soll, als "strategische Industrie", staatlich bleiben.

Der Kunde ist...

"...Zentrum, Autorität und Souverän im System der Marktwirtschaft." So der "Mercurio" Chiles Sprachrohr der Großbourgeoisie und einem der Wirtschaftslans zugehörig. Er sei zitiert als ein Beispiel, wie die Rechte auf Dahses Buch reagiert: mit den Sirenentönen von der Konsumentenmacht versucht er den Widerspruch zwischen Wettbewerb und Konzentration zu übertönen.

"Der Widerstand der Marktwirtschaft gegenüber dem Monopol hat keinen anderen Grund als zu verhindern, daß die Konzentration einer Art von Waren in einer Hand die Preise erhöht und ihre Qualität auf Grund fehlenden Wettbewerbs beeinträchtigt...."

Das Thema der Konzentration des Reichtums - das bestimmte Geister so leidenschaftlich erregt - erscheint in einem neuen Licht, wenn das Ziel der Wirtschaft der Verbraucher ist. Mag die Zahl derer, die ein Unternehmen besitzen, groß oder klein sein, mögen sie politische Macht haben oder nicht - das ist weniger wich-

tig, als daß sie dem Konsumenten auf der Grundlage des freien Wettbewerbs dienen. In einem freien Regime kann die Konzentration des Reichtums andauern, und der politische Einfluß zählt nicht gegenüber der Macht des Konsumenten."

Die Rangfolge der Großen

Die Konzentration der Unternehmensmacht der 250 größten chilenischen Privatunternehmen

Kontrolle	Zahl der Unternehmen	%	in Mill. Dollar	%
1. Grupo Cruzat-Larraín	37	14,8	936,8	24,7
2. Grupo Vial	25	10,0	477,3	12,6
3. Grupo Matte	12	4,8	325,3	8,8
4. Grupo Angelini	8	3,2	141,8	3,7
5. Grupo Luskic	8	3,2	139,0 (*)	3,6
6. Grupo Gálvez	2	0,8	98,2	2,5
7. Grupo Edwards	9	3,6	95,9	2,5
8. Grupo Yarur Banna	4	1,6	92,0	2,4
9. Grupo Lape	3	1,2	67,5	1,8
10. Grupo Hochschild	4	1,6	70,7	1,9
11. Grupo Briones	3	1,2	54,8	1,5
12. Otros grupos y subgrupos	63	25,2	432,8	11,6
13. Capitalistas extranjeros (As. Loma Laja)	35	14,0	493	13,0
14. Otros 37 empresarios individuales	37	14,8	363,1	9,6
	250	100,0	3.788,20	100,0

Dahse, Fernando: Mapa de la extrema riqueza. Editorial Aconcagua. Colección Lautaro. Santiago, Chile. 1979. 209 págs.

...und ihre Folgen

Einer der letzten staatlichen Betriebe Chiles, die 'Empresa Nacional de Carbon' (ENACAR) steht zum Verkauf an. Das Kohleunternehmen besteht aus drei großen Filialen unweit von Concepción: Lebu, Schwager und Lota. Die Gruben von Schwager sollen zuerst unter den Hammer kommen. Durch den Verkauf würde ein Prozeß von ökonomischer Repression seinen vorläufigen Höhepunkt finden, die zehntausende von Menschen unmittelbar betrifft. Zum besseren Verständnis des Problems einige Anmerkungen:

In Lota wurden schon Anfang dieses Jahrhunderts große Geschäfte mit der Kohleförderung gemacht. Davon zeugt unter anderem ein riesiger Park, den die ehemaligen deutschstämmigen Besitzer auf einer Anhöhe von Lota von englischen Fachleuten anlegen ließen. Jede Parzelle des Parks wird durch eine eigene unterirdische Wasserleitung stets mit frischem Trinkwasser versorgt. Die Bewohner der Siedlung Lota müssen ihr Wasser hingegen heute immer noch von den wenigen zentralen Stellen im Dorf holen. Toiletten und Waschgelegenheiten sind ebenfalls rar: einige Steinbunker müssen das hygienische Bedürfnis der Bevölkerung abdecken. Vielleicht sind die unwürdigen Lebensbedingungen Grund dafür, daß die Arbeiter und ihre Familien zu den bewußtesten Chiles überhaupt zählten. Noch heute erinnert man sich daran, daß zur Zeit der großen Warenhortungen während der Unidad Popular die Geschäfte in Lota die einzigen waren, wo man alles kaufen

konnte. Die Läden der Händler, die es doch mal mit der Hortung (und Preistreiberei) probieren wollten, wurden kurzerhand gestürmt und die Waren zum Nulltarif verteilt. Das Vorhandensein der wichtigsten Nahrungsmittel führte u.a. dazu, daß die Bourgeoisie von Concepción zum Einkauf nach Lota fuhr.

Weil ein solcher Kampfgeist den putschenden Militärs hätte gefährlich werden können, wütete die Repression in Lebu, Schwager und Lota in den Monaten nach dem Putsch besonders stark. Der physischen Repression folgte, getreu nach den Rezepten des Wirtschaftswissenschaftlers und Nobelpreisträgers Milton Friedman, die ökonomische Repression. Wie in allen staatlichen Betrieben wurden nach 1973 die öffentlichen Ausgaben durch Lohnstopp und Entlassungen gesenkt. Von den 16 000 Arbeitern von ENACAR wurden in den letzten 7 Jahren die Hälfte, also 8 000 entlassen. Was das bedeutet, läßt sich schnell begreifen, wenn man bedenkt, daß nahezu alle Erwerbstätigen von Lebu, Schwager und Lota bei ENACAR arbeiteten. Allein 5 000 Personen sind heute im Programa Empleo Mínimo (PEM) beschäftigt, einem Arbeitslosenbeschäftigungsprogramm, bei dem man noch nicht einmal das Existenzminimum verdienen kann. Auch die verbliebenen Arbeiter von ENACAR verdienen sehr wenig. Obwohl offiziell verboten, arbeiten sie 12 Stunden täglich, um auf einen Verdienst von 4 000 Pesos zu kommen, das entspricht etwa 200 DM bei nahezu europäischen Preisen.

Zu den täglichen Sorgen um das Einkommen kommt noch die Unsicherheit über das künftige Schicksal der Region. Bereits vor über einem Jahr wurde die Schließung aller ENACAR-Gruben von der Geschäftsleitung angekündigt. Begründet wurde dies damals mit der mangelnden Rentabilität der Kohlenproduktion. Die Produktivität der Gruben von Schwager ist um 58t pro Jahr höher als die von Lota. Trotzdem liegen die Produktionskosten pro Tonne bei Schwager um 21,8 Us Dollar höher als die ENACAR-Durchschnittskosten (56,0 Dollar)



Straße von Lota

Foto: LN

Als Grund hierfür benannte ein Gewerkschafter in einem Gespräch mit der chilenischen Wochenzeitschrift 'hoy' daß Produktionsmittel, die für Schwager bestimmt seien, häufig im Maschinenpark von Lota auftauchten.

Dank heftiger Proteste seitens der Arbeiter und ihrer Angehörigen und dank des steigenden Ölpreises, kam es dann doch nicht zur Stilllegung der Gruben. Im Rahmen der Schließungsverhandlungen von Schwager zwischen Unternehmensvertretern und den zugelassenen Gewerkschaftsvertretern unterbreitete ENACAR einen Vorschlag zur Konfliktbeilegung, den die Arbeiter schließlich notgedrungen annahmen. Die "Lösung" sieht so aus: 318 Arbeiter, die entweder krank, invalid (Staublunge) oder bereits im Rentenalter sind, werden bedingungslos entlassen. 551 Arbeiter werden mit einer 'doppelten Entschädigung' (entspricht etwa 2 Monatslöhnen pro Arbeitsjahr) entlassen und von dem privatisierten Unternehmen wieder eingestellt. 338 Arbeiter sollen von Schwager nach Lota ziehen, und in den Gruben von Lota arbeiten.

Diese 'Lösung', so annehmbar, wie sie auf den ersten Blick aussehen mag, hat jedoch mehrer Haken: die Entlassenen verlieren ihre alten Arbeitsverträge und können nur nach der neuen, im vergangenen Juli verabschiedeten, Arbeitsgesetzgebung (Plan Laboral) wiedereingestellt werden, die die gesamten Errungenschaften der chilenischen Arbeiterbewegung zunichte macht. Die (Teil)Privatisierung von ENACAR bedeutet rechtlich gesehen die Neugründung einer Firma, was im ersten Gründungsjahr das Verbot von Gewerkschaftsbildung einschließt. Unter Anwendung des Plan Laboral können z.B. aus qualifizierten Arbeitern in Dauerstellung Hilfsarbeiter mit Zeitverträgen gemacht werden. Auch Kündigungsschutz gibt es nicht mehr. Vor genau diesem Grund muß auch das Versprechen der Unternehmensleitung gesehen werden, zur Produktionssteigerung 1 000 neue Arbeitskräfte einstellen zu wollen. Der Verkauf von Schwager bedeutet also für die Arbeiter den Verlust aller verbliebenen Rechte. Und auch für die Arbeiter, die nach Lota gehen sollen, sieht es nicht viel besser aus: auch sie müssen mit dem Verlust ihres Arbeitsplatzes rechnen.

Am kämpferischsten in den Auseinandersetzungen erwies sich eine Frauengruppe, die gegen Ende der letzten Versammlung auftrat und die sich "Komitee zur Verteidigung der Kohlenminen" nennt. Ihre Forderungen, die sie in einer Deklaration verlasen:

- Keine Überführung von ENACAR in Privatbesitz
- Keine Entlassungen von Minenarbeitern in Schwager
- Keine Überführung von Arbeitern aus Schwager nach Lota
- Keine Entlassung von Arbeitern mit körperlichen Gebrechen
- Besetzung freier Stellen von Söhnen der arbeitslosen Grubenarbeiter
- Erstellung einer Studie über die besonders harten Arbeitsbedingungen der Grubenarbeiter.

Hinter diesen Forderungen stehen folgende Organisationen: Komitee der Familienangehörigen der Kohlenarbeiter, Komitee Solidarische Aktion, Komitee der Arbeiter von PEM, Komitee der Fischer von Coronel, Koordination der Arbeitslosen von Lota und Coronel, Kulturverband der Kohlenarbeiter, Dienst für Frieden und Gerechtigkeit der 8. Region, Pastorale Gemeinschaft (Equipo Pastoral) der Kohlenzone.

Lohnkampf

Verhandlungen über Lohnerhöhungen gab es in dem ökonomisch stärksten Sektor Chiles, im Kupferbergbau. Die über 10 000 Arbeiter der weltgrößten Kupfermine, Chuquicamata, nahmen das Unternehmerangebot von 10% über dem Inflationsausgleich an. Dabei ist anzumerken, daß eine andere Möglichkeit für die Arbeiter auch kaum bestand, denn Chuquicamata gehört zu den Industrien, die für die Sicherheit der Nation besonders wichtig sind und für die deshalb absolutes Streikverbot gilt. Zu erinnern ist außerdem, daß die Lohnabhängigen Chiles in den letzten sechseinhalb Jahren einen Reallohnverlust von ca. 50% hinnehmen mußten, was die 10% Lohnerhöhung nochmal in einem ganz anderen Licht erscheinen läßt. Stellt man sich dann noch vor, daß die Berechnung der Inflationsrate nach einem Warenkorb des mittleren Konsums berechnet ist, die Grundnahrungsmittel aber vielfach sehr viel teurer als die durchschnittliche Inflationsrate geworden sind, kann man sich ausmalen, was von der Lohnerhöhung überhaupt noch übrig bleibt. (Wahrscheinlich nicht mehr als 2%) Nur durch die Anhebung von einigen Sonderzulagen (wie z.B. Weihnachtsgeld, Kindergeld) kann überhaupt von einer Lohnerhöhung gesprochen werden.

Diese Überlegungen mögen auch der Grund dafür gewesen sein, daß die Arbeiter der Kupferminen von El Teniente das letzte Arbeitgeberangebot ablehnten und sich zu 95,9% für Streik aussprachen. (Warum die Arbeiter von El Teniente nicht unter das Streikverbot fallen, können wir nicht sagen) Bis zum Zeitpunkt des Redaktionsschluß ist noch nicht bekannt (24.1. 16h), ob in El Teniente tatsächlich gestreikt wird. Vor einem Tag, am 23.1.80, lief die zweite Bedenpause ab, die dazu eingerichtet wurde, bevorstehenden Streiks die Spitze zu brechen. Da ein Streik aber sehr wahrscheinlich ist, rufen wir die Leserinnen der LN auf, für den Streikfonds zu spenden. Wir können das Geld dann sofort an die Arbeiter weiterleiten.

Erwähnenswert scheint noch die Tatsache zu sein, daß der Vorsitzende der Gewerkschaft von El Teniente der Gelbeste unter Chiles Sonne ist, nämlich Staatsratsmitglied Guillermo Medina. Medina wurde von Staatspräsident Pinochet persönlich in den Staatsrat berufen, um die Arbeiterinteressen zu vertreten. Allem Anschein nach wird das Abstimmungsergebnis der Arbeiter von Teniente von Medina mitgetragen, was das erste Mal überhaupt wäre. Natürlich beeilte sich Medina, gleichzeitig seine Loyalität gegenüber der Regierung zu bekräftigen.



**SPENDET
FÜR DEN
WIDERSTAND
IN CHILE**

Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108

Leitwort: STREIKFONDS

Die CDU und Colonia Dignidad

Mertins - der nach eigenen Aussagen der CDU/CSU nahesteht - leugnet weiterhin erwiesene Tatsachen über die Colonia Dignidad und behauptet sogar ihr Gegenteil.

So stellt für ihn die Colonia Dignidad eine caritative Einrichtung dar, die sich bei der chilenischen Bevölkerung größter Beliebtheit erfreut und auf der nie Gefangene gehalten oder sogar gefoltert wurden.

Einer alten Tradition zufolge, werden in der BRD kritische Meinungen bzw. Tatsachenberichte auch über die Colonia Dignidad, die nicht ins "Schöne-Wetter-Bild" dieser Herren passen, entweder verboten oder doch zumindest mit strafrechtlichen Sanktionen versucht einzuschüchtern.

Wann immer sich deutsche Politiker aus den Kreisen der CDU/CSU zu Diktaturen in der Welt äußern, wird diesen eine mehr oder weniger große "Anerkennung" zuteil:

So rühmt MdB Hans Graf Huyn wie "eindrucksvoll" das Militär "deutlich gemacht (habe), daß es das Land (gemeint ist Chile) in eine freiheitliche Zukunft führen will" (Siegburger Presse, Heft Nr. 10, Okt. '79).

Franz Josef Strauß hat ebenfalls "keine Zweifel, daß Chile ein demokratisches und freies Land ist und vor allem, weil es in den vergangenen vier Jahren fundamentale Prinzipien der deutschen Demokratie übernommen hat: die Disziplin, den Respekt und die Hilfsbereitschaft." (El Mercurio, 20.11. '79)

Und Gerhard Mertins, Inhaber der Firma Merex stellt fest: "Unter den südamerikanischen Staaten nimmt Chile bereits wieder eine hervorragende Stellung auf allen in Betracht kommenden Gebieten ein... General Pinochet selbst und auch die Mitglieder der Junta sind chilenische Patrioten, die auf mich einen hervorragenden Eindruck machten..." (Mertins, Brief an die 'Siegburger Presse', 7.11. '79)

1969 leitete die Finanzbehörde ein Verfahren gegen Mertins ein, weil sie ihn verdächtigte, zwischen 1964-67 beim Export von Waffen gegen die Steuergesetze verstoßen zu haben. Dabei kam heraus, daß Merex mit Hilfe gefälschter Papiere im Auftrag des BND ausgemusterte Waffen über den Iran nach Pakistan geliefert hatte und den Kriegsgegner Indien ebenfalls mit Jets ausrüstete. An den politischen Schaltstellen, von denen Waffengeschäfte vorbereitet und gesteuert wurden, saß der Mann, der daraufhin mal wieder sein Gedächtnis verlor: Karl Carstens war von 1960-66 Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, 1966-67 Staatssekretär des Verteidigungsministeriums, 1968-69 Chef des Bundeskanzleramtes. In dieser Funktion zeichnete er nachweislich zwei Vermerke ab, die sich mit den BND/Merex - Aktivitäten aus den Jahren 1964-67 beschäftigten. (ausführl. im Spiegel Nr. 50, 11.12.78 und Nr. 9, 26.2.79 und in den LN Nr. 72)

Angesichts dieser Geschäfte und des Interesses an "günstigem Investitionsklima" ist es zwar nicht verwunderlich, aber erschreckend, daß Politiker und Wirtschaftsleute immer noch positive Worte für die chilenische Diktatur finden und sei es über das Wetter:

"Das Leben im Stadion ist bei sonnigem Wetter recht angenehm." (B. Heck, 18.10.73, Süddeutsche Zeitung - gemeint ist das Fußballstadion von Santiago, in das nach dem Putsch die Allende-Anhänger zusammengetrieben wurden.)

Diese Ignoranz und Verlogenheit der "Menschenrechtspolitiker" wurde sogar der JU (Junge Union Siegburg) zu viel. Im Zusammenhang mit ihrer "Anti-Strauß-Kampagne" hat sie einen Artikel "Erst kommt's Geld, dann die Moral" in ihrer Siegburger Presse, 10. Okt. 79 veröffentlicht. Darin kritisiert sie, daß die Menschenrechte nur auf dem Papier existieren, daß es Verbindungen zwischen westlichen Demokratien und den Folterdiktaturen gibt, daß es um handfeste wirtschaftliche Interessen geht und daß sich die Politiker bei ihren 'Informationsreisen' in Schweigen hüllen. Zum Schluß fragt sich die JU, ob die Colonia Dignidad nicht "doch ein Folterlager" sei.

Ein dunkles Kapitel war die Colonia Dignidad schon seit ihrer Gründung Anfang der 60er Jahre. Sie wurde von Paul Schäfer - ein entlassener Mitarbeiter der ev. Jugend Gartow/Elbe und Chef der Privaten Sozialen Mission - gegründet. Diese Mission ist eine fanatisch religiöse Sekte, deren oberstes Prinzip im blinden Gehorsam zum Sektenchef Paul Schäfer liegt. Als dieser wegen Unzucht mit Kindern von der Staatsanwaltschaft gesucht wurde, setzte sich die Gruppe 1961 nach Chile ab. Dort kam sie wegen der Unterdrückung und Mißhandlung der eigenen Mitglieder jedoch bald ins Gerede. Schließlich gab es sogar eine parlamentarische Untersuchung, als ein Mitglied der Sekte entlief und über Folterungen und totale Ausbeutung der Gruppenmitglieder durch ihren Chef berichtete. (ai-Pressemitteilung, 1.6.79 und Stern, Nr. 13, 1977)

Wie gut seit 1973 bis heute die Kontakte zur blutigen Militärjunta Pinochets sind, zeigte sich erstmals, als der 47-jährige Jürgen Blank, Vorstandsmitglied der Sekte, vor der 3. Zivilkammer des Bonner Landgerichts aussagte, daß Pinochet häufig zu Besuch in der Colonia Dignidad gewesen sei. Es bliebe noch zu fragen, ob er dabei auch den Nazi-Verbrecher Josef Mengele getroffen hat, der sich gerücheweise in der Colonia aufhalten soll (laut "El Mercurio", 14-20. Dez. '79). Obwohl die Folterungen in der Colonia Dignidad seit dem Putsch in Chile mehrfach dokumentiert wurden und sogar ein abgesprungenener DINA-Mann dies bestätigte (am 30. Okt. 79 vor dem Bonner Landgericht, FR, 3.11.79), gibt es Leute wie Mertins, die dies immer noch leugnen.

G. Mertins schrieb einen 5-seitigen Beschwerdebrief gegen den Autor des JU-Artikels und droht ihm auch rechtliche Schritte an: "Nach dem Studium des Leitartikels kann ich es nicht glauben, daß es sich um eine Zeitung der Jungen Union handelt, sondern habe den Eindruck, daß hier inhaltsmäßig Ausschlüsse von Jungsozialisten veröffentlicht wurden." Mertins betont, welche hervorragende Stellung Chile in Lateinamerika einnimmt. Die in Santiago Verantwortlichen hätten seiner Meinung nach auch auf dem Gebiet der Re-Privatisierung Hervorragendes geleistet. Ebenfalls unzutreffend sei der Bericht in Bezug auf das deutsche Mustergut Colonia Dignidad.

"Diese deutsche Gruppe machte auf mich einen hervorragenden

Eindruck, und ist in der gesamten Umgebung ein enormer deutscher Faktor geworden. Die bayrische Landesregierung, die Ernst-Seidl-Stiftung" - sie heißt übrigens Hans-Seidl-Stiftung - "sowie das ZDF haben bei ihren Besuchen meine Eindrücke bestätigt." Mortins bestreitet, daß auf dem Mustergut der Geheimdienst oder Polizeikräfte gearbeitet hätten. Sein Brief schließt mit der Forderung: "Dem Humbug des Herrn Frenz (Generalsekretär der deutschen Sektion von ai, ehemaliger lutherischer Bischof von Chile) muß endlich ein Ende bereitet werden, und seine Beeinflussungsversuche auf junge Menschen müssen zum Abschluß gelangen." An die Herren Strauß, Dregger, Zimmermann ... schickte er Kopien dieses Schreibens.

Daß sich dieser Vorgang grad' in Siegburg ereignet, ist kein Zufall. Siegburg ist nämlich Sitz der Privaten Sozialen Mission, die das "Missionshaus Heide" auf abgeriegeltem Gelände mit Sichtblenden, elektrischem Eingangstor und einer Lautsprecheranlage in allen Räumen baute. In dem Haus, in dem eine Reihe von Gruppenmitgliedern wohnen, befindet sich auch die Firma Schaak und Kuhn ESKA. Dieser Laden ist die finanzielle Basis für die Gruppe. Damals wie heute arbeiten die Frauen im Laden für ein Taschengeld, um das Geld nach Chile zu schicken.

Das Landgericht Bonn plant im Prozeß Private Soziale Mission/ai - in dem es um die Vorwürfe der Colonia Dignidad als Folterlager geht, - jetzt einen Lokaltermin in Chile. Dies wäre das erste Mal, daß ein ausländisches Gericht auf chilenischem Boden offiziell untersucht, ob die Foltervorwürfe gegen die Geheim-polizei dieses Staates stimmen. Ob solche Untersuchung vor Ort jemals stattfinden werden, ist jedoch äußerst zweifelhaft, da die chilenische Junta ihre Zustimmung erteilen müßte.

Welche Mörderdiktatur läßt dies schon zu?



Verhaftete Allende-Anhänger im Fußballstadion von Santiago de Chile

**Seit Chile wissen wir genauer,
was die CDU von Demokratie hält.**

-Das Leben im Stadion ist bei sonnigem Wetter recht angenehm.
Bruno Heck (früherer CDU-Generalsekretär) am 18. 10. 73 in der Süddeutschen Zeitung.

CUBA

Die Meldungen über Umbesetzungen innerhalb des kubanischen Staatsapparates, die in der bundesrepublikanischen Presse als Bruderzwist oder als Loyalitätskonflikt zu Moskau aufgemacht wurden, gipfelten in der Meldung, es habe zwischen Fidel und Raul Castro, seinem jüngeren Bruder, eine bewaffnete Auseinandersetzung gegeben um die Entsendung cubanischer Truppen nach Afghanistan zur Unterstützung der sowjetischen Intervention, wogegen sich Fidel entschieden gewandt habe... Raul Castro sei verschwunden. Es heiße, er sei in "einer besonderen Mission" weggeschickt worden. (vgl. Der Abend, Berlin 23.1.80)

Bei der etablierten westdeutschen Presse besteht ein großes Problem, die Tatsachen - Umbesetzungen im Staatsapparat und wirtschaftliche Schwierigkeiten - einzuordnen. Das liegt daran, daß nicht kontinuierlich über Cuba berichtet worden ist. So kommt es, daß der reale gesellschaftliche Konflikt auf eine bewaffnete Konfrontation, in der es um Moskautreu geht, reduziert wird, von der wir nicht wissen, ob ein Körnchen Wahrheit in ihr steckt.

Daß wir selbst uns nicht kontinuierlich mit Cuba auseinandersetzen, empfinden wir als großen Mangel. Wir hielten es für unsere Aufgabe über die Probleme kritisch solidarisch zu berichten, die ein Land hat, das wir alle bewunderten und z.T. noch bewundern, bei der Durchsetzung von Zielvorstellungen, die wir größtenteils teilen: Humanisierung der Gesellschaft und Emanzipation des Menschen in Richtung auf die von Che Guevara proklamierte Schaffung des "neuen Menschen".

Bürokratisierung— revolutionäre Linie

Der erwähnte gesellschaftliche Konflikt - Bürokratisierung versus revolutionäre Linie - ist alt. Castro setzte sich wiederholt gegen vertikale Partei- und Verwaltungsstrukturen zur Wehr. So eröffnete er 1974 die Phase des Aufbaus der Volksmacht, die zunächst in der Provinz Matanzas begonnen wurde und eine basisdemokratische Verwaltungsstruktur, deren Vertreter durch das Volk gewählt und zur Rechenschaft zu ziehen sind, schließlich im ganzen Land auf allen Ebenen fördern sollte. Auf diese Weise sollten die Inhaber öffentlicher Ämter aus ihrer Lethargie und Arroganz gerüttelt werden, die besonders im Verkehrs- aber auch im Verteilungssektor zum lästigen Schlang stehen sowie in der Produktion zueiner Nicht-Nutzung der Ressourcen Material und Arbeitskraft führte. Diese Mißstände hatte man allzu oft auf außenbedingte besondere Probleme des Landes - wie z.B. das Handelsembargo - zurückgeführt, ohne auch der im Innern bedingten bürokratischen Gleichgültigkeit sowie der fehlenden Arbeitsdisziplin an die Wurzel zu gehen. Im Oktober '76 wurden die ersten Wahlen zum Aufbau der Volksmacht auf nationaler Ebene durchgeführt. Im April 1979 kandidierten 24361 Kandidaten für 10650 Sitze. Dabei ist auf lokaler Ebene - im Unterschied zur Provinz- und nationalen Ebene - die Parteizugehörigkeit irrelevant für die Wählbarkeit der aufgestellten Kandidaten.

In diesem Zusammenhang stellte sich das Problem der Beseitigung bürokratischer Wasserköpfe, dadurch daß man staatliche Tätigkeiten aus der Hauptstadt in die Provinz verlagerte und in Havanna die Verwaltung straffte.

Eine Offensive gegen die genannten Übel unternahm Fidel Castro im vergangenen Juli bei einem Treffen der Kubanischen Nationalversammlung für Volksmacht.

Als erneuter Vorstoß gegen die Bürokratisierung sind die kürzlich vorgenommenen Maßnahmen - Schließung von autonomen staatlichen Agenturen und Auflösung von vier Ministerien - zu sehen. Die Umgruppierungen in der Besetzung der Ministerposten und des Staatsrates sowie die vorgesehene Kontrolle der Ministerien durch Mitglieder des Staatsrates sind - wie wir meinen - Maßnahmen, die eine Verstärkung der revolutionären Führung und Kontrolle gewährleisten sollen. All diese Veränderungen wurden durch ein Dekret des Staatsrates angekündigt. Das paradoxe erscheint uns, daß gerade diejenigen, die auf der Volksmachtlinie liegen, verstärkt zentralisieren, um so ihre Position gegenüber dem hierarchischen Parteiapparat - in dem den Meldungen zufolge im übrigen keine Umgruppierung vorgenommen wurden - und Bürokratisierungstendenzen entgegenzusteuern. Man hat jetzt versucht, auf diese Weise den schon lange schwelenden Konflikt in einem neuen Gleichgewicht zu neutralisieren. Daß er so allein nicht gelöst werden kann und sich unweigerlich weiter zuspitzen wird, versteht sich von selbst.

Neu in den Staatsrat aufgenommen und als Vizepräsident ernannt wurde Osmany Cienfuegos, Bruder von Camilo Cienfuegos, einem Kampfgefährten Fidel Castros, der umkam. Die Ernennung von Osmany erinnert daran, daß die Guerillakämpfer der Sierra Maestra weiterhin eine starke Kontrollfunktion innerhalb der kubanischen Regierung haben. Die Kontrolle der Mitglieder des Staatsrates über die Ministerien sieht so aus, daß allein Fidel das Innen-, Verteidigungs-, Kultur- und Gesundheitsministerium mit überwacht. Carlos Rafael Rodriguez - vor der Revolution Führer der Sozialistischen Volkspartei - kontrolliert ebenfalls als Vizepräsident mehrere Ministerien (Außen-, Außenhandels- und Wirtschaftsministerium). Vier Vizepräsidenten werden beauftragt, direkt Ministerien zu kontrollieren. Osvaldo Dorticos, von 59-76 Präsident der Republik, erhält das Justizministerium. Weiterhin werden die folgenden Ministerien neu besetzt: Transport, öffentliches Gesundheitswesen, Innenministerium, Außenhandelsministerium. Nach diesem weitreichenden Veränderungsprozeß verbleiben 20 von 24 Ministerien. Im Gegensatz zu anderslautenden Meldungen behielt Raul Castro, der als Moskaus "Mann in Havanna" gilt, seine Posten als Verteidigungsminister, 1. Vorsitzender des Staatsrates und erster stellvertretender Ministerpräsident. Voreilige Spekulationen, die die Umgruppierungen als kurzfristige Reaktion gegen den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan interpretieren, lassen sich an dieser Stelle also nicht bestätigen.

Probleme der Akkumulation

Das Wirtschaftsproblem ist engstens mit dem Bürokratisierungsproblem verknüpft. Die schlechte Verwaltung der Produktions- und Transportbetriebe sind landesinterne Gründe, die zu einer Gefährdung des gesamtgesellschaftlichen ökonomischen Wohlergehens und zu einer zu geringen Akkumulationsrate führen. Äußere Gründe hierfür sind z.B. der anhaltende Fall des Zuckerpreises seit 1973. Im übrigen erfordert die Finanzierung der Kubaner im Ausland eine erhebliche wirtschaftliche Anstrengung. Folglich kann der Aufbau eines neuen Industrialisierungsmodells, das nach dem Wirtschaftsplan von 1975 im Laufe des Jahres 1980 eingeleitet werden sollte, nicht realisiert werden.

Unter dem Eindruck von stagnierender Arbeitsproduktivität - 1979 betrug der Zuwachs 0,8% statt den ursprünglich geplanten 4% - und

einem hinter den Planungen zurückbleibenden Wirtschaftswachstum - es betrug 1979 4-5% statt 6% (LAWR 11.1.80) - werden 1. ökonomische Mechanismen zur Förderung der Arbeitsdisziplin und der Effizienz der Unternehmensführung untersucht. Ihre spätere Anwendung soll "die Produktivkräfte, die heute stagnieren, inaktiv sind und zu wenig berücksichtigt werden, mobilisieren." (R. Castro) So werden u.a. eine strengere Arbeitsgesetzgebung und Geldstrafen für Übertretungen der Arbeitsdisziplin erwogen. (The Guardian 12.12.79) In derselben Richtung der Erhöhung der Effizienz wirtschaftlicher Tätigkeit soll in Ergänzung zur Erhöhung der Arbeitsdisziplin eine Rationalisierung der Wirtschaft durchgeführt werden. Alle nicht unbedingt erforderlichen Arbeitskräfte sollten nicht mehr beschäftigt werden. Sodann - zumindest vorläufig - "als Arbeitslose" erhalten sie vom Staat 70% ihres vorherigen Lohnes. Noch gibt es kein Konzept dafür, wie man sie wieder in den Produktionsprozeß eingliedern will.

Um die Mängel der staatlich verwalteten Verteilung von Lebensmitteln zu beheben, soll das staatliche Monopol durchbrochen werden. Fortan sollen Kleinbauern und Genossenschaften das Recht erhalten, ihre Produktion auf städtischen Märkten zu verkaufen, bisher war ihnen nur erlaubt, an Leute auf dem Land zu verkaufen. Diese neuerliche Entwicklung eröffnet die Möglichkeit einer Verstärkung kapitalistischer Marktmechanismen. Auch im internationalen Handel sollen Veränderungen erfolgen. Ein verstärkter Handel mit Japan, Canada und Spanien lockert die einseitige wirtschaftliche Abhängigkeit vom Ostblock.

Blockfrei?

Die Außenpolitik Cubas - einst getragen von der Hoffnung, daß "die Anden zu der Sierra Maestra des Kontinents werden" - bewegt sich noch immer im Spannungsfeld zwischen der Abhängigkeit von der Sowjetunion, - die im wesentlichen als das Ergebnis des Handelsembargos der westlichen Länder zu sehen ist - und der stets von Fidel Castro geäußerten Verpflichtung gegenüber den Befreiungsbewegungen in der Welt. Diese Ziele hat Cuba durch die aktive Unterstützung solcher Bewegungen, aber auch im Rahmen der blockfreien Bewegung verfolgt. Ihr letztes Treffen vom 3.-9. September in Havanna wurde von den Delegationen von 92 Regierungen und 3 Befreiungsbewegungen besucht.

So kann Fidel in seiner Begrüßungsansprache der Blockfreienkonferenz feststellen, daß u.a. aus Mozambique, Angola und Guinea Bissau bei dem letzten Gipfeltreffen der Blockfreien vor 6 Jahren Befreiungsbewegungen anwesend waren. Inzwischen seien diese Länder durch Regierungen vertreten, die sich nach der Erringung der Unabhängigkeit konstituiert hätten. Cuba ist stolz darauf, an diesen Befreiungsprozessen aktiven Anteil zu haben. Heute ist es - laut Castro - in 28 Ländern durch Techniker, Ärzte (zwei mal so viele wie von der Weltgesundheitsorganisation entsandt werden) und Soldaten (in Afrika 50000) vertreten.

Aus zwei Gründen kann Cuba nicht mehr ohne weiteres auf die Unterstützung aller Blockfreien zählen, wie sich in der Abstimmung in der UNO-Vollversammlung um die Besetzung der Plätze im Sicherheitsrat im Dezember 1979 zeigte.

1. Trotz Fidels Beschwörungen der einheitlichen Zielsetzungen dieser Ländergruppe ist sie sehr heterogen.
2. Die de facto bestehende Abhängigkeit Cubas von Moskau führt zu einer Distanzierung jener Länder, die in dieser Abhängigkeit eine Gefährdung der Blockfreiheit sehen. Die notwendige 2/3-Mehrheit der Stimmen in der UNO Vollversammlung konnte von Cuba in 70 Wahlgängen nicht erreicht werden. (vgl. Daily Telegraph 21.12.79) Nach der

sowjetischen Invasion in Afghanistan verschwanden seine Chancen vollends.

Dieses Mißtrauen gegenüber Cuba besteht, obwohl Cuba seit geraumer Zeit eine Entspannungspolitik gegenüber den USA betreibt. Praktische Auswirkungen dieser Entspannungspolitik sind z.B.

1. die Entlassung von 3600 politischen Gefangenen während des Jahres 1979, von denen bereits im Dezember 1329 ausgeflogen wurden und
2. die Öffnung der Grenzen für jene Exilierte, die Besuche in Cuba machen wollen.

Die Entspannungspolitik schafft innenpolitische Probleme, wie aus Berichten von Le Monde vom 13. und 14.1.80 hervorgeht. Die kubanischen Behörden appellieren an die Komitees für die Verteidigung der Revolution (CDR), die Wachsamkeit gegenüber konterrevolutionären Aktivitäten zu erhöhen. Wahrscheinlich stehen die massenweisen polizeilichen Überprüfungen in diesem Zusammenhang.



Die "Komitees zur Verteidigung der Revolution" (CDR) gibt es in Havanna fast an jeder Straßenecke

Auch außenpolitisch erschien Cuba im Herbst 1979 noch immer bedroht: Die Entspannungspolitik gegenüber den USA wurde im Oktober 1979 durch die nordamerikanischen Anschuldigungen gegen die Stationierung einer 3-4 Tausend Mann starken sowjetischen Ausbildungstruppe, die sich bereits seit 17 Jahren dort befindet, gestört. Diese - selbst in den USA umstrittene - Kampagne Carters führte zur Verstärkung der militärischen US Präsenz im karibischen Raum. Die eigentliche Ursache dieses Schachzuges ist unserer Meinung nach in der nordamerikanischen Befürchtung zu sehen, daß es nach dem Sieg der sandinistischen Befreiungsfront in Nicaragua zu weiteren Befreiungsbewegungen in der Region kommen könnte. Daß innerhalb der USA auch wahlpolitische Erwägungen eine Rolle gespielt haben mögen sei unbestritten.

Cuba hat heute einen doppelten Kampf gegen Konterrevolution und Imperialismus und gegen bürokratische Degenerierung der revolutionären Ziele zu führen.

EL SALVADOR

Ende des »präventiven Reformismus«

Nach knapp drei Monaten ist das vom US-State-Department als Schutzwall gegen eine "Nicaraguanisierung" Zentralamerikas unterstützte Projekt eines "präventiven Reformismus" in El Salvador offensichtlich gescheitert. Nachdem am Anfang dieses Jahres das gesamte Kabinett bis auf den Verteidigungsminister geschlossen zurückgetreten ist, sind derzeit von den Oppositionsparteien nur die Christdemokraten bereit, die 'Jungen Militärs' (Juventud Militar) zu unterstützen. Dies ist eine äußerst schmale Basis angesichts der extremen Polarisierung der politischen Verhältnisse in den letzten Monaten. Wie kam es zu dieser Entwicklung?

Zunächst hatte alles sehr günstig für die Jungen Militärs begonnen, die am 15. Oktober letzten Jahres Präsident Romero aus dem Amt jagten. Den beiden Obersten Jaime Gutierrez und Adolfo Majano gelang es, einen Vertreter der Privatindustrie des Landes, Mario Andino, den Führer des Volksforums, Guillermo Ungo, sowie Ramón Mayorga zur Beteiligung an der fünfköpfigen Revolutionsjunta zu bewegen. Im Kabinett stellten die stärksten der im Volksforum vertretenen Parteien, die Christ- und Sozialdemokraten sowie die Kommunisten, die Mehrheit der Minister.

Diese Parteien machten ihre Unterstützung für die neuen Machthaber von der Erfüllung folgender Bedingungen abhängig: Durchführung der dringend notwendigen Agrarreform, Auflösung der rechtsradikalen paramilitärischen Organisationen und Untersuchung des Schicksals der unter der Romero-Diktatur verschwundenen Personen.

Im November wurde eine spezielle Regierungskommission zur Aufklärung des Schicksals der Verschwundenen gebildet. Doch bereits ein Monat später trat die aus Vertretern der demokratischen Parteien zusammengesetzte Kommission zurück. Grund: Die rechten Militärs, die einen Prozeß fürchten mußten, sabotierten jegliche Untersuchung und auch die Jungen Militärs - so die Klage der Kommissionsmitglieder - unterstützen die Kommission nur halbherzig.

Auch bei der Auflösung der para-militärischen Organisationen, die jahrelang das Land terrorisiert hatte, bewiesen die "Jungen" ein mangelndes Durchsetzungsvermögen. Die Terrororganisation ORDEN z.B. wurde zwar formell aufgelöst, doch wurden weder ihre Mitglieder entwaffnet, noch ihre bekannten Führer verhaftet.

Ende November kündigte die Junta ein Gesetz zur Agrarreform und die Verstaatlichung des Zucker- und Kaffeeexports an. Angesichts der horrenden Kapitalflucht, die in den letzten Monaten die Summe von 1,5 Mrd. Dollar erreichte, kursierten auch Gerüchte über eine mögliche Verstaatlichung des Banksektors. Dieses Reformprojekt

stieß sofort auf den geschlossenen Widerstand der zivilen und militärischen Rechten des Landes, die in den folgenden Wochen bewies, daß sie durch den Putsch der jungen Offiziere keineswegs entmachtet worden war.

Der Unternehmerverband ANEP und die Vereinigung der Großgrundbesitzer FARO organisierten Anfang Dezember einen landesweiten Unternehmerstreik, und am 10. Dezember zog die Rechte geschlossen unter den Fahnen der rechtsradikalen Vereinigung "Brot und Arbeit" in einem Protestmarsch durch die Straßen von San Salvador.

Die verschiedenen Organisationen der Linken (Bloque Popular Revolucionario - BPR, FAPU, Frente Popular de Liberación - FPL etc.) antworteten auf diese Offensive der Unternehmer mit der Besetzung von Fabriken, Landgütern, Kirchen und öffentlichen Gebäuden. Dabei erhoben sie vor allem Forderungen nach Lohnerhöhung, Senkung der Preise für Güter des alltäglichen Bedarfs sowie Entmilitarisierung und Wiederaufnahme der Produktion verschiedener Betriebe. Währenddessen hielt die Guardia Nacional sämtliche Elektrizitätswerke des Landes besetzt; bereits am 16. Oktober, am Tag nach dem Putsch, hatte die Policía de Hacienda mehrere Betriebe geräumt, die von den Arbeitern und Arbeiterinnen in den Monaten besetzt worden waren, weil die Unternehmensleitungen von einem auf den anderen Tag die Betriebe geschlossen hatten, oder weil sie sich weigerten, den Forderungen der Belegschaften nach Lohnerhöhungen und Einhaltung der Kollektivverträge nachzukommen. Seitdem saßen die Kollegen auf der Straße und wurden bis Anfang Dezember in endlosen Verhandlungen hingehalten.

Im Laufe des Monats Dezember wurden die neu besetzten Gebäude und Ländereien vom Militär mit einer derartigen Brutalität geräumt, daß die Internationale Juristenkommission in Genf Ende letzten Jahres urteilte, in der Frage der Menschenrechte sei in El Salvador seit dem Sturz des Diktators Romero kaum eine Verbesserung eingetreten. Allein beim militärischen Überfall auf eine von den Landarbeitern bestrekte Farm in der Nähe von San Salvador wurde 25 Arbeiter erschossen. Man schätzt, daß bei den Auseinandersetzungen im Dezember insgesamt 120 Menschen ums Leben kamen.

Am 26. Dezember schließlich, nach einer breiten Funk- und Pressekampagne gegen die "Anarchie" im Lande, organisierte die Rechte eine weitere machtvollere Demonstration, an der in San Salvador rund 50 000 Menschen teilnahmen.

Das geschlossene Auftreten der Rechten gegen die geplanten Reformen sowie das brutale Vorgehen bei den Räumungen führte Ende des Jahres zur sogenannten "Regierungskrise". Die Minister des Kabinetts forderten die Streitkräfte ultimativ auf, sich der Autorität der Revolutionsjunta zu unterstellen. Das Kabinett machte namentlich Mario Andino, der zum Rücktritt aufgefordert wurde, und Verteidigungsminister Oberst Guillermo García für den erfolgten Rechtsruck im Land verantwortlich: Andino für die Blockierung der Reform auf dem Wirtschaftssektor und García für die Massaker bei den Räumungen der besetzten Ländereien und Gebäuden. Da die Forderungen der Minister nicht erfüllt wurden, trat das Kabinett - bis auf den Verteidigungsminister - geschlossen zurück. Guillermo Ungo und Ramón Mayorga folgten dem Schritt des Kabinetts und traten aus der Revolutionsjunta aus. Sie gaben damit die Unterstützung einer Militärbewegung auf, der es seit ihrem Machtantritt weder gelungen war, die Kontrolle über die Sicherheitskräfte des Landes zu erlangen noch die von ihr propagierten Reformen gegen die Rechte durchzusetzen.

Ein Demokratisierungsprozeß in El Salvador könne nur dann erfolgreich eingeleitet werden - so Ungo -, wenn zuvor die Macht der "14 Familien" des Landes gebrochen sei. Ungo und Mayorga sind nach ihrem Rücktritt ins Exil gegangen. Beide wollen dort eine ähnliche Rolle übernehmen wie seinerzeit die "Gruppe der 12" vor dem Sturz der Somoza-Diktatur in Nicaragua. Indessen ist die Lage in El Salvador nicht mit der von Nicaragua vor einem Jahr zu vergleichen. Während dort ein Teil der Industriebourgeoisie aufgrund der unumschränkten Machtkonzentration und Korruption des allmächtigen Somoza-Clans sich auf die Seite des aufständischen Volkes schlug und für eine breite Öffentlichkeit gegen das Regime sorgte, geht die Rechte in El Salvador geschlossen für die Beibehaltung des status quo auf die Straße.

In der zweiten Januarwoche gaben die verschiedenen Volksorganisationen, die Guerillagruppen, sowie die Kommunistische Partei des Landes ihren spektakulären Zusammenschluß zur "Revolutionären Koordination" bekannt. Einen ähnlichen Zusammenschluß auf Seiten der Linken, die traditionell sehr in sich gespalten ist, hat es in den letzten 40 Jahren in El Salvador nicht mehr gegeben. Für sie wie auch für die gemäßigten Kräfte des Landes bis hin zur Sozialdemokratie bleibt nach ihren eigenen Aussagen nur noch der bewaffnete Volksaufstand als Alternative zur jetzigen Situation, nachdem bereits 1972 und 1977 die Rechte des Landes gezeigt hat, daß sie einen reformistischen Weg auch mit Gewalt zu beenden bereit ist. Auch Erzbischof Oscar Romero, der z.Z. noch zwischen den Jungen Militärs und den Christdemokraten über die Bildung einer neuen Regierung vermittelt, meinte Anfang dieses Jahres, die Stunde der "legitimen Gewalt" rücke immer näher - wenn man auch den Christdemokraten eine letzte Chance geben solle.

Am 22. Januar fand in San Salvador die erste Demonstration der vereinigten Linken statt, an der zwischen 100 000 und 150 000 Menschen, unter ihnen viele Bauern und Bäuerinnen aus allen Teilen des Landes, teilnahmen. Die Nationalgarde beendete diese friedliche Demonstration mit einem Massaker: vor dem Platz der Kathedrale "El Rosario" im Zentrum der Hauptstadt feuerten Heckenschützen von den Dächern und Balkonen der umliegenden Häuser in die Menge. Etwa 20 Menschen wurden getötet, mehr als 200 verletzt.

Bereits am Vortage hatten Mitglieder der paramilitärischen Organisation "Unión de Guerra Blanca" 5 engagierte Christdemokraten ermordet. Offensichtlich versuchen rechte Terrororganisationen derzeit zusammen mit den von den Jungen Militärs nicht kontrollierten öffentlichen "Sicherheits"kräften das schon im Dezember beschworene Klima des Terrors und der Anarchie zu schaffen, das Vorwand für einen Rechtsputsch im Namen von "Ruhe und Ordnung" liefern soll.

Wie weit die Planungen der Rechten im Militär dabei reichen, verdeutlichen die kürzlich gemachten Äußerungen zweier Oppositionspolitiker gegenüber der spanischen Zeitung EL PAIS, wonach den Militärs ein neues 1932 vorschwebt (damals wurden nach dem größten Bauernaufstand in Zentralamerika 3% der Bevölkerung von den Militärs ermordet): "Die faschistischen Militärs unseres Landes - an ihrer Spitze Oberst Iraeta und Oberst Alvarenga - vertreten die Meinung, daß es der Tötung von 500 000 Salvadoreanern bedarf, um das Land zu befrieden." Waren die Schüsse der Nationalgarde auf die Demonstranten dazu der Auftakt?

NICARAGUA

Zur jüngsten wirtschaftlichen Entwicklung

Nikaragua hat 1,6 Milliarden US-Dollar Auslandsschulden übernommen. Abgelehnt wurde dagegen die Rückzahlung von Krediten, die für Somozas Waffenkäufe aufgenommen wurden, die dem Land noch zugute kamen oder gegen die Gesetze verstießen. Dennoch wären schon 1979 mehr als 600 Mio US-Dollar Schuldendienstzahlungen fällig gewesen, was mehr gewesen wäre, als die gesamten Exporterlöse des Jahres. Die neue Regierung hat inzwischen um die 400 Mio US-Dollar neue ausländische Kredite ausgehandelt, die eine mittlere Laufzeit von 32 Jahren und einen mittleren Zinssatz von 4% haben. Die Kredite aus Somozas Zeiten haben dagegen nur sehr kurze Laufzeiten und einen mittleren Zinssatz von 11%.

Kredite aus den USA noch in der Schwebe

Die Auszahlung der im September der nikaraguanischen Regierungsdelegation versprochenen Kredite über 100 Mio US-Dollar, die noch im letzten Jahr erfolgen sollte, konnte vor der Weihnachtspause nicht mehr vom Kongreß behandelt werden. Wichtige Ereignisse wie SALT II und der Afghanistankonflikt verdrängen sie in die bürokratischen Mühlen des Kongresses und des Senats. Außerdem stießen diese Kredite auf erheblichen Widerstand bei den Konservativen, die darauf bestanden, die Gelder für Nicaragua in ein übergreifendes Paket für Mittelamerika und die Karibik einzubetten, damit einige demokratische Abgeordnete, die die Nikaraguahilfe unterstützen, in Verlegenheit zu bringen. Das insgesamt 140 Mio US-Dollar umfassende Paket erhält auf Druck der Somoza-Lobby nur noch 70 Mio für Nicaragua, die als Konzession vergeben werden und von denen 60% für den privaten Sektor reserviert bleiben. Weiter gehören zu diesem Paket 14,5 Mio Lebensmittelsendungen und 20 Mio Militärlieferungen für die Dominikanische Republik, die Ausbildung ostkaribischer Streitkräfte und nichttödliche Waffen wie Tränengas für die honduranischen und salvadorischen Armeen. Das Paket soll vor allem auch zur Unterstützung der "Gemäßigten" in Nicaragua dienen, dazu gab es sogar Gespräche mit einer nikaraguanischen Delegation der Privatunternehmer mit dem führenden Somoza-Lobbyist Charles Wilson, Abgeordneter von Texas, der einen günstigen Eindruck gewann. Auch eine Kongreßdelegation kam nach einem zweiwöchigen Aufenthalt in Managua zu dem Ergebnis, daß die nikaraguanische Regierung entsprechende Kanäle besitze, um die Kredite effektiv zu nutzen.

Zögernde Reaktionen von der Weltbank

Erst im November kündigte die Weltbank eine "Soforthilfe" über 35,9 Mio US-Dollar für Nicaragua an, die bei näherem Hinsehen eine kaum geänderte Neuauflage von drei Krediten ist, die schon dem Somozaregime zugesagt wurden. Die Auszahlung der Weltbankkredite wird durch die Bürokratie bewußt verschleppt. Die nikaraguanischen Behörden klagen über eine ungerechtfertigte "Inflexibilität" der Weltbank, die z.B. auf die Gründung eines nationalen Fonds für die

nikaraguanischen Mitgliedsbeiträge an die Weltbank besteht. Andere multilaterale Kreditagenturen, die gewöhnlich die Gründung ähnlicher nationaler Fonds verlangen, waren da nicht so engstirnig und haben auch andere Geldquellen zugelassen, wie bei dem Kredit über 96,8 Mio US-Dollar der Interamerikanischen Entwicklungsbank, die einen nikaraguanischen Fond akzeptierte, der vom venezolanischen Anlagefond (FIV) getragen wurde.

Außerdem stellte die Weltbank einen neuen Kredit über 51 Mio US-Dollar in Aussicht, nachdem die privaten Unternehmer vorher einen Weg gefunden hatten, daß dieses Geld in ihre Kanäle fließt. Das stellt eine Änderung ihrer Haltung dar; denn erst kürzlich hat sie sich geweigert, für die von der UN-Wirtschaftskommission geforderten Kredite grünes Licht zu geben, weil das Pro-Kopf-Einkommen Nikaraguas mit 830 US-Dollar zu hoch liege.

Andere Kreditquellen

Mexiko gewährte einen Kredit von 6 Mio US-Dollar zum Kauf von 150 mexikanischen Bussen und will außerdem evtl. auch die 52 Mio US-Dollar locker machen, die für Somoza schon gebilligt waren und wegen der Kriegereignisse eingefroren wurden, wenn sich zeigen sollte, daß die bisher gebilligten Gelder den mexikanischen Vorstellungen entsprechend verwendet werden.

Der Zentralamerikanische Stabilisierungsfond kündigte der Junta Kredite über 60 Mio US-Dollar an, von denen 10 Mio schon zu festen Raten in der Zentralbank liegen. Auch die OPEC gab einen 10 Mio US-Dollar Kredit mit 15-jähriger Laufzeit und einem Zinssatz von 4%. Dabei erfolgt für die ersten 4 Jahre noch keine Rückzahlung.

Die USA haben bislang einen 7,5 Mio US-Dollar Kredit zur Finanzierung von Kunstdünger "ausgezahlt". Private Banken steuerten hierfür noch einmal 2,5 Mio US-Dollar bei. Verschiedene Pakete beinhalten 31 Mio US-Dollar nichtausgezahlte Entwicklungshilfe aus früheren Jahren und 8 Mio US-Dollar Soforthilfe. Zusätzlich wurden 8,8 Mio US-Dollar neue Hilfgelder bewilligt.

Rainer Offergeld von der BRD versprach für das Jahr 1980 technische und finanzielle Hilfe zwischen 16 und 17 Mio US-Dollar. Auch die Europäische Gemeinschaft machte Hilfs- und Kreditzusagen.

Wirtschaftsplan 1980

Die nikaraguanische Regierung hat für die nächsten zwei Jahre einen Wirtschaftsplan ausgearbeitet, der den Bau billiger Wohnungen, die Sicherstellung der Trinkwasserversorgung, den Aufbau von Schulen und Krankenhäusern sowie die Verbesserung der Infrastruktur vorsieht. Zunächst soll mal nur die Wirtschaftskapazität der Vorkriegszeit erreicht werden, was aber immer noch heißt, daß das Brutto sozialprodukt 1980 um 22 % steigen muß und die derzeit bei 40% liegende Arbeitslosigkeit auf eine Ziffer irgendwo zwischen 30% und 17% eingeschränkt werden muß. Die für das kommende Jahr vorgesehenen 3,9 Milliarden Cordobas (390 Mio US-Dollar) an laufenden Regierungsausgaben wollen sie aus internen Ressourcen aufbringen, wozu vor allem ein umfangreiches Steuerprogramm, über dessen Einzelheiten noch gearbeitet wird, einen beträchtlichen Teil (900 Mio Cordobas) beitragen wird. Investition dagegen sollen ausschließlich von ausländischen Hilfs- und Kreditprogrammen finanziert werden. Nur 30 % der Gesamtinvestitionen sind für Managua bestimmt. 370 Mio US-Dollar sollen im öffentlichen Sektor

investiert werden und ungefähr 47 Mio im privaten. Der nikaraguanische Unternehmerverband COSEP (Consejo Superior de Empresa Privada) hat die Verhandlungen mit der Regierung immer wieder verzögert und drohte, seine Mitarbeit aufzugeben, falls sich das politische Klima nicht für sie verbessert. Sie störten sich hauptsächlich an der wachsenden Macht der Gewerkschaften und der zunehmenden Beteiligung des Staates in der Wirtschaft. Ihnen wurde jedoch entgegengehalten, daß man auch gar keine großen Investitionen von ihnen erwartet, da sie dies auch früher schon nicht getan haben, sondern alles was man von ihnen will, sei, daß sie ihre gegenwärtige Produktion aufrechterhalten. Es wurden Übereinkommen mit 40 Betrieben abgeschlossen, in die auch Gewerkschaften miteinbezogen wurden, wonach sich diese Betriebe zu bestimmten Produktionszusagen verpflichten und dafür besondere fiskalische Vergünstigungen zu gleichbleibenden Bedingungen für die nächsten zwei Jahre erhalten.

Wirtschaftliche Aussichten

Es wird trotz der noch nicht abzusehenden Schäden durch den Kaffeerost, der während der Kämpfe nicht systematisch bekämpft werden konnte, eine gute Kaffeelernte erwartet, die mit 1,15 Mio Sack à 60 kg das Ergebnis des Vorjahres (1,08 Mio Sack) sogar noch übertreffen soll. Bei der Baumwolle, 1978 mit 23 % an den Exporterlösen beteiligt, kann allerdings nur mit ein Viertel bis ein Fünftel des üblichen Ertrages gerechnet werden, da zu wenig ausgesät wurde. Der Fleischexport, der weitgehend nach den USA geht, dürfte weiterhin relativ bedeutende Erlöse (1978: 10% des Gesamtexports) erbringen, wenn auch der Viehbestand gegenüber dem Vorjahr um 4% verringert ist. Insgesamt werden die Exporterlöse des Jahres 1979 auf 250 bis 300 Mio US-Dollar veranschlagt, gegenüber 417 Mio 1978. Der Goldexport, der bisher jährlich bei nur 3 bis 4 Mio US-Dollar lag, könnte in Zukunft allerdings rund 100 Mio US-Dollar einbringen.

Das neue Kabinett

Das umfangreiche (18 Minister) nikaraguanische Kabinett trat im Dezember geschlossen zurück, um der Junta freie Hand für Umbesetzungen zu geben. So wurden auch tatsächlich etliche Ungereimtheiten, die aus taktischen Überlegungen im Hinblick auf das Ausland im August noch eingegangen wurden, inzwischen beseitigt. Der Verteidigungsminister Bernardino Larios, ehemaliger Oberst aus Somozas Nationalgarde, wurde durch den Comandante Humberto Ortega Saavedra, Mitglied des neunköpfigen FSLN-Direktoriums, ersetzt. Dadurch dürfte das Verteidigungsministerium erstmals seine wirkliche Bestimmung bekommen, da vorher die Entscheidungsgewalt über die Armee bei den Comandantes der FSLN und nicht bei dem ehemaligen Nationalgardisten lag. Das Agrarministerium ging an den Leiter des Agrarreforminstituts INRA, Jaime Wheelock, über. Von besonderer Bedeutung auch im Zusammenhang mit dem neuen Wirtschaftsplan ist der Wechsel im Ministerium für Wirtschaft und Planung, wo die führende Figur des Privatsektors, der Konservative Roberto Mayorga, von Comandante Henry Ruiz, ebenfalls Mitglied des FSLN-Direktoriums, ersetzt wurde. Die meisten der alten Regierungsmitglieder blieben jedoch auf ihrem Posten, einschließlich der Konservativen Joaquín Cuadra Chamorro, Finanzminister, und Arturo Cruz, dem Chef der Zentralbank.

Solidarität mit NIKARAGUA

bildung für alle

Ein Film zur Alphabetisierungskampagne

Der Sieg der Sandinistischen Befreiungsbewegung über die Somozatyrannie ist nicht das Ende des Befreiungskampfes in Nicaragua. Eine im März beginnende Alphabetisierungskampagne wird 900 000 Analphabeten Zugang zu einer Bildung geben, die ihnen bislang verwehrt war.

Die Kampagne, an der 200 000 Lehrer, Studenten, Schüler und andere Freiwillige beteiligt sein werden, braucht dringend internationale Unterstützung. Der Film (16 mm, Farbe, ca. 20 min) informiert über Ziele, Inhalt und Aufbau der Kampagne - aus der Sicht der "Lehrer" wie der Analphabeten - und erläutert die Dringlichkeit und konkrete Möglichkeit der internationalen Unterstützung.

Film (und anderes Informationsmaterial) zu bestellen bei:

Informationsbüro Nicaragua
Friedrichstr. 10
5600 Wuppertal 1
Tel. 0202/440039

Geldspenden für die Kampagne:

Informationsbüro Nicaragua, Konto-Nr. 976 738
Stadtparkasse Wuppertal, BLZ 330 500 00
Kennwort: Alphabetisierung

PUERTO RICO/ VIEQUES

Mord im US- Gefängnis

Die Mai-kämpfe auf Vieques zur Verhinderung der Maneuver der US-Marine (vgl. LN 72) haben zwischen September und November vergangenen Jahres ihre drastischen Auswirkungen auf die progressiven und linken Kräfte Puerto Ricos gehabt, die für den Abzug der US-Marine aus Vieques kämpfen.



Angel Rodriguez Cristobal
Jahr Gefängnis verurteilt worden. Er hatte Bewährung abgelehnt, da er von vornherein diesem Gerichtshof als einer kolonialen Institution jegliche Legitimität absprach und sich als Kriegsgefangener der US-Armee betrachtete.

Die meisten der übrigen Angeklagten taten es ihm gleich, eine Angeklagte appellierte an eine höhere Gerichtsstanz. Die Bilanz: im September wurden 5 Angeklagte zu einem halben Jahr Gefängnis verurteilt und sofort unter strenger Geheimhaltung in entlegene US-Gefängnisse auf den Kontinent verschickt, um sie von der puertoricanischen Unterstützung zu isolieren. PSP- Generalsekretär (PSP = Puertoricanische Sozialistische Partei) und Rechtsanwalt Juan Marie Bras wurde zu einem Monat Gefängnis verurteilt wegen Mißachtung des Gerichts bei der Verteidigung seines Klienten in den Vieques-Prozessen. Eine Angeklagte wurde freigesprochen (um die Unvoreingenommenheit des Gerichts zu beweisen), zwei Fälle wurden archiviert, der Fall des bekannten puertoricanischen Bischofs Antulio Parilla, der ebenfalls die Bewährung nicht akzeptierte, aufgeschoben (es wäre zu peinlich gewesen, beim Besuch des Papstes in den USA das einzige amerikanische Land mit einem einsitzenden Bischof zu sein), der Rest der Angeklagten legte Berufung ein oder akzeptierte Gefängnisstrafen mit Bewährung.

Der tragische Fall dabei, der in das Bild von Repression in südamerikanischen Militärdiktaturen paßt, war die Ermordung von Angel Rodriguez Cristobal, einem der politischen Gefangenen, die im Mai auf Vieques festgenommen worden waren. Er wurde am 11. November im US-Gefängnis von Tallahassee, Florida, ermordet.

Angel, Mitglied der "Sozialistischen Liga" von Puerto Rico, war am 26. September zusammen mit 20 weiteren Unabhängigkeitskämpfern wegen "unbefugten Betretens" von US-Marine-Stränden auf Vieques bei den Maneuvern von einem US-Gerichtshof in Puerto Rico zu einem halben

Die erste Gruppe von 13 Angeklagten bestand aus einigen der wichtigsten Führer des Vieques-Kampfes: 5 Rechtsanwälte, darunter der zweitwichtigste Mann der PSP, ein Bischof, ein Priester, der Führer der Befreiungsorganisation der Viequesenser, Mitglieder des Nationalen Solidaritätskomitees für Vieques, der sozialistischen Liga und ein Fischer. Zu den Solidaritätskomitees muß gesagt werden, daß im Fall Vieques deren Organisation alle bisherigen Solidaritätsbewegungen zu anderen Fällen übersteigt: auf der 3-Millionen-Insel existieren Komitees in 15 Städten, in den USA ist neben dem Netz von Solidaritätskomitees für Puerto Rico ein spezielles Solidaritätsnetz für Vieques aufgebaut worden, in der Dominikanischen Republik entstand in den letzten Monaten ebenfalls ein Viequeskomitee, und es sind weitere Komitees in der Karibik und Lateinamerika zu erwarten in der Zeit nach der Solidaritätskonferenz zu Puerto Rico in Mexiko.

Die zweite Gruppe von 6 Angeklagten wurde am 29. November zu 2 bis 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Geschlossen hatten sie das Gericht nicht anerkannt.

Was die US-Repressionskräfte und der superkolonisierte puertoricanische US-Richter Toruella mit diesen politischen Prozessen beabsichtigen, obwohl sie mit einem starken Protest rechnen mußten, ist klar:

1. Indem die Fälle nicht zusammengelegt, sondern einzeln verhandelt wurden, sollten die Solidaritätskräfte von Vieques auf die Prozesse abgelenkt und zersplittert werden.
2. Um endgültig die am Kampf gegen die Marine beteiligten Gruppen von zukünftigen Demonstrationen abzuschrecken, wurden die Angeklagten zu außergewöhnlich hohen Gefängnisstrafen verurteilt. (Normalerweise gibt es für unbefugtes Betreten nur Geldstrafen.)
3. Die Prozesse dienten der Ausschaltung wichtiger Führer der Anti-Marine-Bewegung, was durch die Tatsache unterstrichen wird, daß die US-Marine schon vor den Verhaftungen eine Liste der Personen aufgestellt hatte, die bei den Auseinandersetzungen festgenommen werden sollten.

Aber die Folge der Prozesse war auch eine wachsende Anteilnahme der Bevölkerung, größere solidarische Einheit der ansonsten recht zersplitterten puertoricanischen Linken sowie internationale Proteste. Dies hatte wohl auch das US-Justizministerium befürchtet und in der Washingtoner Presse verlauten lassen, die Strafen seien wohl doch etwas zu hoch ausgefallen.

Wenige Tage nach der Freilassung der ältesten politischen Gefangenen auf dem amerikanischen Kontinent am 10. September waren Sektoren der US-Regierung nicht so sehr davon begeistert, gleich wieder 11 neue puertoricanische politische Gefangene verantworten zu müssen. Die vier puertoricanischen Nationalisten Irving Flores, Lolita Lebron, Oscar Collazo und Rafael Cancel Miranda, die nach ihrer Entlassung aus US-Gefängnissen einen überwältigenden Empfang auf der Insel erhielten, hatten 25 Jahre lang und besonders in den letzten Jahren genügend internationale Proteste eingebracht, so daß die Regierung der USA sie noch schnell vor der Konferenz der Blockfreien in Havanna aus dem Rampenlicht der Öffentlichkeit nehmen wollte.

Am 11. November wurde Angel Rodriguez Cristobal in einer Isolierzelle an einem Leintuch erhängt aufgefunden. Im Oktober war er für zwei Wochen in Isolationshaft gebracht worden, da er angeblich nicht arbeiten wollte - er hatte sich über Gesundheitschäden beklagt. Dann wurde er wieder in den Normalvollzug gebracht. Am 10. November besuchte ihn der Generalsekretär der Sozialistischen Liga Puerto Ricos, Juan Antonio Corretjer, und hatte eine lange Unterhaltung mit ihm.

Nach Corretjers Aussagen war Angel zuversichtlicher Stimmung und "ungebrochen in seinen politischen Überzeugungen". Als er anderntags erhängt aufgefunden wurde, behauptete die Gefängnisleitung, er hätte Selbstmord begangen. Der Staat von Florida befahl sofort eine Autopsie in Tallahassee – gegen den Willen der Familie Angels. Der Vertrauensanwalt der Familie und ein Pathologe ihrer Wahl durften nach Intervention bei Gericht bei der Autopsie anwesend sein.

Sie bemerkten große Schnitt- und Schlagwunden in Angels Gesicht, welche der Autopsiereport, der die Selbstmordhypothese der Gefängnisleitung bestätigt, nicht erklären konnte. Ebenso wenig konnte ein großer Blutfleck einige Meter vom erhängten Körper entfernt und blutgetränkte Handtücher auf dem Bett erklärt werden, genauso wenig, warum Angel plötzlich wieder in der Isolierzelle war und auch nicht wie das Leintuch, das nicht zum Inventar der Isolierzelle gehörte, dort hinkam. Der Vertrauensanwalt durfte weder die Zelle sehen, noch mit Gefängniswärtern oder Mitgefangenen sprechen. Diese Vorgänge riefen in Puerto Rico tiefste Empörung hervor. Praktisch niemand glaubt die Selbstmordversion, auch internationale Menschenrechtsorganisationen haben ihren Protest deutlich gemacht.

Spekulationen über die Verantwortlichen an diesem Mord deuten mehrere Möglichkeiten an: entweder ein individueller Akt rassistischer und reaktionärer Gefängniswärter, evtl. unter exilkubanischer Beteiligung, oder direkte Beteiligung von US-Geheimdiensten oder des US-Marine-Geheimdienstes.

Der Mord hat unter der puertricanischen Linken verschiedene Auswirkungen: zum einen wird wiederum die Notwendigkeit zu größerer Einheit klar, zum anderen herrscht große Besorgnis über das Schicksal der übrigen politischen Gefangenen, die über die USA verstreut einsitzen und so von den puertoricanischen Solidaritätsgruppen abgeschnitten sind. Die Hauptforderung bezüglich der Gefangenen ist deshalb im Moment ihre Rücküberführung nach Puerto Rico. Andererseits wird das Kampfklima auf Vieques stark angeheizt: die zu erwartenden Konfrontationen bei den Februarmaneuvern 1980 werden sich sicher nicht mehr auf eine friedliche Besetzung der US-Marine-Strände beschränken.

Der Bewaffnete Überfall auf eine Gruppe von Marinesoldaten am 3. Dezember 1979, der zwei tote und zehn verletzte Marinesoldaten zurückließ, ein Racheakt für den Tod von Angel Rodriguez Cristobal, ist das erste gewaltsame Resultat der letzten Vorkommnisse. Zum ersten Mal in der Geschichte der vielen bewaffneten Untergrundorganisationen erklärte sich eine Koordination dieser Gruppen für den Vorfall verantwortlich.

Diese Entwicklung liegt absolut nicht im Interesse der US-Marine: Vieques muß mehr denn je eine sichere Bastion der USA in der Karibik werden:

Vieques gehört zur größten US-Marine-Basis auf Puerto Rico – Roosevelt Roads – die die Marinekommandos für die gesamte Karibik (Panama und Guantanamo auf Kuba eingeschlossen) und den Südatlantik beherbergt. Außerdem ist Puerto Rico das wichtigste Zentrum für Ausbildung und Erprobung von neuen Waffen, die die US-Marine z. Zt. besitzt. Panama und Guantanamo fallen wohl bald als Trainingslager und Maneuverzonen weg, der mittelamerikanische Armeezusammenschluß CONDECA ist mit dem Sieg der nicaraguanischen Revolution praktisch zusammengebrochen. Der Panama-Kanal und sein Zugang muß jedoch weiterhin für die

militärischen und Handelsinteressen der USA kontrolliert werden. Auf diesem Hintergrund muß die Verstärkung der Einrichtungen und Aktivitäten der US-Marine in Vieques gesehen werden. Außerdem wurde eine Spezialtruppe auf Vieques geschaffen, die nach Aussagen des obersten Kommandanten Knoizen vom 21. November den wachsenden Einfluß der Linken und progressiven Kräfte und Regierungen in der Karibik aufhalten soll. Dies ist auf die Regierungen von Granada, Jamaika, Guyana und Santa Lucia gemünzt. So stellt die Polemik um die sowjet-russischen Basen auf Kuba tatsächlich den Vorwand dar, die immer unstabilere Karibik stärker zu kontrollieren, die andererseits in diesem Jahrzehnt eine wesentlichere Bedeutung für das US-Kapital erhalten hat durch ihre großen Rohstoffvorkommen, besonders Öl und Naturgas. Auch der versuchte Putsch gegen die progressive Regierung auf Grenada unter Beteiligung auswärtiger Kräfte Anfang November 1979 beweist die Besorgnis der US-Regierung um ihre Position in der Karibik.

Vieques und die Militärpräsenz der USA in Puerto Rico war ein zentraler Diskussionspunkt der 2. Solidaritätskonferenz für die Unabhängigkeit Puerto Ricos in Mexiko, die vom 30. November bis 2. Dezember unter Beteiligung von 400 Delegierten aus 100 Ländern an zukünftigen Zielen und Strategien der internationalen Solidaritätsbewegung für Puerto Rico arbeitete.



Demonstration vor der US-Marinebasis auf Vieques

KIRCHE

Die Pharisäer und der Glaubensmulti

INTERVIEW MIT DEM BRASILIANISCHEN THEOLOGEN LEONARDO BOFF

Pater Boff, Professor am Institut für Theologie und Philosophie in Petropolis (Brasilien) gehört zu den wichtigsten Theologen der Befreiung in Lateinamerika. Er ist u.a. auch ein enger Berater des Kardinals von São Paulo, Evaristo Arns. Er vertritt die Auffassung, daß die Kirche sich aktiv für den Kampf um Gerechtigkeit, Freiheit und die Einhaltung der Menschenrechte einsetzen muß. Von konservativen Theologen wird er heftig angegriffen: so "verbannte" der Erzbischof von Rio de Janeiro, Kardinal Eugenio Sales, die Schriften Boffs aus seiner Diözese. Aufsehen erregte auch die Veröffentlichung eines vertraulichen Briefes des Vorsitzenden der Lateinamerikanischen Bischofskonferenz (CELAM), Lopez Trujillo, in dem er die Einstellung Boffs diffamiert (vgl. Sondernummer "Kirche in Lateinamerika"). Die vatikanische Glaubenskongregation (Nachfolgerin der Inquisition und oberste Zensurbehörde der katholischen Kirche) hat nach Aussagen brasilianischer Bischöfe die Schriften Boffs verurteilt. (FR, 22.1.80)

Im folgenden Interview, das wir der kolumbianischen Zeitschrift ALTERNATIVA (Nr. 246, 1979) entnehmen, analysiert Boff die Strategie der römischen Kurie gegenüber fortschrittlichen Gruppen in der katholischen Kirche.

FRAGE: Sie kommen gerade aus Rom. Können Sie uns sagen, was man in Vatikansekreten über die Kirche denkt?

BOFF: (...)Man kann in Rom die Absicht (der Kurie, d. Red.) feststellen, die Stärke der nationalen Bischofskonferenzen zu neutralisieren. Dies zeigt sich im Fall der brasilianischen Bischofskonferenz, die sehr klare Vorstellungen über die Evangelisierung und Befreiung formuliert hat, und die dabei die Menschenrechte und die Rechte der Armen in den Vordergrund stellt. Diese Situation erzeugt eine ständige Besorgnis auf beiden Seiten: Rom mißtraut dieser Entwicklung und in Brasilien spüren wir, daß Rom auf die Bischofskonferenz und bestimmte Bischöfe Druck ausübt. Aber ich glaube nicht, daß dieser Druck die Einstellung des Episkopats ändern kann. Im Gegenteil: diese Einstellung ist so stark und hat einen so großen Rückhalt in den Basisgemeinden und unter den Laien und das religiöse Leben ist so engagiert und in die Konferenz integriert, daß es für Rom sehr schwer sein wird, die gewünschten Erfolge zu erzielen. (...)

FRAGE: Das heißt also, daß die zahlenmäßig größte Kirche der Welt – die brasilianische – in eine Richtung geht, die der von Rom verordneten entgegengesetzt ist?

BOFF: Ich denke, daß es grundsätzlich um das Problem der "Romanisierung" geht, das zwei Aspekte hat: der eine Aspekt, er ist vorwiegend kirchlicher Natur, bezieht sich auf die Herrschaft der Weltkirche über die lokale Kirche in den Bereichen der Theologie, Liturgie, Dogmatik etc. mit dem Resultat einer großen Uniformität, die die Herrschaft und Kontrolle erleichtern soll.

Im politischen Bereich bedeutet "Romanisierung" eine vertikale Ausrichtung der Beziehungen: der Dialog findet zwischen Organisationspitzen statt, nicht zwischen Kirchenhierarchie und Volk, zwischen christlicher und politischer Gemeinde, sondern zwischen der kirchlichen Hierarchie und der Regierung, zwischen Rom – der römischen Kurie – und den Regierungen, wobei die nationalen Bischofskonferenzen übergegangen werden.

Im theologischen Bereich bedeutet dies eine enorme Marginalisierung des Volkes und eine Verlängerung des vor-konziliaren (gemeint ist das II. Vatikanische Konzil, auf dem Reformbestrebungen innerhalb der katholischen Kirche initiiert wurden, d. Red.) Projekts des Christentums, das die Macht in einem sehr kleinen Kreis von Experten konzentriert, der sehr schwer zugänglich ist.

Dies alles ist im Projekt der römischen Kurie enthalten; aber dieses Projekt kann in der nach-konziliaren Zeit nur auf Kosten eines Bruchs mit dem Episkopat ganzer Länder durchgesetzt werden. Außerdem gibt es diesen Konflikt nicht nur mit den Bischöfen: unter Priestern, Nonnen und Laien ist das kirchliche Bewußtsein so stark geworden, daß sie nicht mehr ohne Weiteres von denen manipuliert werden können, die die heilige Macht mißbrauchen.

FRAGE: Stellt die brasilianische Kirche dem konservativen Modell der römischen Kurie ein alternatives Modell einer demokratischen Kirche entgegen?

BOFF: Man kann dies am Besten an einem Vergleich der beiden klassischen Modelle zeigen, die ich Christentum und Neues Christentum ("neocristianidad") nennen möchte. Im Modell des Christentums verbindet sich die Kirche mit den herrschenden Klassen und dem Staat, um von da her in der Gesellschaft präsent zu sein. Dieses Modell ist seit der Zeit Konstantins (4. Jahrhundert nach Christus) bis heute das bestimmende.

Seit dem II. Vatikanischen Konzil und der Lateinamerikanischen Bischofskonferenz in Medellín (1968) gibt es in Brasilien eine Initiative – zunächst theoretisch auf der Ebene theologischer Konzepte, aber mit großer Unterstützung in der kirchlichen Praxis –



die sich direkt an das Volk wendet und von den Gemeinden aus zum Staat und den herrschenden Klassen spricht. Dies ist ein fundamentaler Wandel in der Strategie der Kirche. Er setzt die Überwindung der Ansicht über das Volk voraus, die es als eine ungebildete Masse sieht, die nichts weiß und der paternalistisch geholfen werden muß. Heute gehen wir von einer Befreiungsvision aus, die im Volk Klassen sieht, die ein historisches Potential, die Fähigkeit zur Entwicklung einer Alternative haben. So wie es in Puebla heißt: das Volk hat ein heilsbringendes Potential für den Rest der Kirche. (...)

Heute gibt es eine sehr starke und bewußte Basis in der Kirche. Und sie besteht nicht aus Intellektuellen, sondern aus dem Volk,

das sind 70 000 "kirchlichen Basisgemeinden", ca. 2 Millionen Menschen, die aktiv in der Kirche arbeiten. (...) Sie haben es sogar geschafft, große Teile der Hierarchie für dieses Modell zu gewinnen, was zu einer Neudefinition der Funktionen des Bischofs und des Priesters geführt hat.

Ich glaube, daß das ein alternatives Modell ist. Dies wird in Brasilien daran deutlich, daß bei den Streiks, die kürzlich in São Paulo und Rio de Janeiro stattfanden, die Bischöfe von den Arbeitern um Vermittlungsgespräche mit der Regierung gebeten wurden. Die Bischöfe akzeptierten unter der Bedingung, daß sie die Arbeiter nicht übergehen und auch nicht das Spiel der Regierung spielen wollten. Sondern ihre Aufgabe darin sahen, die Sache des Volkes zu vertreten. Sie sprachen von Standpunkt des Volkes aus. Damit wird die heute Funktion der Kirche – die eines Volkstribuns – deutlich. Sie kontrastiert mit dem früheren Verhalten der Kirche, als der Bischof auf der Seite des Arbeitsministeriums war und mit den Arbeitern sprach, um sie zum Einlenken zu bewegen. Heute steht der Bischof auf der Seite der Arbeiter und verstärkt ihre Macht durch die symbolische, historische Macht der Kirche.

FRAGE: Kardinal Baggio (der für Lateinamerika zuständige Kuriensekretär) und Monseñor Anbal Lopez Trujillo (sein Statthalter und Präsident der CELAM) müssen über diese demokratische Waghalsigkeit entsetzt sein...

BOFF: Natürlich! Baggio ging sogar so weit, einmal zu Dom Helder Camara (Erzbischof von Recife) zu sagen: "Helder, hilf mir, die Kirche zu retten ... Mit diesen nationalen Bischofskonferenzen kann man nicht mehr regieren... Holland ist unregierbar, und jetzt geht es in Österreich los ... Das Evangelium und Jesus kannten keine nationalen Konferenzen ... hilf mir, die Kraft zu haben, von Rom aus die Einheit zu bewahren und die Kirche zu retten."

Dom Helder antwortete: "Je mehr ich im Evangelium lese, um so weniger finde ich Macht ... Macht ... Macht, und umso mehr lese ich Dienst ... Dienst ... Dienst."

Der Dialog findet nicht mehr zwischen den Organisationsspitzen statt. Er wird zwischen dem Volk und der Regierung, zwischen dem Volk und der Hierarchie geführt. Die Bischöfe fragen die Regierungen nach ihrem Verhältnis zum Volk, aber da kann es keine Übereinstimmung geben, weil es diktatorische Regierungen sind.

Das paßt nicht zu der Macht der Kurie, die auf eine weltweite Struktur gegründet ist wie ein MULTINATIONALER KONZERN DES GLAUBENS. Hier bei uns kann dieser Typ von Kirche nicht heimisch werden, weil er andere Formen der Gemeinschaft voraussetzt. Ich glaube hier liegt die Ursache der großen Spannungen in der Kirche und auch die große theoretische Herausforderung.

Was heißt das: eine Kirche, die sich in den unterdrückten Klassen verkörpert? Bis heute verkörperte sich die Kirche in den herrschenden Klassen, ihren Priesterseminaren, Universitäten und Got-

tesdiensten. Die Kultur, die die Kirche begünstigt, ist nicht die Kultur des Volkes, sondern die Kultur der Herrschenden. Heute (...) beginnt die Kirche in Brasilien sich in den unterdrückten Klassen zu verkörpern: sie nimmt sich mehr und mehr der Probleme des Volkes, seiner Rechte und Kämpfe, seiner Kultur an. So entwickeln sich neue Kennzeichen, neue Problemstellungen, andere soziale Funktionen und vor allem eine neue Interpretation der Heilsbotschaft. Man entdeckt wieder das Evangelium als einen Text von Armen für Arme.

FRAGE: Wie sieht die Strategie der Kurie zur Verhinderung einer Vertiefung des demokratischen Modells der Kirche aus?

BOFF: Diese Strategie zeigt sich in der Kritik an der sogenannten "Volkskirche", einer diffamierenden Kritik (...), in der die "Volkskirche" eine "Parallele Kirche" genannt wird, die nicht die Kirche von Jesus Christus ist, die das Göttliche von der Institution wegnimmt (...).

Außerdem kenne ich bestimmte Theologen – ich möchte sie lieber Ideologen vom Hofe Pharaos nennen – die hier in Lateinamerika herumreisen und das Spiel der "Intelligenz", die sich an die heilige Macht verkauft hat, spielen. Mit ihren Schriften, in denen sich böser Wille mit der Deformation der Information verbindet, schließen sie das Volk aus. (...)



"Der Mensch lebt nicht vom Brot allein – bueno, Pablo, das habe ich schon begriffen..."

Bolivien

Der langjährige Diktator General Hugo Banzer Suarez, der 1979 von General Padilla in den Ruhestand versetzt wurde, ist erneut in den aktiven Dienst der Armee aufgenommen worden. Dies ist ein deutliches Zeichen für den wachsenden Einfluß der reaktionären Kräfte innerhalb der Streitkräfte. Sicher steht die Reaktivierung Banzers auch im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen ihn und enge Mitarbeiter wegen Hochverrat und anderer Verbrechen. Wenn das Verfahren fortgesetzt wird, müssen weitere Offiziere mit Anschuldigungen gegen sich rechnen.

Kolumbien

Kolumbianischer Gefreiter denunziert Foltern

Der Gefreite German Pinzón Zora denunzierte im Dezember 1979 die militärischen Foltermethoden an politischen Gefangenen. Er wurde sodann von dem staatlichen Geheimdienst verfolgt und asylierte sich in der costaricensischen Botschaft in Kolumbien. Er gab konkrete Auskunft über die Folter und den anschließenden Mord an dem Gutsbesitzer José Vicente Camelo, der verdächtigt wurde mit der FARC (kommunistische Guerillaorganisation) zusammenzuarbeiten und daher im Juli verhaftet. (vgl. Alternativa 246/79)

Konstituierung der demokratischen Front in Kolumbien

Eine breite Einheit der Unterdrückten in Kolumbien wird von folgenden politischen Kräften angestrebt, die eine gemeinsame Erklärung verfaßten:

Bewegung FIRMES, Nationale Volksallianz ANAPO, Kolumbianische Kommunistische Partei PCC, Unabhängige Liberale Bewegung MIL, Nationale Union der Opposition UNO.

Die zentralen Punkte der Übereinkunft betreffen:

- 1) Den Kampf um die Verteidigung der Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten,
- 2) Die entschiedene Opposition gegen die derzeitige Regierung,
- 3) Die Gegnerschaft zu dem monopolistischen Konzentrationsprozess,
- 4) Unterstützung der Kämpfe um Lohnerhöhung und der Vereinheitlichungsbestrebungen der Gewerkschaften,
- 5) Solidarität mit allen die für Selbstbestimmung und Unabhängigkeit kämpfen.

Gemeinsam will man eine breite Oppositionsfront in den bevorstehenden Gemeinderatswahlen aufbauen und einen Kandidaten in der Präsidentschaftswahl 1982 aufstellen.

Kommunistischer Stadtrat von Militärs ermordet

Die Militärs in Kolumbien versuchen, die Ermordung des kommunistischen Stadtrates Dario Arango zu verheimlichen. Es bestehen begründete Vermutungen, daß er unter der Folter starb. (vgl. Alternativa 246/79)

Venezuela

Beschuldigung gegen den Ex-Präsidenten Venezuelas

Der venezolanische Ex-Präsident Carlos Andrés Pérez muß sich vor einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß verantworten, dessen Einsetzung von seiner eigenen Partei, der sozialdemokratischen Acción Democrática unterstützt wurde. Pérez wird vorgeworfen, an einem skandalösen Geschäft im Zusammenhang mit einem Kühlschiff beteiligt gewesen zu sein, bei dem sich die Präsidentenfamilie um ca. 10 Mio US-Dollar bereichert haben soll. Seine parlamentarische Immunität wurde aufgehoben, ein Strafverfahren soll folgen. Carlos Andrés Pérez ist einer der wichtigsten Verbindungsleute der II. Sozialistischen Internationale in Lateinamerika. (s. LN Nr. 65, 70 und 76)

Erfolg der Linken bei Gewerkschaftswahlen

Die Vereinigte Linke in Venezuela hat zum ersten Mal einen bedeutenden Gewerkschaftssieg errungen. Sie gewann die Gewerkschaftswahlen in dem staatlichen Unternehmen SIDERURGICA DEL ORINOCO, dem größten Unternehmen in der Industriezone von Guayana. Die Linke erhielt 3110 Stimmen, während die christlich-soziale Regierungspartei COPEI lediglich 201 Stimmen erhielt, die sozialdemokratische Acción Democrática erhielt 780 Stimmen. Dieses Ereignis zeigt die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung über die Inflation und die reaktionäre Politik der COPEI und der Acción Democrática.

(s. LN Nr. 65 und 76)

KOLUMBIEN

Der lange Kampf der Paezindianer

Aus aktuellem Anlaß der Kriegsgerichtsprozesse, die zur Zeit stattfinden und sich auch gegen die Indianerorganisation CRIC (Regionaler Indianerrat des Cauca, vgl. LN 60,69,70) richten, erscheint es uns wichtig aufzuzeigen, inwiefern die historischen Erfahrungen im Kampf um das Land zu einem politischen Bewußtsein führten, das sich in dieser Organisationsform artikuliert. In dem Maße, wie sich die Interessen der herrschenden Klassen sich veränderten und durchsetzten, mußten die Indianer neue Formen des Kampfes um das Überleben finden. Das Erwachen der indianischen Kultur und Identität bedeutet heute nicht die Suche nach der heilen Welt in der Vergangenheit, die Wiedererrichtung eines Chibchareiches, sondern die Bewußtwerdung, nicht nur Objekt der Machtinteressen der Herrschenden, sondern zugleich Subjekt der eigenen Geschichte zu sein. In diesem Sinne sind die Arbeits- und Lebensweise, die Sitten Gebräuche und Sprache das Resultat eines jahrhundertelangen Kampfes um das Überleben. Da der fundamentale Kampf der Indianer um das Land geht, ist es dies, was ihn mit allen Bauern Kolumbiens vereint: das objektive Interesse, von der Zugehörigkeit zur unterdrückten Klasse abgeliebt, entspricht der subjektiven Basis der kulturellen Identität. Darin liegt wohl die Wichtigkeit und Stärke des CRIC, der ja zahlenmäßig gesehen nur 0,05% der kolumbianischen Gesamtbevölkerung vertritt.

"Für uns Indios ist die Erde nicht nur ein Stück Ebene oder Hügel, der uns Essen gibt. Wie wir an ihr arbeiten, wie wir uns an ihr erfreuen oder durch sie leiden, sie ist für uns die Wurzel des Lebens, deshalb verteidigen wir sie als echte Wurzel unserer ursprünglichen Traditionen. Für uns Indios ist die Erde die Mutter. Der Indio ohne Erde ist wie das Kind ohne Mutter." (aus Film: Campesinos)

Vom kolonialen zum bürgerlichen Staat

Mit der Erlangung der Unabhängigkeit von Spanien 1821 kam es zu einem grundlegenden Wandel in der Indianerpolitik. Der spanischen Krone war es in erster Linie um die Einziehung von Steuern und Tributen gegangen, was selbstverständlich ein riesiges Maß an Unterdrückung und Ausbeutung voraussetzt, aber die gemeinschaftlichen Arbeits- und Lebensformen nicht bedrohte. Im 19. Jhd. fand ein Kampf um die Macht zwischen der aufkommenden Handelsbourgeoisie, die sich dem englischen Imperialismus verschrieben hatte und der alten Großgrundbesitzeraristokratie, die die kolonialen Strukturen erhalten wollte, statt. Der Handelsbourgeoisie ging es in erster Linie um die

Durchsetzung der Marktwirtschaft, also um die Umwandlung von Abhängigen zu Lohnarbeitern und um das Eingehen des Bodens in den Bodenmarkt. In diesem Sinne waren die 'Resguardos', die Indianergemeinschaften, Produkt der Kolonialstrukturen und als solche mußten sie eliminiert werden. Im Namen des Imperialismus, d.h. des Fortschritts, mußte die Handelsbourgeoisie all die sozialen, ökonomischen, ökonomischen und intellektuellen Potenzen vernichten, die die Wurzel für eine autonome Entwicklung bilden könnten. Die kollektive Arbeits- und Lebensweise der Indianer wurde als rückständig und fortschrittsfeindlich bezeichnet. Die vier ideologischen Eckpfeiler der Indianerpolitik - Zivilisation, Christianisierung, Protektion und Integration - dienten als paternalistischer Deckmantel, unter dem die Vernichtung der Resguardos vorangetrieben wird. Es galt, den Indianer von der kolonialen Bürde zu befreien. Da die gemeinschaftliche Arbeits- und Lebensweise von der Verbundenheit mit der Erde abhängen, bedeutet die Auflösung der Resguardos (vgl. LN 69) was Todesurteil für diese bäuerlichen Indianergemeinschaften. Während in der Kolonialzeit Unterdrückung und Ausbeutung die Gemeinschaft der Indianer betraf, treibt sie nun Keile in die Grundlage der Gemeinschaft, um so die Vereinzelung voranzutreiben, den Indianer zu individualisieren.

Auch das Prinzip der Gleichheit wurde hier angeführt: den Indianer den anderen Bürgern des Staates gleichzumachen. Die Indianer sind keine Kolumbianer, aber sie müssen es werden; d.h.: ihre Autonomie, ihre Ländereien, ihre Sprache und ihre Sitten aufgeben.



Zerschlagung der Gemeinschaften

Das 19. Jhdt war geprägt durch eine Reihe von Bürgerkriegen. Die beiden traditionellen Parteien, die Konservativen als Vertreter der Agraroligarchie und die Liberalen als Vertreter der Handelsbourgeoisie konstituierten sich und kämpften um die Durchsetzung ihrer Interessen. Überall dort, wo durch das Vordringen des Kapitalismus die wirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen wurden, wurden die Resguardos aufgelöst, aber auch in anderen Regionen wurden durch die Gesetzgebung die Resguardos weitgehend geschwächt und das Überleben als Gemeinschaft infragegestellt.

1832 wurde durch ein Gesetz alles Land, das brachlag oder gemeinschaftlich bearbeitet wurde, beschlagnahmt. Im Schnitt verloren die Indianer etwa 40% ihres Landes.

1850 wurde eine Agrarreform erlassen, die besagte, das alles brachliegende Land vom Staat angeeignet wurde. Dies Land wurde als Land der "Toten Hand" bezeichnet, dahinter steckte nicht ein ökonomisches Konzept von fehlender Nutzung, sondern ein juristisch individualistisches Konzept, das besagte, das Land in Gemeinschaftsbesitz, das nicht in den Bodenmarkt eingeht, Land der "Toten Hand" sei. Mit diesem Gesetz wurde ein Großteil der Kirchengüter enteignet, aber auch viele Resguardos vernichtet.

1890 wurde das Gesetz 89 erlassen, das die Indianer in drei Kategorien klassifizierte: wild, halbwild und zum bürgerlichen Leben geführte (also zivilisiert). Die beiden ersten Kategorien unterstehen nicht der kolumbianischen Gesetzgebung, sondern der Kirche und dem vatikanischen Recht. Die Indianer wurden allesamt als Minderjährige kategorisiert, was ihnen verbietet, Land zu kaufen oder zu verkaufen, somit offiziell als Schutzmechanismus deklariert wird. Ihre Gemeinderäte, die Cabildos (vgl. LN 60/69), wurden als interne Organisationsstruktur teilweise anerkannt und zwar in ihrer Funktion der Landzuteilung an Familien, und zur Lösung innerer Konflikte, aber sie unterstehen den örtlichen Autoritäten.

Indianergesetzgebung

Die Paezindianer des Caucaagebiets kämpften in den Unabhängigkeitskriegen auf Seiten der Befreier gegen die Spanier, aber nach der Unabhängigkeit nahm die Verfolgung gegen sie zu: sie erkannten, daß der Feind nicht nur der ausländische Eroberer ist.

Sie wurden in die Bürgerkriege einbezogen und beteiligten sich an den Guerrillas und zwar auf Seiten sowohl der Konservativen als auch der Liberalen. Die Folge war eine Spaltung der Indianer untereinander und ein gegenseitiges Ermorden.

Die Paez kämpften also nicht mehr ausschließlich für ihre eigenen Interessen, sondern stellten sich in den Dienst von Interessen, die ihnen z.T. fremd waren. Durch die Unabhängigkeit konnte sich die liberale individualistische Ideologie durchsetzen, die die Indianer als Gruppe bekämpfte. Gleichzeitig fand eine Öffnung der Gemeinschaften für das Eindringen von Parteien statt.

Die Vermittler zwischen Gemeinschaft und "Weißen" waren die Führer. Ihre Autorität änderte sich: sie waren nicht mehr die Vertreter von Interessen, die die Gemeinschaft fühlte und kannte, sondern vertraten die Interessen von Politikern und Parteien vor der Gemeinschaft: sie waren damit beauftragt, ihre Gemeinschaften für Kämpfe zu mobilisieren, deren Gründe sie nicht verstanden.

Das Eingehen von Bündnissen mit den Parteien als eine Form der Verteidigung von Rechten in anbetracht der eigenen Schwäche, sich nämlich nicht mit allen Feinden gleichzeitig auseinandersetzen zu können, führte schließlich zur Unterwerfung. Ein zu geringer Teil

der Interessen, für die sie kämpften, stimmte mit ihren eigenen überein, die meisten liefen den ihren entgegen.

Ein Prozess der Entfremdung von der eigenen politischen Tradition begann, der die Politik der Vereinzelung erleichterte. Nun war es nicht mehr schwierig, staatliche Institutionen und Missionsstationen in die Indianergebiete einzuführen, die die Vereinzelung weitertrieben. Die Bürgermeister und Polizisten erleichterten weißen Siedlern den Zugang zu den Ländereien der Indianer.

Durchsetzung der Marktwirtschaft

Der kapitalistische Prozeß der Werterhöhung des Landes, der durch Eisenbahnen und Straßenbau initiiert wurde, bedrohte im Caucaagebiet seit Anfang des 20. Jhdts. die Resguardos. Die herrschenden Klassen waren inzwischen geeinigt, der Staat relativ stark, während die Indianergemeinschaften immer mehr Risse erhielten.

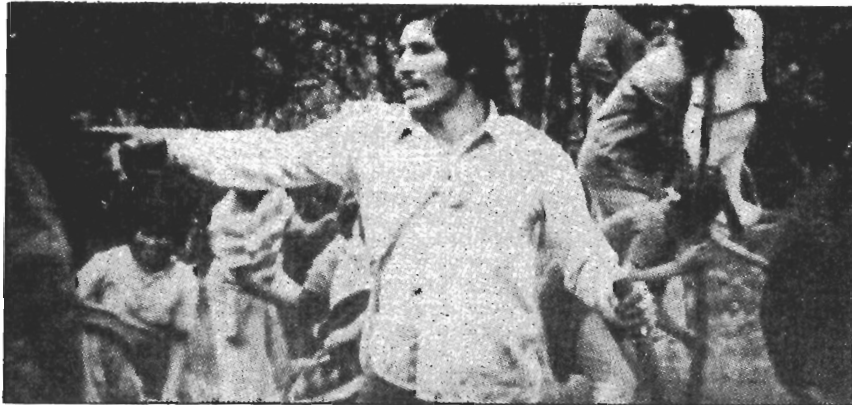
Der 1. Weltkrieg war für Kolumbien eine Zeit der Transformation, danach fand eine aktive Eingliederung in den Weltmarkt statt: Straßenbauarbeiten wurden durchgeführt, eine Zentralbank wurde geschaffen, ein neues Kreditssystem eingeführt, die Leichtindustrie erweitert und damit ein Arbeitsmarkt geschaffen. Für die Indianergemeinschaften bedeutete dies eine Verstärkung des Versuchs, sie auszurotten, um ihre Ländereien in den Bodenmarkt eingehen zu lassen und sie selbst als Arbeitskräfte freizusetzen. Es begann eine Suche nach neuen Kampfformen, um den Prozeß der totalen Zerstörung aufhalten zu können. Die schnelle Transformation der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Strukturen erforderte einen ständigen Widerstand von Seiten der Indianer. Neue soziale Klassen entstanden und mit ihnen auch neue Organisationsformen wie Bauernligen und Gewerkschaften.

Indianische Identität und legaler Kampf

Im Caucaagebiet fand die Auflösung der Resguardos ihren Höhepunkt von 1914-18, als sich extensive Zuckerrohrplantagen in verstärktem Maß entwickelten. Quintin Lame, ein Pachtbauer, wurde zum Führer einer neuen Bewegung: Ihre Ziele sind:

1. Verteidigung der Resguardos und aktive Opposition gegen die Gesetze, die eine Aufteilung derselben vorsehen.
2. Stärkung des Cabildo als Führungsmittelpunkt und Organisationsbasis.
3. Rückeroberung aller von den Großgrundbesitzern an sich gerissenen Ländereien und Nichtanerkennung aller Besitzurkunden, die nicht auf königliche Gnadenbriefe zurückgeführt werden können.
4. Verweigerung der Arbeitspacht
5. Bejahung der Kulturwerte der Indianer und Zurückweisung der rassistischen und kulturellen Diskrimination, der die kolumbianischen Indianer ausgesetzt sind.

Quintin Lames Hauptargument ist das unwiderrufliche Recht des Indianers auf sein Land. Als abhängiger Pächter aufgewachsen, idealisierte er das Resguardoleben, die Überlegenheit der indianischen Rasse gegenüber der weißen und schwärmte nostalgisch für die vergangenen Gesellschaftsformen der Indianer. Er verachtete jegliche Art der Organisation und seine Bewegung nahm einen starken Führercharakter an. Aufgrund dieser schlechten Organisation konnte seine Bewegung der Repression nicht widerstehen. Lame berief sich in erster Linie auf die Indianergesetzgebung: er versuchte die juristische Anerkennung der Resguardos durch Bittschriften, Briefe an Autoritäten und unzählige Prozesse zu erreichen, wobei er sich in erster Linie auf das Gesetz 89 berief.



Die Zeit der Violencia

Der Kampf im Caucagebiet scheiterte, da Lame, der messianische Führer, zu sehr auf die Resultate des juristischen Kampfes vertraute und nur rudimentäre Vorstellungen von den tatsächlichen Machtverhältnissen besaß und somit nie die Basisorganisation und ihre reale Macht mit der politischen und ökonomischen Macht des Feindes verglich. Aber seine Wichtigkeit bestand sicher darin, daßer die kulturelle Identität als Ausgangspunkt des Kampfes nahm. Ende der 20er Jahre zog Lame sich aus dem Caucagebiet zurück.

Zwischen 1935 und 60 wurde mehrmals versucht, Bauernligen und Gewerkschaften unter den Indianern zu gründen. José Gonzalo Sánchez war ein in der KP organisierter Paezindianer, der diese Organisationsstrukturen im Caucagebiet einbrachte. Er erkannte nicht, daß diese Organisationsform nicht auf den vorhandenen Organisationsformen der Indianer aufbaute und ging nicht von den Problemen der Indianer aus, sondern oktroyierte ihnen die Forderungen der städtischen Arbeiter auf. Obwohl diese Ligen eine Anzahl konkreter Aktionen durchführten, erinnern die Paez sich heute nur noch an die erneute Welle der Repression, die auf sie niederstürzte und bei der Sánchez das Leben verlor.

Von 1948-60 war die Zeit der "violencia", (Gewalt), des nichterklärten Bürgerkriegs, bei dem sich die Liberalen und die Konservativen um die Macht schlugen. Dieser Krieg, der zum großen Teil auf dem Lande stattfand, kostete ca. 350 000 Menschenleben; viele Kleinbauern wurden vertrieben, ihr Land eigneten sich die Großgrundbesitzer an. Im Unterschied zu den Bürgerkriegen des 19. Jhdts. konnten die Herrschenden die Volksorganisationen nicht mehr für ihre Ziele benutzen, sondern mußten sie vernichten, damit sie sich nicht gegen sie richteten und die Stabilität des Systems gefährdeten. Die Paez, den Liberalen näherstehend als den Konservativen, wurden von gedungenen Mörderbanden überfallen und vertrieben, Teile ihres Landes fielen an die Großgrundbesitzer. Individuell oder in kleinen Gruppen schlossen sie sich der liberalen Verteidigungsguerrilla an. Die politischen Lehren, die sie aus dieser Zeit zogen, waren folgende:

- der Hauptfeind ist das Bündnis zwischen Regierung, Kirche, Großgrundbesitzern und Politikern
- die Erfahrung, daß die Verteidigung individuell vorgenommen wurde, die Repression sie aber kollektiv betraf, zeigte ihnen die Notwendigkeit einer kollektiven Organisation.
- die Demütigung, die viele der Paezindianer in den Guerrillagruppen von seiten ihrer "weißen" Kameraden erlitten, zeigte ihnen, daß eine solche Organisation auf ihrer eigenen (indianischen) historischen Erfahrungen aufbauen müsse
- der Verlust des Landes und die ständige Aggression gegen die Resguardos machte ihnen erneut deutlich, daß dies das Ziel und der Ausgangspunkt ihrer Kämpfe sein müsse.

Mechanismen staatlicher Integrationsversuche

Das verstärkte Vordringen des Kapitalismus auf dem Lande führte zu einer Reihe weiterer Gesetze, die die sogenannte gewaltlose Integration der Indianer auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Die staatlichen Aktivitäten gegen die Indianer nahmen in Form von Landreform, offiziellen Institutionen wie der Indianerbehörde mit speziellen Indianerprogrammen, zu. 1944 wurde sogar ein beträchtlicher Teil des Haushaltsbudgets zur Auflösung der Resguardos vorgesehen. Die Agrarreform von 1962 beinhaltete einige Programme, die den Indianer zum individuellen Eigentümer seines Landes machen sollten, mit dem Argument, ihm so den Zugang zu Krediten und technischer Hilfe zu erleichtern. Es wurden sogar Programme ausgearbeitet, die gemeinschaftlich betriebene Unternehmen vorsahen, die aber nicht der gemeinschaftlichen Arbeitsweise der Indianer entsprachen. Mit Krediten und Finanzhilfe wurde so eine verhängnisvolle Abhängigkeit vom Staat geschaffen, zugleich drangen über die staatliche Gesundheitsversorgung, so rudimentär sie ist, die Kapitalinteressen ein, die die vorhandene Medizin teilweise zerstörten; Schulen, die ausschließlich in Spanisch unterrichten, sollen die Sprache der Paez verdrängen, katholische Missionare und seit 1964 auch das Instituto Lingüístico del verano (ILV, vgl. LN 77) sollen für die ideologische Entfremdung der Paez sorgen.

Die Entstehung des CRIC

Heutzutage liegt die Kindersterblichkeit im Caucagebiet bei 50% vor Erreichen des 3. Lebensjahres. Die Haupttodesursachen sind Malaria, TBC und Darmparasiten. Ein Teil der Indianer lebt noch in den Resguardos, aber viele müssen sich außerdem als Tagelöhner an den Großgrundbesitzer verdingen, ein anderer Teil lebt als abhängige Pächter auf Großgrundbesitzern, z.T. findet die Entlohnung in Naturalien statt, sogar in der Vergabe von Coca. Die Paez sind z.T. in die Marktwirtschaft eingebunden und produzieren Nahrungsmittel für den Binnenmarkt. Die Suche nach eigenen politischen Ausdrucksformen führte 1963 zur Gründung einer Gewerkschaft des östlichen Cauca, die wegen der syndikalistischen Organisationsstruktur scheiterte. Sie war der direkte Vorläufer des CRIC, der 1971 gegründet wurde (vgl. LN 60, 69). Der organisatorische Aufbau des CRIC ist das Ergebnis der politischen Erfahrungen der Caucaindianer seit der Eroberung durch die Spanier. Er ist das Resultat einer über 300-jährigen Geschichte des Widerstands. Die Organisationsstrukturen sind nicht starr, sondern im Aufbau begriffen, da selbstverständlich innere Widersprüche vorhanden sind und die Suche nach einem eigenen politischen Inhalt weitergeht.

ARGENTINIEN

Die Gewerkschaftsbewegung seit 1976

Seit 1976 haben die LN einigermaßen regelmäßig über die Streiks und die Gewerkschaften berichtet. In dieser Nummer möchten wir die Entwicklung der argentinischen Gewerkschaftsbewegung im Zusammenhang mit den Ereignissen der letzten Zeit zusammenfassend darstellen. Dabei müssen wir auch einige allzu optimistische Einschätzungen in früheren Artikeln (besonders über die Rolle der CGTR) korrigieren.

Argentinien befand sich in den Monaten vor dem Militärputsch vom 24.3.1976 in einer Krise, die alle gesellschaftlichen Bereiche erfaßte:

Die Wirtschaftsbilanz des Jahres 1975 zeigte bereits, in welcher schwerer Krise sich die argentinische Wirtschaft befand: sinkendes Bruttosozialprodukt, Rekordinflation, sinkende Investitionen, Zahlungsbilanzschwierigkeiten, ein erschreckendes Haushaltsdefizit und eine bedrohliche Auslandsverschuldung. Der letzte peronistische Wirtschaftsminister Mondelli versuchte, den Problemen nach "bewährtem" IWF-Muster (IWF = Internationaler Währungsfonds) beizukommen: Abwertung des Peso zur Ankurbelung der Exporte, Anhebung der Preise der öffentlichen Dienstleistungen zur Verringerung des Haushaltsdefizits und Lohn- und Preisstop nach einer einmaligen 12%igen (!) Lohnerhöhung.

Die Arbeiterklasse, die durch die ständige Senkung des Reallohns unter dieser Wirtschaftspolitik am stärksten zu leiden hatte und die bereits seit spätestens 1975 mehrheitlich erkannt hatte, daß die Regierung versuchte, die Wirtschaft auf ihre Kosten zu "sanieren", reagierte auf den "Plan Mondelli" mit einer Verschärfung der Arbeitskämpfe. Diese Konflikte gipfelten in der Ausrufung eines Generalstreiks für den 8.3.76 durch die Kampfkoordinationen (Coordinadoras de lucha) der Betriebskomitees und Vertrauensleutekörper.

Die in sich zerstrittene, bürokratische Gewerkschaftsführung unterstützte mehrheitlich die Regierung Isabel Peróns und versuchte durch Verhandlungen, die auch zu Zugeständnissen bei Lohnerhöhungen führten, die Streikbewegung einzudämmen. Da aber die Zugeständnisse der Regierung bei weitem nicht die Inflationsverluste ausglich, schaffte es die Gewerkschaftsbürokratie nicht mehr, die Kämpfe der gewerkschaftlichen Basis zu kontrollieren.

Verschärft wurde die politische Krise zusätzlich durch die Aktionen der schlagkräftigen Guerillabewegungen der linksperonistischen Montoneros und des ERP (Ejército Revolucionario Popular – Revolutionäres Volksheer).

Damit war klar, daß das rechtsperonistische Modell gescheitert war, das versuchte, über einige wenige Zugeständnisse, vorwiegend aber durch Demobilisierung und Kontrolle der Arbeiter eine ausreichende Kapitalakkumulation in Argentinien zu ermöglichen. In einer Situation, in der der Rechtsperonismus die Massen nicht mehr kontrollieren konnte und die bürgerlichen Parteien zu schwach waren, um eine Alternative zur Regierung Isabel darzustellen, waren die Streitkräfte der

einzigste Garant für den Weiterbestand des kapitalistischen Systems. Den letzten Anstoß für den Putsch gab dann der IWF, als er einen Kredit zur Minderung der Schuldenlast und des Devisenmangels verweigerte. Argentinien stand praktisch vor dem Staatsbankrott. In dieser Situation putschte am 24. März 1976 das Militär.

Das Wirtschaftsmodell der Militärs

Folgende Klassen und Klassenfraktionen sind die Träger der neuen Militärregierung: die Großgrundbesitzer (Agraroligarchie) und das ausländische Monopolkapital, dem die nationale Großbourgeoisie als "Juniorpartner" assoziiert ist. Auch die mittleren nationalen Wirtschaftssektoren und Teile der Kleinbourgeoisie begrüßten das Militärregime, von dem sie eine Beendigung des ökonomischen, politischen und sozialen Chaos und eine wirksame Ausschaltung der kämpferischen Gewerkschaften und der Guerillabewegung erhofften.

Die Militärregierung ging daran, gemäß den Interessen der neuen Klassenallianz die Wirtschaftskrise durch Verengung des Binnenmarktes, Ausweitung der traditionellen Agrarexporte und mit Hilfe des ausländischen Monopolkapitals und seiner Finanzierungsagenturen zu lösen.



Martínez de Hoz

Der neue Wirtschaftsminister José Alfredo Martínez de Hoz symbolisiert in geradezu idealtypischer Form die herrschende Klassenallianz: Er ist Großgrundbesitzer und Berater der Sociedad Rural, der Vereinigung der argentinischen Großgrundbesitzer. Als Direktor von Versicherungs- und Finanzierungsgesellschaften ist er Mitglied der nationalen Finanzbourgeoisie, außerdem gehörte er den Direktionen mehrerer in Argentinien tätigen US-Konzernen an. Auch zu Siemens hat er ausgezeichnete Beziehungen: er vertrat die argentinische Niederlassung des bundesdeutschen Multis in einem Rechtsstreit wegen Steuerhinterziehung gegen die damalige argentinische Regierung.

Das Auslandskapital bewies seine uneingeschränkte Sympathie für das neue Regime dadurch, daß der IWF am Tag nach dem Staatsstreich den Kredit, den es der peronistischen Regierung verweigert hatte, der Junta anbot und einen Standby-Kredit von 300 Mio. Dollar in Aussicht stellte.

Mit der neuen Wirtschaftspolitik hatte die Junta nur einen begrenzten Erfolg: Argentinien wurde international wieder kreditwürdig, durch die Erhöhung der Getreideexporte und eine drastische Importbeschränkung wurde die Zahlungsbilanz wieder positiv, die Inflationsrate konnte zwar erheblich unter den Höchststand von 777,6% (Mai 1976) gesenkt werden, doch stiegen die Lebenshaltungskosten weiterhin um mehr als 100% im Jahr. Im Gegensatz zur Landwirtschaft blieb die Entwicklung des Industriesektors krisenhaft. Auch die Vergünstigungen für Auslandskapital führten kaum zu langfristigen Direktinvestitionen, sondern brachten fast ausschließlich Spekulationskapital ins Land. Die Last dieser teilweisen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage hatte die lohnabhängige Bevölkerung zu tragen: innerhalb eines Jahres sank der Reallohn um mehr als die Hälfte.



H. Unterdrückung der Gewerkschaften

Bei dieser Wirtschaftspolitik mußte die Militärjunta in der organisierten Arbeiterklasse ihren Hauptfeind sehen. Gegen sie richtete sich sofort der physische Terror: Hunderte von aktiven Gewerkschaftern wurden ermordet. Tausende Gewerkschaftsangehörige wurden verhaftet, verschleppt und grausam gefoltert. Den Gefangenen wurde ein rechtmäßiger Prozeß verweigert und auch das in der Verfassung garantierte Optionsrecht (Recht eines Häftlings, der nicht vor Gericht gestellt wird, das Land zu verlassen) wurde suspendiert. Ebenso befanden sich die Angehörigen der Gewerkschafter in der Gefahr, verhaftet, verschleppt, gefoltert und ermordet zu werden.

Neben dieser brutalen physischen Repression erließ die Junta gleich nach dem Militärputsch eine Reihe von Dekreten, die die Gewerkschaften zerschlugen und einen organisierten Widerstand unmöglich machen sollten.

– Art. 14 der Verfassung, der die freie gewerkschaftliche Betätigung garantiert, wurde aufgehoben. Jede

gewerkschaftliche Aktivität wurde verboten.

- Das Streikrecht wurde aufgehoben. Streikenden drohen Haftstrafen bis zu 10 Jahren.
- Kriegsgesetze verurteilten Gewerkschafter wegen "subversiver Tätigkeit" zu besonders hohen Strafen.
- Alle Mitbestimmungsrechte der Gewerkschaften, die vor dem Putsch in vielen Unternehmensleitungen vertreten gewesen waren, wurden abgeschafft.
- Das Gesetz über die Berufsvereinigungen, in dem die gewerkschaftlichen Rechte und Organisationsgrundsätze definiert sind, wurde aufgehoben. Die Gewerkschaftszentrale CGT (Confederación General del Trabajo) und die wichtigsten Einzelgewerkschaften wurden unter militärische Verwaltung gestellt ("interveniert").
- Das Arbeitsvertragsgesetz wurde geändert: die Arbeiter verloren das Anhörungsrecht bei gegen sie verhängten Sanktionen. Eine 'bestimmte politische Einstellung' galt ab sofort als Grund zur Nichteinstellung. Unternehmen brauchen keine Strafen mehr zu befürchten, wenn sie die Löhne unpünktlich auszahlen oder keinen Urlaub gewähren. Die Regelung, daß Frauen nur 8 Stunden arbeiten dürfen, wurde abgeschafft. Verhaftete – auch ohne richterliches Urteil – können sofort von der Firmenleitung entlassen werden.

Der Widerstand der Arbeiter

Direkt nach dem Putsch machte die argentinische Arbeiterklasse durch Proteststreiks klar, daß sie sich im Widerstand gegen die Diktatur befand. Bis zum August 1976 lag der Schwerpunkt des Widerstandes in der unkoordinierten Produktionssabotage in den Betrieben. Nur selten gab es Streiks. Allein die Autoindustrie beklagte einen Produktionsverlust von 30 – 40%.

Die Wende in der Form des Widerstands kam im Oktober des gleichen Jahres, als die Arbeiter des staatlichen Elektrizitätsunternehmens SEGBA (Buenos Aires) in den Streik traten. Anlaß war die Entlassung von über 200 Beschäftigten zur "Rationalisierung" des Unternehmens, die Streichung der kostenlosen Sozialleistungen und die Verlängerung des Arbeitstages. Der Streik, dem sich auch die Belegschaften der beiden anderen bonaerenser Stromversorgungsunternehmen anschlossen, dauerte über einen Monat. Im November brach der Streik zusammen, nachdem das Militär mit Entführungen und Verhaftungen gegen die Arbeiter vorgegangen war und schließlich gedroht hatte, die Streikenden zum Militärdienst einzuberufen.

Von da ab flammten immer wieder Streiks im ganzen Land auf, die normalerweise auf betrieblicher Ebene beschlossen und von den lokalen Gewerkschaften getragen wurden. Einige dieser Streiks erlangten aber landesweite Bedeutung:

Im November 1977 streikten 10 000 Arbeiter bei IKA-Renault für höhere Löhne und konnten sich mit ihren Forderungen durchsetzen.

Im Oktober legten die Arbeiter des öffentlichen Transportsektors die Arbeit nieder und erzwangen von der Regierung Zugeständnisse für ihre Forderung nach höheren Löhnen.

Im Sommer 1978 befanden sich die Hafenarbeiter in Buenos Aires zwei Monate lang im Ausstand und hatten mit ihren Maßnahmen einen großen Erfolg, weil nach der Getreideernte die Großgrundbesitzer und Händler darauf angewiesen waren, ihre Produkte so schnell wie möglich zu verschiffen.

Im November des gleichen Jahres streikten erneut die Eisenbahner. Nachdem die Junta im Jahr zuvor den Streik nicht hatte brechen können, nahm sie diesmal ziemlich schnell Verhandlungen mit den Streikenden auf, was einen Durchbruch für die gesamte Gewerkschaftsbewegung bedeutete, da erstmals ein eigentlich illegaler Streik durch die Verhandlungen de facto von der Regierung anerkannt wurde.

Die CGTR und die Basisbewegung

Am 14. August 1976 wurde an einem geheimen Ort in der Provinz Buenos Aires von Montonero-Gewerkschaftern die Confederación General del Trabajo en la Resistencia – CGTR (Gewerkschaftszentrale im Widerstand) gegründet. Ihr oberstes

Ziel ist die Wiedererlangung der Gewerkschaftsrechte und die Rückgabe der intervenierten CGT an die Arbeiter. Die CGTR nimmt für sich in Anspruch, die gewerkschaftlichen Kämpfe gegen die Diktatur zu koordinieren. Vorwiegend linksperonistische Gewerkschaftsaktivisten fanden sich in dieser Widerstandsgewerkschaftszentrale zusammen.



Die erste spektakuläre Aktion der CGTR war die Ausrufung einer nationalen Protestwoche vom 17. bis 24. Oktober 1976. Historischer Anlaß war der 17. Oktober 1943, an dem die argentinischen Arbeiter in einer riesigen Demonstration die Freilassung des verhafteten Oberst Juan D. Perón erzwangen. Der Streikaufruf forderte Lohnerhöhungen, Wiedereinstellung aller Entlassenen, Anerkennung der Gesetze, Aufhebung der Staatsaufsicht über die Gewerkschaften und eine Wirtschaftspolitik zur Erhaltung der Arbeitsplätze sowie die sofortige Beendigung der Repression. Der Streikaufruf wurde in Buenos Aires

bei den Banken und im Sektor der öffentlichen Dienstleistungen, bei den Auto- und Metallunternehmen befolgt. Auch in den Provinzen schlossen sich manche Betriebe dem Aufruf an.

Die CGTR war in der Folgezeit weiter aktiv an einzelnen Sabotageakten gegen wichtige Produktionszweige beteiligt. Es läßt sich jedoch schwer abschätzen, wie weit der Einfluß der CGTR wirklich reicht. Allerdings zeigt der Verlauf der Streiks der letzten Jahre, daß diese eher auf betrieblicher und lokaler Ebene von den Einzelgewerkschaften entschieden und getragen wurden, als daß eine nationale Koordination dahinterstand.

Beobachtet man die Geschichte der Arbeitskonflikte in Argentinien seit dem Putsch, so läßt sich feststellen, daß die Streiks in den letzten beiden Jahren mit zunehmendem Erfolg bezüglich der Forderungen nach Lohnerhöhungen geführt wurden. Damit wurden zwar immer wieder die von der Regierung vorgegebenen Lohnleitlinien zugunsten der Arbeiter durchbrochen, doch konnten die vielen Streiks, die voneinander isoliert stattfanden, die Wirtschaftspolitik des Martínez de Hoz nicht insgesamt in Frage stellen. Sie verhinderten zwar einen durchgreifenden Erfolg der Junta bei der "Sanierung" der argentinischen Wirtschaft, stellten aber andererseits noch keine lebensbedrohende Gefahr für das Regime dar.

Dafür ist sicherlich die fehlende nationale Koordination der gewerkschaftlichen Aktionen zu einem hohen Grad verantwortlich. Diese fehlende Koordination weist einerseits auf die Tatsache, daß die CGTR keineswegs die Führung innerhalb der kämpferischen Gewerkschaften auf nationaler Ebene innehat und zum anderen auf die Fraktionierung der bürokratischen Spitze der Gewerkschaften. Auf Entwicklungen an der Spitze der Gewerkschaftsbürokratie wollen wir im Folgenden eingehen.

Spaltung und Wiedervereinigung der Gewerkschaftsbürokratie

Während einerseits die CGT militärisch interveniert, ihre Führer ermordet oder verhaftet waren und sie damit praktisch handlungsunfähig war und andererseits die gewerkschaftlichen Basisgruppen ihren Kampf um materielle Verbesserungen führten, war die noch verbliebene Gewerkschaftsbürokratie in sich zerstritten und in Fraktionen zerfallen, die noch aus der Regierungszeit Isabel Peróns stammten und die durch die neue Konfliktlinie – wie man sich gegenüber dem Militärregime verhalten sollte – überlagert wurden.

In dieser Situation ergriff die rechtsperonistische Führung der Automobilarbeitergewerkschaft SMATA 1977 die Initiative zur Bildung einer neuen nationalen Koordination der gewerkschaftlichen Aktivitäten. Unter ihrer Führung gründeten Delegierte von 20 nicht-intervenierten und 5 intervenierten Einzelgewerkschaften die "Comisión de los 25". Die "25" schlugen einen gemäßigt kritischen Kurs gegenüber dem Regime ein und sahen ihre Hauptaufgabe in der Durchsetzung gewisser Handlungsspielräume für die Gewerkschaften. In dieser Gruppierung arbeiteten auch Gewerkschafter mit, die Aktivisten oder Sympathisanten der CGTR waren. Die internationale Arbeitsorganisation (ILO) und der IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften) erkannten die "25" als legitime Vertreterin der argentinischen Arbeiter an.

Allerdings hatten die "25" nicht die Unterstützung aller Gewerkschaftsflügel.

Dies zeigte sich, als im August 1978 ein anderer rechtsperonistischer Flügel die Comisión Nacional del Trabajo – CNT (Nationale Kommission der Arbeit) gründete. Sie wurde bald vom Arbeitsministerium unterstützt, das dadurch versuchte, die Spaltung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zu vertiefen, weshalb die CNT bei einigen Gewerkschaftsgruppen denn auch als "gelbe" Gewerkschaftszentrale verschrien war. Die CNT legte sich auf einen engen Dialog mit der Junta fest, um darüber gewisse Erfolge für die Gewerkschaftsarbeit zu erzielen.

Trotz der heftigen verbalen Auseinandersetzungen zwischen den beiden rivalisierenden Gewerkschaftsgruppen bestand zwischen ihnen ein Minimalkonsens in der Ablehnung der Wirtschaftspolitik, die eine ständige Verschlechterung der materiellen Situation der Arbeiter provozierte. Im März 1979 führte dies zu einem gemeinsamen Forderungskatalog von CNT und den "25", dessen wichtigste Punkte waren: massive Lohnerhöhungen, Freilassung aller verhafteten Gewerkschafter und Opposition gegen das neue Gewerkschaftsgesetz (dazu weiter unter).

Diese Übereinkunft zerbrach schon wieder im April, als die Comisión de los 25 für den 27.4.79 einen "Tag des nationalen Protests", d.h. einen Generalstreik unter anderem Namen ausrief, den die CNT nach anfänglichem Zögern ablehnte. Der Streik wurde denn auch nur ein Teilerfolg: zwar konnten einige wichtige Industriezentren, in denen die traditionell kämpferischsten Gewerkschaften operierten, lahmgelegt werden, doch nahmen die meisten CNT-Gewerkschaften nicht an dem Ausstand teil. Der Generalstreik konnte auch an der Politik der Junta nichts ändern, war aber insofern ein moralischer Erfolg, weil die Militärs den ersten Generalstreik nach dem Putsch nicht hatten verhindern können.

Während sich die CNT und die "25" noch über die Konsequenzen des "nationalen Protesttages" stritten, handelte die Junta: das neue Gewerkschaftsgesetz wurde fertiggestellt. Unter dem Druck dieses drohenden Gesetzes, der Streikbewegung der Basis und der arbeiterfeindlichen Wirtschaftspolitik schlossen sich schließlich die beiden Gewerkschaftsfraktionen im August 1979 zur *Conducción Unica de los Trabajadores Argentinos* – CUTA (Einheitskoordination der argentinischen Arbeiter) zusammen. Das oberste Gremium der CUTA ist paritätisch mit Delegierten von CNT und den "25" besetzt, während die wichtigere Exekutive mit zwei Stimmen Mehrheit von der CNT dominiert wird.

Die neue Gewerkschaftszentrale, die ein Ersatz für die intervenierte CGT sein will, sah sich sofort der dringenden Notwendigkeit gegenüber, etwas gegen die Verabschiedung des neuen Gewerkschaftsgesetzes zu tun. Aber es kam nur zu heftigen verbalen Protesten, die nicht verhindern konnten, daß Staatspräsident General Videla im November vergangenen Jahres das Gesetz unterzeichnete, das damit Gültigkeit erlangte. Dieses Gesetz sieht folgende Maßnahmen vor:

Das neue Gewerkschaftsgesetz

– Die alte Gewerkschaftszentrale CGT wird aufgelöst (Art. 75). Gewerkschaftliche Organisationen sind nur noch auf Fabrik- und Regionalebene zugelassen. (Art. 5)

– Die Einheitsgewerkschaft wird abgeschafft. Ab sofort können mehrere Gewerkschaften nebeneinander existieren. Innerhalb von 4 Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes können die Arbeiter entscheiden, welcher Gewerkschaft sie sich anschließen wollen. In den danach stattfindenden Gewerkschaftswahlen wird die stärkste Gewerkschaft ermittelt, die dann vom Arbeitsministerium das Recht zur Führung von Tarifverhandlungen erteilt bekommt. (Art. 31 und 61)

- Die Amtszeit der gewählten Funktionäre beträgt drei (statt bisher vier) Jahre. Die wichtigsten Funktionäre dürfen nach Ablauf ihrer Amtszeit nicht sofort wiedergewählt werden (Art. 15). Die Kandidatenlisten müssen dem Arbeitsministerium zur Genehmigung vorgelegt werden. (Art. 28). Gewerkschafter mit Vorstrafen oder die polizeilich wegen früherer Ermittlungen gegen sie registriert sind, dürfen nicht kandidieren (Art. 16). (Womit die Polizei quasi ein Vetorecht bei der Kandidaten-aufstellung hat. Der Artikel ist im Übrigen so schwammig formuliert, daß - bei der gegenwärtigen "Rechts"lage in Argentinien - jedem unbequemen Gewerkschafter ein Vergehen gegen irgendeine Bestimmung unterschoben werden kann.)

- Die Finanzierung der Gewerkschaften geschieht einzig durch Mitgliedsbeiträge, die nur von Gewerkschaftsmitgliedern erhoben werden dürfen (das alte peronistische Gewerkschaftsgesetz hatte die Bestimmung, daß auch nicht organisierte Arbeiter einen Beitrag an die Gewerkschaft abzuführen hatten.). "Aktivitäten zur Gewinnerzielung" sind den Gewerkschaften verboten (Art. 9 und 11). Die Finanzen der Gewerkschaften unterliegen der Kontrolle durch das Arbeitsministerium (art. 61).

Die von den Gewerkschaften betriebenen Sozialeinrichtungen (obras sociales) gehen in die Verwahrung des Staates über (Art. 9).

- Abgesehen von all den bereits definierten Aufsichtsrechten hat das Arbeitsministerium ein sehr vage definiertes allgemeines Interventionsrecht. Das Arbeitsministerium "kann zeitweise die Gremien der gewerkschaftlichen Verbände unter Staatsaufsicht stellen, um die volle Erfüllung aller in diesem Gesetz verbürgten Rechte sicherzustellen." (Art. 61).

- Das Streikrecht wird nicht ausdrücklich erwähnt. Im Gesetz heißt es lediglich: "Arbeitnehmer und ihre Organisationen können alle verfassungsmäßigen Rechte ausüben, die nicht ausdrücklich durch dieses Gesetz verboten sind." Politische Beobachter schließen daraus, daß zukünftig das Streikrecht für Forderungen im Bereich der Arbeitsbeziehungen wieder in Kraft gesetzt werden könnte. Politische Streiks sind aber weiterhin verboten.

- Die Gewerkschaften "dürfen nicht an politischen Aktivitäten teilnehmen und keine Parteien, politische Kandidaten oder sonstige politisch Aktive direkt oder indirekt unterstützen" (Art. 8).

SPENDET FÜR DEN WIDERSTAND IN ARGENTINIEN



Pschk. Berlin-West E.Kohut Nr. 380 087-108
Kennwort: Argentinien - Hilfe

Vor der Unterzeichnung des Gesetzes hatte es in Kreisen der Gewerkschaften und der Massenmedien Spekulationen über einen möglichen Generalstreik gegen die Verabschiedung des Gesetzes gegeben. Aber dann konnte das Gesetz doch ohne nennenswerten Widerstand passieren. Die CUTA war sich offensichtlich der Tatsache bewußt, daß sie derzeit eine solche Machtprobe mit dem Militär - das den Maßnahmen der Gewerkschaften nach eigenen Aussagen sehr gelassen entgegensah - nicht gewachsen war. Die Mobilisierung und Koordination der gewerkschaftlichen Basis ist in der augenblicklichen Situation für einen erfolgreichen Generalstreik nicht ausreichend. Stattdessen beschloß die CUTA ein "nationales Aktionsprogramm". Dies sieht verstärkte Kontakte mit Parteien, Kirchen und und Unternehmerverbänden vor. Die bürgerlichen Parteien und Kirchenkreise haben sich bereits kritisch zu dem neuen Gesetz geäußert. Sie sehen in ihm eine ungerechtfertigte Einschränkung der gewerkschaftlichen Freiheiten. Die schärfste Ablehnung kam erwartungsgemäß von den peronistischen Organisationen, die in dem Gesetz den Versuch sehen, die peronistische Gewerkschaftsbewegung mundtot und kampfunfähig zu machen.

Ein weiterer Punkt des "nationalen Aktionsprogramms" besteht darin, daß in den Betrieben Versammlungen der Belegschaften stattfinden sollen, in denen das Gesetz diskutiert und verurteilt werden soll. Die Arbeiter sind dazu aufgerufen, in einem "Plebizit" durch ihre Unterschrift unter eine Resolution, die die sofortige Aufhebung des Gesetzes fordert, ihren Widerstand gegen die einschneidenden Maßnahmen gegen die Gewerkschaftsrechte zu zeigen.

Auf internationaler Ebene protestierte die CUTA bei der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Genf gegen das Gewerkschaftsgesetz, das gegen internationale Abkommen über Gewerkschaftsrechte verstößt.

Der IBFG (Internationaler Bund Freier Gewerkschaften) verabschiedete auf seinem XII. Kongreß in Madrid eine Resolution zu der fehlenden Gewerkschaftsfreiheit in Argentinien, in der er seine "volle Unterstützung der CUTA in ihrem Kampf um die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Rechte und der Freiheit der gewerkschaftlichen Vereinigung" erklärt.



Perspektiven

Mit der Verabschiedung dieses neuen Gewerkschaftsgesetzes versucht die Militärdiktatur den seit 1976 bestehenden Zustand der Unterdrückung gewerkschaftlicher Rechte in kodifizierter Form zu institutionalisieren.

Das Gesetz von 1979 hat in der Geschichte der argentinischen Militärdiktaturen bereits einige Vorgänger: nach den Staatsstreich von 1955 und 1966 versuchten die Diktatoren jeweils die peronistische Einheitsgewerkschaft zu zerschlagen, um damit diejenige Organisation zu treffen, die die peronistischen Massen nach dem Verbot der peronistischen Partei auch politisch repräsentierte. Beide Versuche scheiterten schließlich am Widerstand der Arbeiter. Trotz der diversen Spaltungen und internen heftigen Flügelkämpfe stellen die Gewerkschaften bis heute die wichtigste Widerstandsorganisation gegen die Militärdiktatur dar.

Um ihre Wirtschaftspolitik zugunsten der Großgrundbesitzer und des internationalen Kapitals durchsetzen zu können, mußte die Junta die Arbeiterbewegung so schwächen, daß der systemgefährdende Widerstand der letzten peronistischen Phase zerschlagen war. Nach der Ausschaltung der alten Gewerkschaftsführer durch physische Repression und Unterdrückung der gewerkschaftlichen Widerstandsaktionen sollen durch das neue Gesetz nun die strukturellen organisatorischen Vorbedingungen für eine auch dauerhaft schwache und zersplitterte Gewerkschaftsbewegung geschaffen werden. Mit dem Verbot einer nationalen Gewerkschaftszentrale soll die Gefahr einer Koordination der isolierten lokalen Streiks in einzelnen Betrieben gebannt und das politische Sprachrohr der peronistischen Arbeiter mundtot gemacht werden.

Betrachtet man die derzeitige Situation innerhalb der Gewerkschaften, dann ist ein schneller Erfolg beim Kampf gegen das Gesetz geschweige denn bei der Destabilisierung der Diktatur nicht zu erwarten. Die Gewerkschaftsspitze in der CUTA wird versuchen, durch verbale Proteste und internationalen Druck eine Anerkennung als Gewerkschaftszentrale und einen legalen Handlungsspielraum zu erreichen. Bisher verweigert die Junta jeden Kontakt mit der CUTA, um dadurch nicht eine inoffizielle Anerkennung der Organisation zu signalisieren.

Eine Anerkennung der CUTA durch das Regime würde voraussetzen, daß die Arbeitskämpfe ein solches Ausmaß annehmen, daß die Diktatur gezwungen wäre über die CUTA ein Instrument der Kontrolle und Demobilisierung der Arbeiter zu finden. Solange sich aber die Streiks nur gegen einzelne Unternehmen richten und die Wirtschaftspolitik insgesamt nicht in Frage stellen können, besteht diese Notwendigkeit nicht.

Andererseits hütet sich auch die CUTA davor, allzu stark mit dem gewerkschaftlichen Widerstand identifiziert zu werden, um dadurch nicht ihre geringe Chance zu verspielen, auf Verhandlungsebene etwas für sich zu erreichen. Eine Koordination der gewerkschaftlichen Kämpfe gegen die Diktatur unter maßgeblicher Führung der Basisbewegung ist daher für die nächste Zeit nicht zu erwarten. Dies aber wäre die Voraussetzung für die Destabilisierung des Militärregimes.

MULTIS

Der Einfluß internationaler Kartelle auf die Entwicklungsländer

Daß im Elektrobereich ebenso wie in anderen Branchen internationale Kartelle zwischen multinationalen Unternehmen bestehen, in denen Absprachen über gemeinsame Preise, Marktaufteilung, Qualitätsnormen und gemeinsame Marktregulierung getroffen werden, ist inzwischen bekannt. Es ist jedoch eine besondere Untersuchung wert, inwieweit diese Kartelle ihre Praktiken auch auf Entwicklungsländer übertragen und was für Auswirkungen dies auf die Entwicklungsmöglichkeiten dieser Länder hat.

Veränderte Situation nach 1945

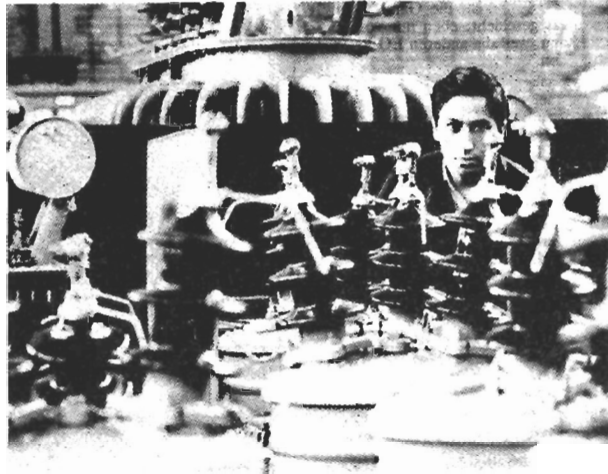
In der Zeit zwischen Weltwirtschaftskrise und Kriegsende lag die Produktion in Europa und den USA brach oder die Länder mußten sich auf ihre eigenen Probleme konzentrieren, sodaß Lateinamerika viele Maschinen, Anlagen, aber auch Konsumgüter nicht mehr von dort beziehen konnte, sondern auf eine eigene Produktion angewiesen war. Dies ermöglichte einen gewaltigen Aufschwung der Wirtschaftsproduktion vor allem in den größeren Ländern und die Entwicklung eigener Fertigung von Konsum- und Produktionsgütern.

Während diese Entwicklung im Konsumgüterbereich relativ gute Fortschritte machte, zeigten sich im Bereich der Schwerindustrie größere Schwierigkeiten, da der Abstand im technologischen Wissen zu den entwickelten Staaten größer war. Die Entwicklungsländer vergaben daher nach 1945 – soweit sie dazu in der Lage waren – relativ viele Großaufträge für den Bau von Straßen, Nachrichtenverbindungen, Kraftwerken und anderen Bereichen der Infrastruktur und Schwerindustrie ans Ausland.

Dagegen hatten sich auf dem Gebiet der Konsumgüterindustrie eine Menge nationaler Unternehmen entwickelt, die im Elektrobereich Lampen, Haushaltsgeräte, Kühlschränke usw. für den heimischen Markt produzierten. Dieser Industriezweig erhielt auch nach 1945 Unterstützung durch die nationalen Regierungen, die Importe von Artikeln, die auch im Lande hergestellt werden konnten, mit hohen Importzöllen belegten oder ihre Einfuhr überhaupt verboten.

So eröffneten sich in Lateinamerika – wie auch in anderen Entwicklungsländern – im Laufe der 50er und 60er Jahre für die Multi-

nationalen Konzerne ein interessantes Absatzgebiet im Bereich der Schwerindustrie (Großanlagen), während es zusehends schwieriger wurde, mit importierten Konsumartikeln gegen einheimische Produkte zu konkurrieren bzw. deren Markt zu beherrschen und Überpreise zu fordern.



Die Einflüßbereiche in Lateinamerika wurden nach 1945 unter den Mitgliedern des weltweiten Elektrokartells IEA ("International Electrical Association") neu aufgeteilt. Die vom Kartell festgelegten Marktanteile räumen einigen Unternehmen zugleich die Vorherrschaft in bestimmten Branchen ein. General Electric und Westinghouse aus den USA bleiben Hauptanbieter von Glühlampen. Siemens ist traditionell stark im Bau von Nachrichtennetzen, hat wesentliche Anteile am Bau von Starkstromtechnik (Trafos) und produziert gemeinsam mit Philips elektromedizinische Geräte. Auch beim Bau von Wasser- und Atomkraftwerken nimmt Siemens eine führende Stellung ein. Diese Aufträge sind besonders wichtig wegen ihres Volumens und der Notwendigkeit, bei der Weiterentwicklung der Technologie mitzuhalten. Philips hat eine starke Stellung im Bereich der Haushaltsgeräte, während die AEG mit ihrem PAL-System auf dem Fernsehsektor tonangebend ist.

Neue Strategien

Endziel ist die gemeinsame Maximierung der Gewinne, wenn sich eine kleine Zahl konkurrierender Unternehmen gegenübersteht, die alle zu finanzkräftig sind und zu viel Kapital fest investiert haben als daß ihnen das klassische Mittel des Marktverdrängungswettbewerbes noch vorteilhaft erscheint. Durch die Vermeidung einer Angebotskonkurrenz sollen Preiskriege ausgeschlossen werden, die allen Parteien nur schaden würden.

Hierzu müssen genaue Absprachen getroffen werden über:

- die Aufteilung des Absatzmarktes
- die Höhe der Preise
- Qualitätsnormen.

Erste Voraussetzung für das Funktionieren eines Kartells ist es, mögliche Konkurrenten unschädlich zu machen. Bei der IEA kam als weiteres wichtiges Element die Zurückhaltung technologischer Neuentwicklungen hinzu.

Schwerindustrie

Im Bereich der Großaufträge wurde ein ausgefeiltes System der "notifications" und "compensation" weiterentwickelt (siehe LN Nr. 77, und Spiegel Nr. 50, 1979, wo diese Praktiken ausführlich recherchiert wurden):

Wenn bei einem Kartellmitglied ein Angebot eingeholt wird, muß es diese Tatsache an die IEA-Zentrale melden. Diese verständigt die anderen Mitglieder, worauf abgesprochen wird, welches Unternehmen am billigsten anbieten soll. Die Preise der übrigen Firmen müssen um mindestens 5 % über diesem Mindestpreis liegen. Die Firma, die den Zuschlag erhält, zahlt eine Kompensation in Höhe von 2 % des Auftragswertes in einen gemeinsamen Fonds. Die Aufträge werden in den verschiedenen Branchen nach festen Anteilen verteilt. Auch das niedrigste Angebot liegt über dem "Gleichgewichtspreis", der im Fall einer echten Konkurrenz anzunehmen wäre. Dies ist möglich, weil außer den IEA-Mitgliedern kein Außen-seiter über das nötige know how für solche Aufträge verfügt. Oft wird ein Großauftrag auch unter mehreren Mitgliedern aufgeteilt: Für einen Staudamm, den Westinghouse errichten soll, liefert Siemens die Generatoren, BBC die Turbinen, GEA baut Transformatoren und Überlandleitungen usw.

Strategien im Konsumgüterbereich

Aufgrund der von einigen lateinamerikanischen Ländern zunehmend beschrittenen Weges, nationale Schutzzölle gegen den Import ausländischer Waren zu errichten, gingen immer mehr Multis allmählich dazu über, produzierende Tochterfirmen in den jeweiligen Ländern selbst zu installieren. Der Vertrieb der Produkte unter nationalen Firmennamen senkt die anfänglichen Marketingkosten und erleichtert die Ausbreitung des Absatzes. Das erste Problem war jetzt die Erlangung eines genügend großen Marktanteils, um maßgeblich auf Preise und Absatzwege einwirken zu können.

- joint ventures: Eine Möglichkeit, einen Konkurrenten zu neutralisieren, besteht darin, ihn zur Zusammenarbeit zu bewegen: Dies geschieht z. B. durch die Gründung einer gemeinsamen Tochterfirma (joint venture) im Gastland, in der Produkte hergestellt werden, für die das Kartellmitglied die Lizenzen liefert. Der "Partner" verpflichtet sich im Gegenzug, sich auch beim Verkauf eigener Produkte, die mit denen des Multis konkurrieren, "konform" zu verhalten. - Meist dürfen die Produkte der Tochterfirma nicht ins Heimatland des IEA-Mitglieds verkauft werden, oder der Export wird generell auf bestimmte Gebiete begrenzt, die zum Einflüßbereich des Multis gehören.

Die anderen Geschäftsmethoden, um unliebsame Mitbewerber unschädlich zu machen, sind schon etwas rüder:

Zum einen kann der "fighting leader" des Kartells einen Preiskampf

mit dem Konkurrenten durchführen (s. LN Nr. 77). Da die einheimischen Unternehmen in der Regel eine schwächere Kapitalreserve haben als der Gegner, der zum einen durch seine Konzernmutter, zum anderen durch einen Kampffonds der IEA Unterstützung erhält, werden die kleinen Konkurrenten früher oder später zur Aufgabe gezwungen und ein Preisabkommen mit dem Multi treffen oder ganz verkaufen müssen. So verzichtete die AEG in Brasilien jahrelang auf Gewinne, um Konkurrenten bei der Produktion von Farbfernsehern auszuschalten. Die BBC erwirtschaftete von 1966 bis 1973 in Lateinamerika Verluste, um den Markt für Elektroanlagen unter Kontrolle zu bekommen (Monticelli in Movimiento vom 10.10.77).

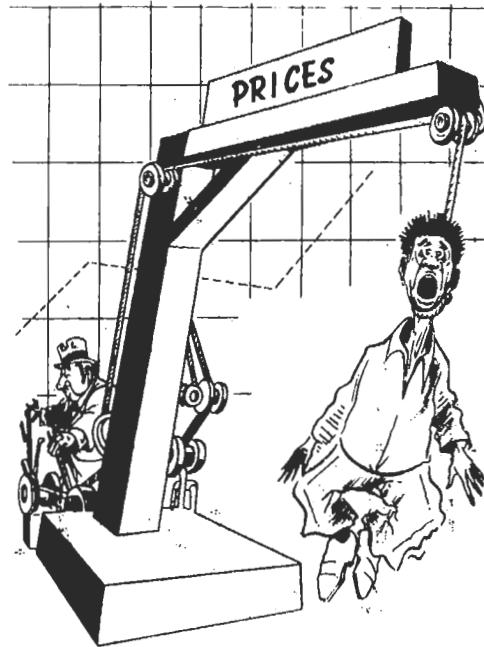
Liegen die Preise der Auslandsfirmen wesentlich über den Produktionskosten des heimischen Produzenten, bieten sich mehr indirekte Methoden an:

Anfang der 70er Jahre kaufte Philips in größerem Umfang Kühlschränke bei der brasilianischen Firma CONSUL und vertrieb sie unter eigener Marke. Die erste Abhängigkeit war geschaffen. Nach einiger Zeit machte Philips dem Inhaber der Firma ein Kaufangebot, verbunden mit der Drohung, andernfalls selbst eine Haushaltsfertigung aufzunehmen (in Brasilien). Als nächstes begann die Lieferung der Kühlaggregate an CONSUL (vermutlich durch andere IEA-Mitglieder oder abhängige Firmen) zu stocken. Die brasilianische

Entwicklungsbank weigerte sich, eine nationale Fertigung von Kühlaggregate zu finanzieren. 1976 gab der Inhaber der CONSUL auf.

Eine andere brasilianische Firma für Kühlaggregate ging daran zugrunde, daß aufgrund des Drucks der IEA keine Herstellerfirma von Elektroblechen mehr bereit war, sie zu beliefern. Firmen, die von der Belieferung mit Vorprodukten abhängig sind, können auch unschädlich gemacht werden, indem man die Mindestabnahmequote für diese Produkte so heraufsetzt, daß der Unternehmung die Finanzreserven für so hohe Lagermengen fehlen.

Es zeigt sich, daß die Multis im Gegensatz zu ihren Beteuerungen keine neuen Produktionsstätten in den Entwicklungsländern errichten, sondern ihr "Beitrag zum Aufbau dieser Länder" besteht meist darin, nationale Betriebe aufzukaufen. Anschließend wird die Produktion eingestellt, um den Marktanteil der eigenen Produkte zu erhöhen. Betriebe, in denen Vorprodukte hergestellt werden, werden nur noch teilweise ausgelastet, um dieselben Artikel aus der Metropole importieren zu können.



Zwischen 1964 und 1976 ist der Anteil des Auslandskapitals an den 15 größten brasilianischen Elektrofirmen von 64 % auf 96 % gestiegen, in einem Land, das einst eine expandierende Elektroindustrie besaß.

Erhöhung der Eintrittsschranken

Nach einer solchen "Marktbereinigung" sind die IEA-Mitglieder wieder unter sich und können die Märkte untereinander aufteilen. Durch den hohen Bekanntheitsgrad ihrer Artikel, die starke Kapitalbasis und den Vorsprung in der Technologie wird es für Außenseiter immer schwieriger, mit den Großen mitzuhalten, selbst wenn sie billiger produzieren (etwa weil sie geringere Löhne bezahlen).

Auswirkungen auf die Entwicklungsländer

Bei der Behandlung dieses Problems muß zunächst klar sein, was unter "Entwicklung" verstanden werden soll. - Im kapitalistischen Sinn ist Entwicklung auch heute noch im großen und Ganzen mit dem Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes eines Landes gleichzusetzen, allenfalls gemessen an der Einwohnerzahl. Schon das Ziel der Einkommensverteilung hat eher eine Mittelfunktion zur Erreichung

dieses Überzieles. Sei es durch Konzentration der Einkommen und eine entsprechende Erhöhung der Investitionsquote am Nationaleinkommen, sei es durch eine breitere Streuung und Stärkung der privaten Endnachfrage, um das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes von dieser Seite her zu stimulieren. Dieser Strategie hängt neuerdings auch die Weltbank an. Durch Verkündung der sogenannten "basic needs Strategie" (deren Ziel die Befriedigung der menschlichen Grundbedürfnisse sein will) möchte sie letztlich ebenfalls die kaufkräftige Nachfrage nach Produktionsmitteln aus der westlichen Hemisphäre fördern.

Jedenfalls zeigt die Studie, die Richard S. Newfarmer im Auftrag der UNCTAD über die Auswirkungen des Elektrokartells auf die Entwicklungsländer gemacht hat, daß es letztendlich um eine bessere Kapitalverwertung und somit um höheres Wachstum geht. Bezeichnend sind die immer wiederkehrenden Forderungen Newfarmers nach mehr Wettbewerb auf dem internationalen Markt, was etwa bei den Rohstoffpreisen von den Entwicklungsländern gerade kritisiert wird.

Newfarmer beklagt insbesondere

- die Verschlechterung der Devisenlage der Entwicklungsländer (zunehmende Auslandsverschuldung)
- die Beeinträchtigung des Wachstums durch zu geringen Technologie-Transfer
- die fehlende staatliche Kontrolle über die Verwendung entstandener Gewinne.

Nicht näher untersucht wurde der Einfluß der Tätigkeit von Auslandskartellen auf die Beschäftigungshöhe der Entwicklungsländer, die Einkommensverteilung und die Höhe der Reallöhne.

Auch der Kartell-Kritiker Kurt Mirow beklagt sich im wesentlichen über Einschränkungen für das nationale Unternehmertum - weil die Regierung ihre Politik der Importsubstitution aufgegeben hat-, was einem früheren Unternehmer natürlich nicht vorzuwerfen ist.

Aber auch schon aus der Sicht marktwirtschaftlich orientierter stellen sich die Auswirkungen internationaler Kartelle auf die Entwicklungsländer Lateinamerikas verheerend dar:

Devisenabfluß

Zum einen beklagt Newfarmer immer wieder den Verlust an potentiellen Deviseneinnahmen oder -Minderausgaben im Vergleich zu dem Fall, daß auf dem Weltmarkt Wettbewerbspreise verlangt würden. Die IEA-Mitglieder können durch ihre "notification" überhöhte Preise festsetzen; das jeweilige Entwicklungsland muß daher z.B. für ein Infrastrukturprojekt mehr Devisen ausgeben als im Wettbewerbsfall. Ein weiterer großer Kostenpunkt sind die Preise für Technologie und Lizenzen.

Durch die immer stärkere Kapitalbeteiligung ausländischer Unternehmen an einheimischen Firmen werden oft Vorprodukte importiert, die eigentlich im Lande selber hergestellt werden könnten (wozu die Regierung ihre Genehmigung geben muß). So produzierte Brasilien 1961 schon Elektromotoren mit einer Leistung von 1 750 PS, die heute noch arbeiten. 1971 wurden Zölle und Mehrwertsteuer für den Import freigegeben, weil man glaubte, in Brasilien könnten keine stärkeren Motoren als solche bis zu 150 PS produziert werden.

Die Preise für Vorprodukte, die nicht im Lande hergestellt werden können oder sollen, sind in der Regel zu hoch, so daß die sogenannte "Wertschöpfung" (Differenz zwischen Deviseneinnahmen aus der Produktion von Exportprodukten und den Devisenkosten für Vorprodukte im Lande relativ gering bleibt. Dies führt auch auf dem inländischen Markt zu einem Inflationsschub, da auch die inländischen Unternehmer mit Gewinn verkaufen wollen und überhöhte Preise für Vorprodukte auf den Endverbraucher abwälzen.

Der Rücktransfer von Gewinnen ist den multinationalen Konzernen oft ausdrücklich erlaubt, weil die Regierung dadurch Kapital ins Land locken will. (Allerdings zeigt sich hier seit einiger Zeit in manchen Ländern eine Gegenertendenz: die nationalen Unternehmer erlangten, z.B. im Falle der Staaten des Andenpaktes, mehr Kontrolle über die Verwendung des Kapitals, etwa durch Mehrheitsbeteiligungen, das Verbot, Gewinne abzuziehen - ohne daß die Multis ihre Interessen an diesen Ländern aufgeben.

Auf solche gesetzlichen Genehmigungen sind die Konzerne jedoch gar nicht angewiesen: ein immer größerer Teil des Außenhandels der Konzerntöchter wird mit anderen Konzernmitgliedern abgewickelt, und zwar in der Regel zu Preisen, die bei den Importen von Vorprodukten über den Weltmarktpreisen liegen, beim Export der Fertigwaren darunter. Der Anteil des Intrakonzernhandels beträgt bei den US-Multis heute weltweit etwa 25 % der Exporte der Tochtergesellschaften.



Einschränkung des Wachstums

Das Beispiel der Elektromotorenherstellung in Brasilien macht klar, daß eine starke ausländische Kapitalbeteiligung die Entwicklung der einheimischen Industrie eher hemmt als fördert: ausländische Kapitaleigner haben kein Interesse daran, Produktionsstätten für Vorprodukte im Gastland aufzubauen, die sie vorher für teures Geld aus ihrem Heimatland geliefert haben. Auch werden in den Entwicklungsländern oft nur Zwischenteile produziert, die dann wieder in der Zentrale weiterverarbeitet werden, so daß auch keine starken Impulse auf den Ausbau einer eigenen Endproduktion ausgehen. -Dies entspricht genau der Politik der IEA, ihr technisches Wissen soweit wie möglich zurückzuhalten, um das Entstehen neuer Konkurrenten zu verhindern. Dies bedeutet für die Entwicklungsländer auch eine Verringerung des eigenständigen Wachstums.

Kommt es doch einmal dazu, daß ein Entwicklungsland über eine vollständige Technologie verfügt (so verpflichtete das Kartellgericht die EG, in Lateinamerika Lizenzen für das PAL-System zu verkaufen), werden einige Kleinigkeiten im System so geändert, daß die Verwendung der Produkte in anderen Ländern und somit der Export dort hin unmöglich wird.

Kontrolle über die Gewinnverwendung

Die oben erwähnte Tatsache, daß Devisen verloren gehen, die eigentlich verdient worden sind, hat natürlich zur Folge, daß z.B. staatliche Maßnahmen zur Entwicklung von Infrastruktur, Landwirtschaft usw. verzögert oder gar unmöglich gemacht werden.

Ein großes Problem ist für die Regierungen der Entwicklungsländer die Gewinnverwendung durch die internationalen Konzerne.

- Sollen die Multis ihre Gewinne abziehen und so die Deviseneinnahmen des Staates schmälern?
- Oder sollen sie ihre Gewinne reinvestieren mit dem Erfolg, daß das Entwicklungsland noch abhängiger von ihnen wird?

Newfarmer beklagt ausführlich, daß in der IEA genau abgesprochen wird, welche Mitglieder in welchen Ländern für welche Produkte investieren. Diese internationale Investitionslenkung konzentriert die technologische Entwicklung auf einige wenige Länder und schließt die meisten anderen von diesen Neuerungen aus.

Zum andern richten sich die Investitionen der Multis natürlich an den Profitinteressen der Konzerne aus, was oft nicht mit den Bedürfnissen der Bevölkerung übereinstimmt: Kapitalintensive Produktion bedeutet den Verlust der Existenzgrundlage für viele Kleinbetriebe, wodurch mehr Menschen arbeitslos werden als neu eingestellt werden. -Auch ist es möglich, daß neu eingerichtete Betriebe nach einigen Jahren wieder stillgelegt werden, wenn die Produktion in einem anderen Land noch rentabler geworden ist oder der Absatz etwa durch eine Rezession in der "westlichen Welt" stagniert.

Es zeigt sich: Die Kartelle sind eine der schärfsten Waffen der Multis, die sich zum Ziel gesetzt haben, die Märkte der Entwicklungsländer zu erobern und sich deren Wirtschaften ökonomisch und technisch zu unterwerfen. Der Kampf gegen internationale Kartelle ist daher stets auch Kampf gegen Unterdrückung und nationale Entmündigung.

Aufruf zur Unterstützung von

naccla
north american congress
on latin america

151 west 19th street
9th floor
new york, ny 10011
(212) 989-8890

NACLA ist in finanziellen und politischen Schwierigkeiten. Wer jemals in der Informations- und Solidaritäts-Arbeit zu Lateinamerika gestanden hat, hat eine Dankesschuld gegenüber NACLA und ihrem seit 1967 erscheinenden "Report on the Americas". Wir drucken daher im Folgenden seinen Aufruf zur Unterstützung (etwas gekürzt) ab und bitten unsere Leser, die Möglichkeit eines Unterstützungs-Abonnements zu überlegen.

Der "North American Congress on Latin America" wurde 1966 als privater Zusammenschluß von fortschrittlichen Lateinamerika-Kennern gegründet. Mit seinem hervorragend recherchierten "Report" machte er das Informationsmonopol des reaktionären Lateinamerika-Wissenschafts-Establishment und der Lateinamerika-Räte des US-Kapitals streitig. Dabei hat er von Anfang an konsequent die militärische, wirtschaftliche und politische Einmischung der USA in Lateinamerika als zentrales Thema verfolgt. Schwerpunktthemen der letzten Nummern waren z.B.: Die "Menschenrechtspolitik" der Carter-Regierung; der Bürgerkrieg in Nicaragua; die Auto-Multis in Lateinamerika; Panama; die illegalen Arbeitsimmigranten in New York. Das letzte Thema ist ein besonders deutlicher Beleg dafür, daß NACLA seine Arbeit als eine politische Arbeit in den USA versteht, und nicht nur als außengerichtete Solidaritätsarbeit. Das macht Feinde...

Hier der Wortlaut des Aufrufs, den NACLA an seine Abonnenten schickte:

"Lieber Abonnent: Wir haben Sorgen. Zwei unserer alten Feinde haben sich gegen uns verbündet in einem Versuch, uns zum Schweigen zu bringen. Der erste Gegner ist die Inflation (in den USA 15%, dreimal so hoch wie in der BRD, d.Übers.). Wir brauchen euch nicht zu sagen, was es heißt, mit einer zweistelligen Inflationsrate zu leben.(...) Unsere Kosten schießen in den Himmel: Die Druckkosten für unser neues Buch über Mexico "Beyond the Border" sind in zwei Monaten um 40 % gesprungen. (...)

Auch unser zweiter Gegner macht uns nicht erst seit gestern zu schaffen, aber wird täglich störender. Dieser Feind heißt McCarthyismus. (Nach Senator McCarthy, Vorsitzender der tribunalartigen "Ausschüsse zur Untersuchung unamerikanischer Umtriebe", mit denen Anfang der 50er im Zeichen zügelloser Kommunismus-Hysterie die fortschrittliche und liberale Intelligenz der USA bis hin zu Charlie Chaplin mundtot gemacht werden sollten;d.Ü.) Die Absicht der heutigen wie der damaligen McCarthyisten ist es, alle zu ersticken, die ihre Stimme gegen die grundlegenden Unge-

chtigkeiten in unserer Wirtschaft und Gesellschaft erheben, die für eine demokratischere und gerechtere Gesellschaft arbeiten. Hinter der intellektuellen Maske des "Neuen Konservatismus" greift die 70er-Generation der McCarthyisten nach wie vor durch Unterstellungen, Meinungs-Mache und offene Lügen an.

(...)Wir haben in den letzten Monaten über die niederträchtige Kampagne berichtet, die D.J.Kirchhoff, Präsident des Agrobusiness-Riesen Castle & Cooke, gegen NACLA führt. Ein Hauptziel von Kirchhoff besteht darin, unsere Träger davon zu überzeugen, daß wie im Dienste "des Kremls" handeln. Der Multi-Chef setzte seinen Krieg gegen NACLA mit einer Rede am 12.Sept.79 vor der Vereinigung der Finanz-Journalisten in New York fort. Ohne im geringsten die Richtigkeit unserer Recherchen zu leugnen, griff er uns schon dafür an, "Daten zu sammeln, auszuwerten und zu verbreiten" über US-stämmige transnationale Konzerne.

Man könnte meinen, Kirchhoffs plumper Angriff sei außer Takt mit modernen "aufgeklärten" Wirtschaftsbossen. Leider scheint es eher so, daß er der Schrittmacher einer neuen Welle von Angriffen auf fortschrittliche Gruppen ist. In dem Maße, in dem NACLAs Arbeit immer besser wurde, finden wir uns unter zunehmendem Beschuß von Verleumdern, die einflußreich genug sind, unsere Informationsarbeit zu gefährden.

+ Ronald Reagan (Rechtsaußen der Republikanischen Partei, d.Ü.) hat in einer zweiteiligen Rundfunksendung im vergangenen Jahr NACLA ehrenvollerweise beschuldigt, das Somoza-Regime in Nicaragua zu "destabilisieren". Wer Reagan hörte, konnte meinen, NACLA sei eine riesige Organisation mit enormen finanziellen und politischen Mitteln. Reagan sah die "durchgängige Gefahr" unserer Arbeit darin, "Regierungsstellen und deren Stäbe zu manipulieren und einzuschüchtern und die Nachrichten-Medien irrezuführen mit dem Ziel, die Glaubwürdigkeit eines Verbündeten zu zerstören - eines Verbündeten, den niemand für fehlerlos hält, aber der uns rückhaltlos unterstützt hat."

+ Die offizielle Zeitschrift der Südafrikanischen Streitkräfte, "Armed Forces", ging so weit zu behaupten, daß "der kubanische Geheimdienst DIA und seine Organisationen der psychologischen Kriegsführung organisierte unter der Tarnung von NACLA die Protest-Kampagnen der iranischen Studenten in den USA"(gegen die Unterstützung des Schahs,d.Ü.).

Und das sind nicht die einzigen: (...) Die Houston Post stellte geradeheraus fest, daß NACLA von der Sowietunion finanziert wird. Patricia Athowe, Präsidentin von Research West, behauptete, personelle Überlappungen in den Leitungsgremien von NACLA, der Symbionese Liberation Army, der PALN usw. festgestellt zu haben. Und die Kirchen-Liga von America kam in einem Pamphlet von 89 Seiten mit dem hemmungslosen Titel "Hauptquartier für Zerstörung: Die Kulissen-Geschichte des diabolischen North American Congress on Latin America" zu dem Schluß:"Wir können...mit Sicherheit sagen: NACLA ist eine gefährliche Organisation." - Warum ist NACLA so gefährlich für die Reagans, Kirchhoffs und Somozas der Welt?

Erstens, weil wir beschreiben, was sie und die Interessen, die sie vertreten, tun. Sie finden das gefährlich nicht, weil wir Geschichten erfinden, sondern gerade weil unsere "Reports" genau sind. Selbst der FBI stellte in einer seiner internen Auswertungen zu NACLA die außerordentlich große Genauigkeit unserer Arbeit fest. Zweitens, weil wir ihre Aktivitäten auf eine Art diskutieren, die die Leute verstehen können - weder langweilig noch rhetorisch.

Und warum sind diese Angriffe so gefährlich für NACLA?

Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, daß solche grundlosen Angriffe direkte Auslöser für staatliche Belästigungen waren. NACLA wurde seit dem Tag unserer Gründung vor fast 14 Jahren fast ständig von der Abteilung für Innere Sicherheit des FBI überwacht. Offensichtlich nimmt jemand das Geschwafel der Rechten ernst. Wichtiger ist noch, daß unsere Feinde offen versuchen, diejenigen zu verängstigen, die uns finanziell über die Jahre unterstützt haben. Kirchhoff sagte offen, daß die Kirchen, die uns unterstützen, ihre bescheidenen Zuschüsse zu unseren Projekten stoppen und daß die Regierung unsere Steuerbefreiung widerrufen sollten. (...)

In den nächsten zwei Monaten muß NACLA 30 000 Dollar für kurzfristige Ausgaben aufbringen. Steigende Kosten und unvorhersehbare Ereignisse (drei Einbrüche in unser Büro während der letzten zwei Monate!) haben unser Budget verwüstet. WIR STANDEN NOCH NIE SO NAH AM RAND DES BANKROTTS! Und entgegen dem, was unserem Verleumder denken, können wir uns weder an unsere noch an sonst irgendeine Regierung für Hilfe wenden. WIR KÖNNEN UNS NUR AN EUCH WENDEN, DIE LEUTE, DIE UNSER MATERIAL SEIT JAHREN LESEN UND BENUTZEN. Wie könnt ihr helfen?

1. Erneuert vorzeitig euer Abonnement, oder werdet jetzt Abonnenten.

Ein Abonnement kostet:

	<u>Einzelpersonen</u>	<u>Institutionen</u>	
1 Jahr	11 Dollar	19 Dollar	nach Europa jeweils
2 Jahre	20 "	36 "	zuzüglich 8 Dollar
3 Jahre	28 "	49 "	pro Jahr für Luftpost

2. Spendet 10, 25, 100 Dollar, oder was immer ihr könnt. Euer Beitrag ist von der Steuer absetzbar.
3. Schenke einem Freund ein Abonnement. Wir bieten jetzt Geschenk-Abonnements für nur 10 Dollar an.
4. Schick uns die Namen von Freunden, die NACLA kennen sollten. Wir schicken ihnen ein Ansichtsexemplar des Report und ein Prospekt über NACLA.

Wir arbeiten zur Zeit an nächsten Nummern des Reports über zentrale Themen wie eine Analyse des US-Imperialismus in Mittelamerika, eine Nummer zu Frauen und Entwicklung, und weitere Arbeit über Nicaragua. Heute mehr denn je, wo Präsident Carters neue "Einsatztruppe" auf die Volksbewegungen in der Karibik und Lateinamerika starrt, brauchen wir eine Stimme, um denen zu widersprechen, die in den Somozas und den Pinochets ihre natürlichen Verbündeten sehen.

Bitte helft großzügig! Ihr könnt uns helfen, die beiden Feinde zu besiegen, die uns zum Schweigen bringen möchten.

Solidarische Grüße



Steve Volk
für den NACLA-Stab

NACLA, 151 West 19th Street, 9th floor, New York NY 10011, USA

BRD-Kirche Lateinamerikas

Anläßlich des Besuchs des kolumbianischen Erzbischofs Lopez Trujillo, der gleichzeitig Präsident der lateinamerikanischen Bischofskonferenz ist, schrieb Christen in der Bundesrepublik einen offenen Brief an den Papst und den für Lateinamerika zuständigen Kardinal Baggio.

Eure Heiligkeit Papst Johannes Paul II,
Sehr geehrter Kardinal Baggio,

Die Anwesenheit von Erzbischof Lopez Trujillo vom 21.-24.1.80 in Bonn und sein Auftreten im Ibero Club veranlaßt uns Christen aus der Bundesrepublik, erneut darauf hinzuweisen, wie sehr Lopez Trujillo bisher jede Stärkung seiner Position dazu benutzt hat, um gegen die Basisbewegungen in der lateinamerikanischen Kirche vorzugehen.

Seit der dritten lateinamerikanischen Bischofskonferenz in Puebla ist die Rolle von Lopez Trujillo als Gegner einer Kirche der Armen und des Volkes weltweit bekannt. Spätestens seit der Veröffentlichung seines Briefes an den brasilianischen Bischof Luciano Duarte in der Vorbereitungsphase von Puebla kann über die manipulative Art, mit der Lopez Trujillo Konflikte austrägt, kein Zweifel mehr bestehen. (vgl. Uno mas uno, Mexico 1.2.79)

Im übrigen ist gerade auch in der kirchlichen Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland bekannt, daß Erzbischof Lopez Trujillo über Jahre hinaus mit Pater Vekemans zusammengearbeitet hat, der nachgewiesenermaßen vom CIA erhebliche Gelder empfangen hat. (vgl. Le Monde 27./28.7.75 u.a.)

Schließlich ist Bischof Lopez Trujillo von vielen Christen seiner eigenen Diözese wegen dieser Fakten und Tendenzen heftig kritisiert worden. (Vgl. Flugblätter kolumbianischer Basisgemeinden)

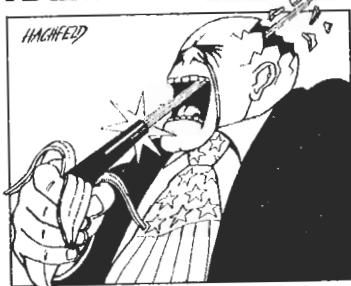
Die lebendige Kirche Lateinamerikas ist eine Kirche die kämpft und leidet. Ein Bischof muß solidarisch auf der Seite seines Volkes stehen, wenn er wahrer Bischof sein will. Dies kann er nicht solange er den Kontakt mit dem Kapital und den Mächtigen der Zusammenarbeit mit der kirchlichen Basis vorzieht.

Christen in der Bundesrepublik Deutschland

Prof. Dr. Herman Steinkamp, Prof. Dr. Herbert Vorgrimmler, Dr. Tiemo Peters, Dr. Klaus Kiesow, Dr. Siegrid Loersch, Dr. Kuno Füssel, Karl Grünwald, Dr. Fernando Castillo, Pfr. Dr. Gerhard Borne, Prof. Dr. Helmut Gollwitzer, Pfr. Günther Bernd, Pfr. Ton Veerkamp, Prof. Dr. Dorothee Soelle, Prof. Dr. Steffenski, Prof. Dr. Ute Ranke Heinemann, Prof. Dr. Marie Veith, Prof. Dr. Luise Schottroff, Prof. Dr. Bernd Paeschke, Fachschaft der evangelischen theologischen Johannes Gutenberg Fakultät Mainz, Redaktion Skandalon-Zeitschrift Mainzer Theologiestudenten, Be Ruys-Ökumenische Holländische Gemeinde Berlin, Dr. Norbert Ahrens, Dr. Klaus Kreppel-ständiger Mitarbeiter der Zeitschrift Junge Kirche, Pfarrer Klaus Schmidt-Mitarbeiter der Zeitschrift Junge Kirche, Pfr. Dr. Klaus Klaus Geyer-Schriftleiter Junge Kirche, Walter Zielke-Studentenpfarrer, Herman Schulz-Sekretariat der europäischen Solidaritätsbewegung für Nicaragua, Studiendirektor Klaus Wengst - Direktor des Studienkollegs Bonn, Gerlinde Rübel-ILA, Siegfried Pater-Publizist, Werner Rätz-ILA, FDCL

BANANEN & KANONEN

LATEINAMERIKA IN BILDERN, FOTOS UND DOKUMENTEN
mit Karikaturen von **RAINER HACHFELD** & Zeichnungen aus Mexiko von **ROGELIO NARANJO**



ELEFANTEN PRESS GALERIE 18.1.-2.3.1980
in Zusammenarbeit mit: Nicaragua-Solidaritätskomitee, Grüne Jugend für Nicaragua, Friedensgesellschaft Westfalen - Kuba, Chile-Kulturzentrum
Dresdener Str. 10, 1000 Berlin 36, U-Bahnhof Kottbusser Tor, Tel. 614 77 04, Öffnungszeiten: Di - Sa 15 - 19 Uhr, Sonntag 11 - 15 Uhr

Di 18.1. 18 Uhr Film: Aufstand der schwarzen Sklaven in Haiti
Di 18.1. 19 Uhr Film: Die Revolution in Kuba
Di 18.1. 20 Uhr Film: Die Revolution in Chile
Di 18.1. 21 Uhr Film: Die Revolution in Argentinien
Di 18.1. 22 Uhr Film: Die Revolution in Brasilien
Di 18.1. 23 Uhr Film: Die Revolution in Mexiko
Di 18.1. 24 Uhr Film: Die Revolution in Peru
Di 18.1. 25 Uhr Film: Die Revolution in Venezuela
Di 18.1. 26 Uhr Film: Die Revolution in Kolumbien
Di 18.1. 27 Uhr Film: Die Revolution in Ecuador
Di 18.1. 28 Uhr Film: Die Revolution in Bolivien
Di 18.1. 29 Uhr Film: Die Revolution in Paraguay
Di 18.1. 30 Uhr Film: Die Revolution in Uruguay
Di 18.1. 31 Uhr Film: Die Revolution in Chile
Di 18.1. 32 Uhr Film: Die Revolution in Argentinien
Di 18.1. 33 Uhr Film: Die Revolution in Brasilien
Di 18.1. 34 Uhr Film: Die Revolution in Mexiko
Di 18.1. 35 Uhr Film: Die Revolution in Peru
Di 18.1. 36 Uhr Film: Die Revolution in Venezuela
Di 18.1. 37 Uhr Film: Die Revolution in Kolumbien
Di 18.1. 38 Uhr Film: Die Revolution in Ecuador
Di 18.1. 39 Uhr Film: Die Revolution in Bolivien
Di 18.1. 40 Uhr Film: Die Revolution in Paraguay
Di 18.1. 41 Uhr Film: Die Revolution in Uruguay
Di 18.1. 42 Uhr Film: Die Revolution in Chile
Di 18.1. 43 Uhr Film: Die Revolution in Argentinien
Di 18.1. 44 Uhr Film: Die Revolution in Brasilien
Di 18.1. 45 Uhr Film: Die Revolution in Mexiko
Di 18.1. 46 Uhr Film: Die Revolution in Peru
Di 18.1. 47 Uhr Film: Die Revolution in Venezuela
Di 18.1. 48 Uhr Film: Die Revolution in Kolumbien
Di 18.1. 49 Uhr Film: Die Revolution in Ecuador
Di 18.1. 50 Uhr Film: Die Revolution in Bolivien
Di 18.1. 51 Uhr Film: Die Revolution in Paraguay
Di 18.1. 52 Uhr Film: Die Revolution in Uruguay
Di 18.1. 53 Uhr Film: Die Revolution in Chile
Di 18.1. 54 Uhr Film: Die Revolution in Argentinien
Di 18.1. 55 Uhr Film: Die Revolution in Brasilien
Di 18.1. 56 Uhr Film: Die Revolution in Mexiko
Di 18.1. 57 Uhr Film: Die Revolution in Peru
Di 18.1. 58 Uhr Film: Die Revolution in Venezuela
Di 18.1. 59 Uhr Film: Die Revolution in Kolumbien
Di 18.1. 60 Uhr Film: Die Revolution in Ecuador
Di 18.1. 61 Uhr Film: Die Revolution in Bolivien
Di 18.1. 62 Uhr Film: Die Revolution in Paraguay
Di 18.1. 63 Uhr Film: Die Revolution in Uruguay
Di 18.1. 64 Uhr Film: Die Revolution in Chile
Di 18.1. 65 Uhr Film: Die Revolution in Argentinien
Di 18.1. 66 Uhr Film: Die Revolution in Brasilien
Di 18.1. 67 Uhr Film: Die Revolution in Mexiko
Di 18.1. 68 Uhr Film: Die Revolution in Peru
Di 18.1. 69 Uhr Film: Die Revolution in Venezuela
Di 18.1. 70 Uhr Film: Die Revolution in Kolumbien
Di 18.1. 71 Uhr Film: Die Revolution in Ecuador
Di 18.1. 72 Uhr Film: Die Revolution in Bolivien
Di 18.1. 73 Uhr Film: Die Revolution in Paraguay
Di 18.1. 74 Uhr Film: Die Revolution in Uruguay
Di 18.1. 75 Uhr Film: Die Revolution in Chile
Di 18.1. 76 Uhr Film: Die Revolution in Argentinien
Di 18.1. 77 Uhr Film: Die Revolution in Brasilien
Di 18.1. 78 Uhr Film: Die Revolution in Mexiko
Di 18.1. 79 Uhr Film: Die Revolution in Peru
Di 18.1. 80 Uhr Film: Die Revolution in Venezuela
Di 18.1. 81 Uhr Film: Die Revolution in Kolumbien
Di 18.1. 82 Uhr Film: Die Revolution in Ecuador
Di 18.1. 83 Uhr Film: Die Revolution in Bolivien
Di 18.1. 84 Uhr Film: Die Revolution in Paraguay
Di 18.1. 85 Uhr Film: Die Revolution in Uruguay
Di 18.1. 86 Uhr Film: Die Revolution in Chile
Di 18.1. 87 Uhr Film: Die Revolution in Argentinien
Di 18.1. 88 Uhr Film: Die Revolution in Brasilien
Di 18.1. 89 Uhr Film: Die Revolution in Mexiko
Di 18.1. 90 Uhr Film: Die Revolution in Peru
Di 18.1. 91 Uhr Film: Die Revolution in Venezuela
Di 18.1. 92 Uhr Film: Die Revolution in Kolumbien
Di 18.1. 93 Uhr Film: Die Revolution in Ecuador
Di 18.1. 94 Uhr Film: Die Revolution in Bolivien
Di 18.1. 95 Uhr Film: Die Revolution in Paraguay
Di 18.1. 96 Uhr Film: Die Revolution in Uruguay
Di 18.1. 97 Uhr Film: Die Revolution in Chile
Di 18.1. 98 Uhr Film: Die Revolution in Argentinien
Di 18.1. 99 Uhr Film: Die Revolution in Brasilien
Di 18.1. 100 Uhr Film: Die Revolution in Mexiko

"Die Sprache dieser Karikaturen ist zerstörend. Sie erinnert stark an Macheten, Hämmer und Sichel, die dort reichlich vorkommen. Sie will den Gegner gar nicht erst touchieren und abtasten, sondern sucht schon beim ersten Schlagabtausch den Hieb, der ihn auf die Matte schickt. Ein großer Teil der universellen politischen Karikatur hat diese Neigung zum Groben, zum Spaß am Eintauchen ins Meer des Grotesken, um siegreich wieder aufzutauchen. Da werden die Hände der Karikierten zu Kraken, ihre Finger zu Fangarmen, sie selbst zu reißenden Bestien. Auch die Sprache der Karikatur in Lateinamerika ist so eindeutig, entschieden und grob wie die von Rainer Hachfeld."

(aus dem Vorwort von Antonio Skármeta zum Katalog "Bananas & Kanonen")

BANANEN & KANONEN gibt es als Wanderausstellung mit ca. 100 hängfertig gerahmten Exponaten. Leicht transportabel, auch für kleinere Ausstellungsflächen geeignet, laufend aktualisiert. Nähere Informationen über ELEFANTEN PRESS GALERIE, Dresdener Str. 10, 1 Berlin 36, Tel. 030/614 77 04

Medienarchiv des FDCL

Wir freuen uns, Euch die Erweiterung unseres Medienarchivs mitteilen zu können:

Jorge Silva und Marta Rodriguez: CAMPESINOS (BAUERN)
Video Band VCR 50 Min. (Kolumbien)

Es handelt sich um einen Film der das Leben und den Kampf der Paez-Indianer im Cauca Tal Kolumbiens beschreibt. Sie haben sich im Regionalen Indianer Rat des Cauca (CRIC) autonom organisiert. Der CRIC wird jetzt stark von den Militärs verfolgt. Führer und Mitglieder wurden ermordet und gefangen genommen. Zur Zeit stehen CRIC Mitglieder vor dem Kriegsgericht. In Kürze wird ihnen der Prozeß gemacht. (vgl. Artikel in dieser Nummer. (Verleihgebühr der Kasette pro Woche 30 DM) Spanischkenntnisse sind nicht erforderlich.

Phillips Colombia

Video Band VCR 20 Min. (Holland/Kolumbien)

Dieser Film dokumentiert den Streik von 1975 der Phillipsarbeiter in Kolumbien und die Solidarisierung der Phillipsarbeiter im holländischen Mutterbetrieb. Besonders eindrucksvoll sind Interviews mit Arbeiterinnen und Arbeitern über ihre Lebenssituation und die internationale Solidarität. (Verleihgebühr der Kasette pro Woche 30 DM)

Zusammen mit diesem Film kann ein englischer Text über Formen der Solidarität niederländischer Gewerkschaften - FNV - mit dem Gewerkschaftskampf in Entwicklungsländern ausgeliehen werden.

"B O L I V I E N , IM NOVEMBER 1979"

SONDERNUMMER 14 der "LA MENTIRA" (Entwicklungshelferzeitung Boliviens) berichtet ausführlich über die politischen Ereignisse in Bolivien im Monat November 1979, der charakterisiert ist durch den blutigen Militärputsch unter Oberst Natusch Busch und dem Volkswiderstand gegen diesen faschistischen Putsch.

Mindestpreis: DM 1.50

Zu beziehen über: KiA, Postfach 291, 3430 Witzenhausen 1
Tel: 05542/4378

oder direkt bei: LA MENTIRA, Casilla 12, TARIJA - Bolivien
(in diesem Fall Bezahlung überweisbar an:
Alois Kohler, Landesgirokasse Stuttgart,
Girokonto - Nr.: 6484149, Kennwort:
Sondernummer 14)

Spenden sind willkommen und gehen an die Bolivian. Menschenrechtskommission!